und Esoteriker begeistern, war das nationalsozialistische Deutschland in der Forschung allen anderen Staaten weit überlegen. Diesbezüglich sind beispielsweise Untersuchungen zu nennen, die am Kaiser Wilhelm-Institut für Biophysik in Frankfurt/Main durchgeführt wurden: »Diese betrafen die Beziehungen von elektronisch geladener Luft auf die Gesundheit. Positiv geladene Luft wurde als gefährlich für das menschliche Wohlbefinden festgestellt, weil es Unbehagen und Depressionen, beispielsweise bei fallendem Luftdruck, verursacht. Bei manchen Personen, so wurde befunden, brachte positiv geladene Luft Asthma, Neufieber und nervöse Erscheinungen. Der Blutdruck stieg dabei bis an den Gefahrenpunkt. Sie verursacht die Symptome, wie sie bei Bergkrankheiten bekannt sind: erschwerte und schnelle Atmung, Schwindel, Ermüdung, Schlaflosigkeit und dergleichen. Negativ geladene Luft bewirkte das Gegenteil. Sie wirkte erheiternd, ein Gefühl von Geistesfreiheit und Wohlbefinden. Gemütsdepressionen wurden dadurch beseitigt. In pathologischen Fällen beruhigt sie die Atmung, reduziert hohen Blutdruck, brachte ein Auslöschen von Allergien und Asthma. Die Wichtigkeit negativ geladener Luft ist da, wo menschliche Wesen leben und arbeiten oder von Krankheit Erholung suchen. Die Schaffung dieser Luftbedingungen wird eines Tages zur Hauptaufgabe werden.«[5] Den Deutschen war also nichts anderes gelungen, als die Atemluft mit künstlichen Zusätzen zu versehen, so daß beim Menschen je nach Bedarf Gelassenheit oder Furcht, Verdruß oder Optimismus, Freude oder Niedergeschlagenheit hervorgerufen werden konnten.[6]

Im April 1945 stießen Soldaten der 1. US-Infanteriedivision in Völkenrode bei Braunschweig auf das Luftfahrtforschungsinstitut Hermann GÖRJNG, dem modernsten Institut seiner Art auf der Welt. Die Amerikaner waren perplex: »Die bloße Fülle und hervorragende Qualität der Instrumente, Werkzeuge und Testvorrichtungen war überwältigend. In der aerodynamischen Abteilung gab es Windkanäle für niedrige Geschwindigkeiten, für den Unterschall-, den Uberschall- und den transsonischen Bereich. Die Triebwerksabteilung war mit einer Kamera ausgestattet, die eintausend Bilder pro Sekunde aufnehmen konnte, um zu untersuchen, wie sich eine Flamme aufbaut; in einer Unterdruckkammer konnte man die in einer Höhe von fünfzehn Kilometern herrschenden Bedingungen simulieren. Die Waffenabteilung besaß zwei vierhundert Meter lange Schießtunnels, in denen die Auswirkungen von Seitenwindgeschwindigkeiten bis zu achthundert Stundenkilometer auf fliegende Raketen untersucht wurden.«' Diese und unzählige andere überwältigende Beweise der Überlegenheit der deutschen Forschung galt es, für die Alliierten zu vereinnahmen und damit unschätzbare Forschungsgelder und unermeßlich viel wertvolle Zeit einzusparen. Was die Amerikaner übrig ließen, wurde 1946 von den Engländern geplündert, abgebaut und nach Britannien verfrachtet. Auf diese Weise entstanden auf der Insel die vier hoch-

[5] C. Lester WALKER, übersetzte Wiedergabe von Hans Werner WOLTERSDORF, ***Die größte Geistesbeute der Weltgeschichte,*** maschinenschriftliches Manuskript, o.O. u. o. J„ S. 6.

[6] Vgl. Michel BAR-ZOHAR, aaO. (Anm. 4), S. 152.

[1] Tom BOWER, ***Verschwörung Paperclip. NS- Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte,*** München 1988, S. 111 f.

modernen Luftfahrtforschungszentren Farnborough, Bedford, Pyestock und Fort Halstead.

Ein unverdächtiger Zeitzeuge, der amerikanische Journalist C. Lester WALKER, verfaßte ein halbes Jahr nach diesen in Britannien veröffentlichten Sensationsmeldungen in der amerikanischen Monatszeitschrift *Harper's Magerte* einen ausführlichen Beitrag unter dem Titel »Secrets by the Thousands«, in dem er weitere Einzelheiten bekanntgab. In diesem Artikel beschreibt er die umfangreiche Arbeit und Aufgabe eines amerikanischen Spezialkommandos auf der Suche nach deutschen Patenten- und Fabrikationsgeheimnissen, Diese Kommandos wurden fündig und eigneten sich nicht weniger als 150 000 Tonnen geheimes Aktenmaterial an, das zur Auswertung in die USA verbracht wurde. Es mußte eigens ein neues Wörterbuch zur Klärung von 40 000 Fachausdrücken angelegt werden. Der größte Teil der Akten hatte mit Rüstung und Kriegswesen nichts zu tun. (Alle im folgenden kursiv wiedergegebenen Zitate entstammen WALKERS Artikel.)

Die Herstellung von Nylon-Strümpfen geht auf die Synthese einer Polyamid-Faser bei der US-Firma DuPont im Jahre 1932 zurück. Verfahren und Maschinen zur schnelleren und damit preisgünstigeren Fertigung erfanden allerdings die Deutschen.

Die Deutschen, gemeinhin als *the Naqts* bezeichnet, entdeckten einfärbbare Kunstfasern mit Wolleigenschaften, künstlichen Glimmer, hochleistungsfähige Buttermaschinen und Brotbäckereien, künstliches Blutplasma und Plattenspieler, die zehn Platten automatisch wechseln konnten. Die mit großer Bewunderung entdeckten Infrarot-Nachtsichtgeräte haben sie sofort gegen die Japaner eingesetzt ebenso wie das Verfahren, durch Unterkühlung Todgeweihte wieder zum Leben zu erwecken. Sie entdeckten plastikähnliche Rollen (*Magnetopbone tape),* die auf einer Seite mit Eisenoxyd metallisiert worden waren, auf denen man das Radioprogramm eines ganzen Tages speichern konnte - ohne Nadel und ohne störende Nebengeräusche. Bei den IG Farben fanden sie 50 000 Rezepte für Farben, die sie selbst bis dahin nicht herstellen konnten. Eine andere Neuheit war Hefe, die man in unbegrenzten Mengen herstellen konnte, die höhere Temperaturen aushielt und mehr Protein und Kalorien enthielt als Rindfleisch. Es gab revolutionierende Maschinen zur Herstellung von Nadeln oder zur Herstellung von laufmaschenfreien Damenstrümpfen. In der ganzen Weh gab es keine vergleichbare Methode wie die deutsche zur Massenherstellung von Käse. Man entdeckte die kleinsten und unzerstörbaren *(virtually indestructible)* Kondensatoren ebenso wie die Pasteurisierung von

Milch durch ultraviolette Bestrahlungen, was man in den USA bisher vergeblich versucht hatte.

Nicht unerwähnt bleiben darf die sensationelle deutsche Erfindung der Infrarot-Einrichtung, mit deren Hilfe es möglich geworden war, nachts zu sehen. Deutsche Wagen konnten mit jeder Schnelligkeit in totaler Finsternis fahren und dabei Gegenstände zweihundert Meter weit voraus klar wie am Tage sehen. Panzer mit dieser Einrichtung konnten zwei Meilen entfernte Tafeln erkennen. Ein deutscher Schütze konnte mit Hilfe eines Infrarot-Zielfernrohrs einen Feind in totaler Finsternis abschießen.[8] Die Amerikaner wendeten dieses erbeutete Geheimnis zum ersten Mal in der Schlacht um Okinawa (April-Juni 1945) mit durchschlagendem Erfolg an.

[8] »Germa could drive at any speed in a total blackout, seeing objects clear as day two hundred meters ahead. Tanks with this device could spot targets two miles away. As a sniper scope it enabled German riflemen to pick off a man in total blackness,«

Auch im Bereich der Medizin hatten die Deutschen revolutionäre Wege beschritten. Beispielsweise hatten deutsche Mediziner einen Weg entdeckt, synthetisches Blutplasma herzustellen. Dieses >Capain< glich im Ergebnis natürlichem Plasma. Eine weitere Entdeckung war >Periston<, ein Ersatz für Blutflüssigkeit. Ein anderes Oxydationsprodukt von Adrenalin *{adrenichrome)* wurde in Mengen erfolgreich von den Deutschen (the Nazis*)* zur Bekämpfung des hohen Blutdrucks hergestellt. »Daran sterben in den USA jährlich 700 000 Personen. Heute haben wir das Geheimnis der Herstellung und damit die Möglichkeit, die Bevölkerung damit zu versorgen«, wie WALKER stolz verkündete.

Es war zunächst nur ein Gerücht, daß die »Naziwissenschaftler« *(Nazis **saentists)*** Versuchspersonen zu Tode gefroren hätten, um sie dann durch neuartige Methoden wieder zum Leben zu erwecken. Schließlich fanden die amerikanischen Gehirnjäger (Michel BAR-ZOHAR) vier »Naziärzte« in einem Laboratorium des Instituts für Luftfahrtmedizin auf Gut Hirschau in Bayern. Ein amerikanischer Medizin-Corps-Major, Leo ALEXANDER, verhörte im Juni 1945 die Ärzte, um herauszufinden, ob Menschen für diese Versuche geopfert wurden. Die Sachlage blieb ungeklärt, zumal Laboratoriumsausrüstungen für Kleinlebewesen zwar sorgfältig aufbewahrt, alle Ausrüstungen für Großlebewesen jedoch zerstört waren. Notizen oder Aufzeichnungen über Menschenversuche waren nicht zu finden. Da brachte das alliierte Radio eine schreckliche Meldung über das Konzentrationslager Dachau, wo Untersuchungen an Gefangenen durchgeführt worden seien, die der Kälte ausgesetzt worden wären. Der Rundfunk nannte als verantwortlichen Leiter den SS-Arzt Dr. Sigmund RASCHER. ALEXANDER reiste zur 7. amerikanischen Armee, die für die dortige Gegend zuständig war und im Ruf stand, allerlei geheime Dokumente aus den Beständen der Schutzstaffel erbeutet zu haben. Tatsächlich stieß ALEXANDER auf einen vollständigen Schlußbericht an Reichsführer-SS Heinrich HIMMLER persönlich. In diesem war von sieben Personen die Rede, die nackt in Eiswasser getaucht wurden, bis sie ihr Bewußtsein verloren. In dieser Zeit wurden fortlaufende Messungen gemacht: Reaktionen der Haut, innere Magentemperatur, Puls, Blutzucker, Blutkörperchen,

Urin, Rückenmarksflüssigkeit usw. Innerhalb von 53 bis 106 Minuten waren diese Versuchspersonen gestorben. Die Alliierten betrachteten diesen Bericht als Eingeständnis für sieben Morde. Diese Behauptung ist jedoch irreführend, da es den deutschen Wissenschaftlern gelungen war, die klinisch Toten (völliger Stillstand des Herzens und Aufhören der Atmung) durch sofortiges Untertauchen in heißes Wasser (122 Grad Fahrenheit) wiederzubeleben. ***(In everyoneof the dread experiments the subjects were most succestfully revived, both tentporariiy and permanentiy, by immediate Immersion in bot water.)***

Auch diese für die Armee so wichtige Erforschung wurde sogleich an die noch gegen Japan kämpfende Truppe weitergegeben, um abgeschossene Flieger nach tödlicher Unterkühlung noch zu retten. Gerade diese Unterkühlungsversuche ersparten der amerikanischen Medizinforschung, wie ein Militärchirurg der US-Armee bemerkte, viele Jahre der Untersuchungen. Die deutsche Technik für Behandlungen nach längeren und gewöhnlich tödlichen Aussetzungen in der Kälte ***(the German techniquefor treatment after prolonged and usually fatal exposure to coid)*** sei revolutionierend ***(revolutionary)*** gewesen. Heute sei diese Methode als Behandlung für unterkühlte Opfer durch alle amerikanischen Luft- und Seerettungsdienste übernommen und sei allgemein in der heutigen Wissenschaft anerkannt.[9]

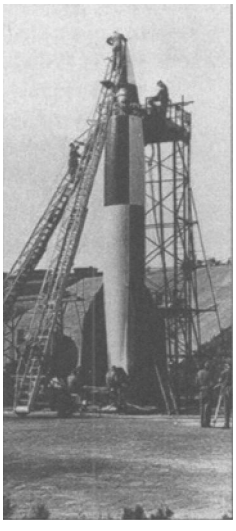
[9] C. Lester WALKER, »Secrets by the thousands«, in: ***Harper's Magazine,*** Oktober, 1946, S. 329 ff., zitiert nach http://www.historiography-project.com/documents/19461000german secrets.html

Diesen Erläuterungen hinzuzufügen ist lediglich, daß es kein Geheimnis war, daß im Dritten Reich Menschenversuche durchgeführt wurden. Hierbei ist allerdings hervorzuheben, daß für diese Versuche Freiwillige ausgesucht wurden. Sofern es sich hier um Konzentrationslagerhäftlinge handelte, wurden diese vor den Untersuchungen und Versuchen über etwaige Risiken informiert. Ihnen wurden Hafterleichterungen, Haftverkürzungen oder auch sofortige Haftentlassung in Aussicht gestellt. Die Unterkühlungsexperimente wurden zuvor an Kleintieren erprobt, bevor sie an Menschen angewandt wurden. Ob dabei tatsächlich Todesfälle vorgekommen sind, ist bis heute wissenschaftlich nicht einwandfrei erwiesen.

Auch in der Textilienforschung hatte die Suche nach deutschen Wissenschaftsgeheimnissen nie zuvor Bekanntes offenbart. Hierunter zählte beispielsweise das Verfahren der deutschen Rayon-Strickmaschinengesellschaft, die bei großer Platzersparnis die Produktion um 150% erhöhte. Ihre Links-Links-Webprodukte sind laufmaschenfreie, gehbeständige Damenstrümpfe. Eine neue deutsche Maschineneinrichtung zur Herstellung von Nadeln werde, so WALKER, in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich das Geschäft revolutionieren. Da war ferner eine neue deutsche Methode, die Wolle vom Schaf abzunehmen, ohne die Haut oder Fasern zu beschädigen, und unter Anwendung des Enzyms *aspergil paracitisus zu behandeln wobei nicht* nur bessere Wolle, sondern auch ein um 10% höherer Ertrag entstand.

In Sachen Nahrungsmittel, Medizin und Kriegstechnik waren die entdeckten Geheimnisse nicht weniger eindrucksvoll. Ein Ernährungsgeheimnis be-

stand darin, Fruchtsäfte ohne Hitze zu sterilisieren. Milchpasteurisierung durch ultraviolette Strahlungen schlug in anderen Ländern immer fehl, doch die Deutschen fanden heraus, wie es durch Verwendung von Sichtröhren in großen Längen zu machen war und gleichzeitig die Milch mit Vitamin D angereichert wurde. In einer Fabrik in Kiel fanden britische Forscher des »Joint Intelligence Objectives Committee<, daß Käse - namentlich Holländer und Tilsiter - in guter Qualität nach einer neuen Methode mit ungeheurer Schnelligkeit gemacht wurde. Die Käseindustrie der ganzen Welt war nicht zu gleichem fähig. In einer Molkerei bei Hamburg wurde Butter auf eine von den Amerikanern schon lange gewünschte Art und Weise hergestellt: mittels einer ununterbrochen arbeitenden Buttermaschine (eine Erfindung eines Molkereimaschinenfabrikanten aus Stuttgart). Sie nahm weniger Raum in Anspruch als amerikanische Buttermaschinen und stieß 1500 Pfund Butter in der Stunde aus. Die Maschine wurde sofort *(was promptly shipped)* in die Vereinigten Staaten von Amerika transportiert. Eine andere Neuheit war, Hefe m unbegrenzten Mengen herzustellen, die zudem bei wesentlich höheren Temperaturen verwendet werden konnte und doppelt soviel Protein und einen vielfach höheren Kalorienwert als Rindfleisch besaß. Des weiteren hatten die Deutschen auch eine Methode entwickelt, um Nahrungsmittel durch Gefriertechniken zu konservieren oder Brot durch einen besonderen Überzug acht Monate genießbar zu halten.



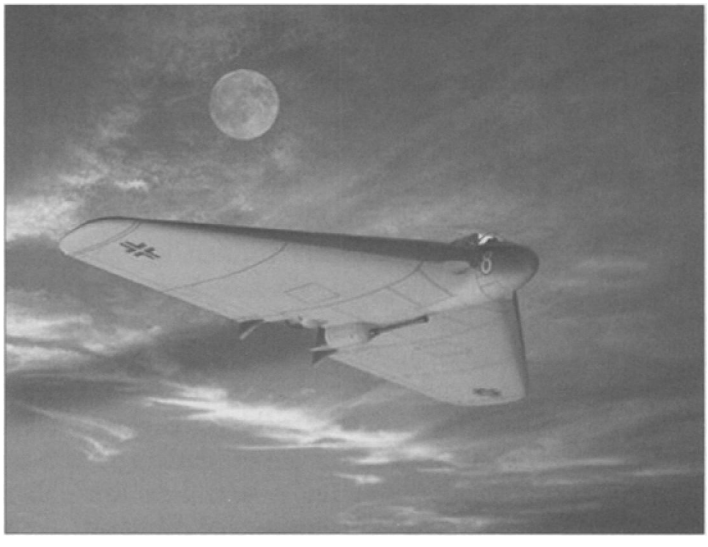
Die A-4 (als V2, .Vergeltungswaffe! bekannt) ging erst am Kriegsende in größere Produktion.

Von höchster Bedeutung für die Zukunft waren »die Nazi-Geheimnisse« in der Luftfahrt und bei den verschiedenen Typen von ferngelenkten Geschossen. Die V2-Rakete, die London bombardierte, so kommentierte eine Armee-Luftwaffen-Veröffentlichung, war geradezu nur ein Spielzeug im Verhältnis zu dem, was die Deutschen vorhatten. Als der Krieg beendet war, wußten die Amerikaner, daß die Deutschen *(the Nazis* 138 Typen von gelenkten Geschossen in den verschiedenen Stufen der Produktion hatten, jede bekannte Art der Fernlenkung und -zündung benutzend: Radiowellen, Radarsysteme, kontinuierliche Wellen, Infrarot, Ultraschall, Lichtbäume und Magnetismus, um einige zu nennen. Für den Antrieb wurden alle Methoden des Düsenantriebs verwendet, sowohl für geringere Geschwindigkeiten als auch für Superschnelligkeit. Düsenantrieb wurde sogar für Hubschrauber verwendet. Der Treibstoff wurde in die Verbrennungskammern der Rotorblätterspitzen geleitet und dort gezündet, so daß die Rotorblätter wirbelten wie die Messer eines Rasenmähers. Die deutsche A4-Rakete, die gerade in großem Maßstab in die Produktion ging, als der Krieg endete, war sechsundvierzig Fuß lang, wog über 24 000 Pfund und flog 230 Meilen weit. Sie erhob sich 100 Meilen über die Erde und hatte eine Höchstgeschwindigkeit von 3735 Meilen in der Stunde, dreimal so schnell, wie sich die Erde um ihre Achse am Äquator dreht. Das Geheimnis der Superschnelligkeit lag in dem Raketenmotor, der flüssigen Sauerstoff und Alkohol für die Verbrennung verbrauchte.

Die Rakete wurde entweder fernkontrolliert oder durch gyroskopische Mittel selbstführend zu ihrem Ziel geleitet *(radio controlled or self-guided to its target by gyroscopic meatis).* Da ihre Schnelligkeit übergroß war, mehrmals schneller als der Schall, konnte die Rakete vor ihrem Einschlag gar nicht gehört werden.

Eine andere deutsche Rakete, die noch im Entstehen war, lief unter der Bezeichnung >A9<. Diese war noch größer, 29000 Pfund schwer, und hatte Tragflächen, die ihr eine Reichweite von 3000 Meilen gaben. Sie wurde in der berühmten Peenemünder Armee-Versuchsstation hergestellt und erreichte die unglaubliche Geschwindigkeit von 5670 Meilen (ca. 8000 km) in der Stunde.

Ein Langstrecken-Raketenbomber, der, wie es die Dokumente aussagen, noch nicht hergestellt werden konnte, weil der Krieg letztlich zu schnell zu Ende gegangen war, würde befähigt gewesen sein, von Deutschland nach New York in 40 Minuten zu fliegen. Von einem Piloten in einer Überdruckkabine geführt, erreichte er eine Höhe von 154 Meilen. Gestartet wurde von einem Katapult mit 500 Meilen per Stunde, so daß er in nur vier Minuten seine Flughöhe erreicht hätte. Dort würde er, nachdem der Treibstoff verbraucht war, durch die äußere Atmosphäre gleiten und auf sein Ziel niederstoßen. Mit hundert Bombern dieser Art, so hätten die Deutschen gerechnet, wäre es möglich gewesen, jede Stadt auf der Erde in einer Militäroperation von wenigen Tagen zu zerstören.



Die von den Gebrüdern HORTEN entwickelten Nurflügel-Maschinen lösen nach wie vor Erstaunen über den technologischen Vorsprung der Deutschen aus.

Die Deutschen hatten sogar Erfindungen bereits abgeschlossen, die sich um die Piloten bemühten, die bei Supergeschwindigkeiten das Flugzeug während des Fluges verlassen mußten. Normalerweise würde einem Piloten, der sich bei solchen Geschwindigkeiten dem Luftsog aussetzte, der Kopf abgerissen werden. Sein Fallschirm würde beim Offnen in Stücke zerreißen. Um diese unglücklichen Zwischenfälle zu verhindern, wurde ein Ausstoßsitz er-

Auf demTruppen-Übungsplatz Heuberg südlich von Stuttgart begann möglicherweise die >Mondfahrt< am 1. März 1945. Für 55 Sekunden lenkte der Pilot SIEBER die erste bemannte Rakete der Welt, eine Ba 349 »Natter«, bevor das Gefährt in tausend Splitter zerriß. *Links:* >Natten-Rakete; rechts; Pilot SIEBER beim Einstieg in die Rakete. Siehe: *Der Spiegel,* Nr. 52, **2002.**

*Links:* Die Messerschmitt Me 163, das erste raketengetriebene Flugzeug der Welt, war ein Abfangjäger mit phänomenalen Steigleistungen und kam im Herbst 1944 zum Einsatz. Weiterentwicklungen wie die Me 163 C/D oder die Me 263 kamen über das Planungsstadium nicht mehr hinaus, Rechts: Das Modell M 262 ES-2, das als Nachtjäger vorgesehen war, stand im Mai 1945 unmittelbar vor der Fertigstellung - eine schöne Beute für die Amerikaner.

funden, der den Piloten augenblicklich herausschleuderte. Sein Schirm war bereits durchlöchert, das heißt, er war hergestellt aus Bändern, gitterähnlich, die seinen Fall nur hemmten, bis der nachlassende Gewichtsdruck automatisch den normalen Fallschirm freigab.

Eine ***Nazi*** *Variation* der Fernlenkgeschosse war ein Unterwassertorpedo, der unbeirrbar auf sein Ziel zusteuerte, angezogen von dem Schraubengeräusch des angegriffenen Schiffes. Das funktionierte bis zu einer Entfernung von 10 Meilen. Der Torpedo lief 30 Fuß unter Wasser mit 40 Meilen in der Stunde und hinterließ kein Kielwasser. Sobald er unter dem Ziel war, erfolgte die Explosion.

Angesichts der damals im Deutschen Reich wirklich vorhandenen Erfindungen und der Herstellung derartiger futuristischer Waffen waren die vom Reichspropagandaministerium ausgegebenen Durchhalteparolen kein unsinniges Geschwätz. Tatsächlich hätte der Krieg, hätte er noch einige Monate länger gedauert oder wenn die Invasion ein halbes Jahr verschoben worden wäre, von Berlin gewonnen werden können. Etliche dieser noch in der Erprobung oder in den Anfangsstadien der Fertigung gewesenen Produkte hätten bis dahin zum Einsatz gelangen können. Allein die Wirkung der Fernlenkwaffen mit ihrer großen Zielgenauigkeit hätte einiges Entsetzen ausgelöst. Nicht nur diese ferngesteuerten Geschosse, sondern auch die Düsenjäger würden die alliierten Bomberverbände abgeschreckt haben, da die ferngesteuerten Torpedos feindliche Truppentransporte und Kriegsflotten aus der Ferne vernichtet hätten.

Dem amerikanischen Geistlichen Ludwig A. FEUTSCH zufolge stahlen allein die Amerikaner den Deutschen, diesen »Giganten der Wissenschaft, die den Tuberkel-, Typhus-, Cholera-, Diphterie-Bazillus entdeckten und auch die Gegenmittel, die Menschheit von diesen Plagen zu befreien, die das Atom sprengten und die Röntgenstrahlen fanden, die aus Kohle Fett herstellten und die feinsten Instrumente der Erde konstruierten«,[10] hunderttonnenweise Patentschriften. Der finanzielle Nutzen, den die Alliierten aus diesem geistigen Diebstahl gezogen haben (und ziehen), ist nicht abschätzbar; er ging in die Milliarden, die heute Billionen Dollar wert sind, oder, wie es die *Westfälischen Nachrichten* im Januar 1947 nüchtern ausdrückten: »Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.« Und im Nachkriegsdeutschland ebenso, wäre hinzuzufügen.

Der Gesamtumfang und der Wert gestohlener Patente durch die Alliierten kann nur geschätzt werden. Der US-amerikanische Professor für Geschichte (Kalifornien und Düsseldorf) John GIMBEL zeigt Beispiele auf, in denen die Geistesarbeit eines einzelnen deutschen Wissenschaftlers oder

[10] Ludwig A. FRITSCH, ***Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk,*** Grabert, Tübingen '1969, S. 63.

Technikers amerikanischen Firmen Profite von vielen Zigmillionen Dollar eingebracht hatte.[11] Den Enthüllungen des Historikers zufolge stahlen die Alliierten Deutschland geistiges Gut und Patente im Werte von 4,8 Milliarden bis 12 Milliarden US-Dollar. Der Gesamtwert der gestohlenen Zeichnungen, Patente und Warenzeichen schwankte, dem Protokoll über die Tagung mit Firmenvertretern und Sachverständigen am 16. Juni 1948 in Königsstein zufolge, zwischen 12 und 30 Milliarden Mark[12] - letztere Zahl dürfte wohl am ehesten zutreffen: An deutschen Patenten wurden von den Siegern insgesamt 346 000 Patente als Kriegsbeute beschlagnahmt, davon waren 200 000 deutsche Auslandspatente. Hinzuzuzählen sind 20 870 deutsche Warenzeichen sowie 50000 neue Farbformeln, die in den Forschungsstätten der IG Farben erarbeitet worden waren. Alle Beschlagnahmungen bedeuteten für Deutschland, Herbert GRABERT zufolge, einen Gesamtschaden von etwa 30 Milliarden DM (Stand 1952).[13]

Für die notwendige Berechnung des Gesamtumfangs der Werte allein an gestohlenen Patenten liegen bezeichnenderweise keine endgültig nachprüfbaren Zahlen vor - auch nicht bei Stellen, von denen man es erwarten können sollte. So muß der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) einräumen, daß leider »keine Erkenntnisse« vorliegen,[14] dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) ist es »nicht möglich, den Wert der Reparationen, die durch die zeitweise Beschlagnahme von Schutzrechten geleistet wurden, zu quantifizieren«,[15] und dem Österreichischen Patentamt sind »Untersuchungen betreffend gestohlener Patente« gleich gar nicht bekannt.[16]

Nach welchen Richtlinien können die dem Deutschen Reich und der deutschen Nation entstandenen Schäden und Verluste berechnet werden? Dem Wert des gestohlenen Patents oder Produkts sind Zeitraum und Kosten hinzuzurechnen, die zur Entwicklung nötig gewesen waren. Außerdem muß der Ausfall für die deutsche Wirtschaft berechnet werden, Falls eine derartige Berechnung überhaupt angestellt werden könnte - Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre mißlang ein derartiger Versuch der (westdeutschen) Industrie- und Handelskammer aufgrund ungleichwertiger Rückläufe der Firmen, die steuerliche Konsequenzen bei Angabe ihrer tatsächlich erlittenen Verluste[17]befürchteten -, würde selbst diese annähernde Berechnung lediglich ein Schätzwert von astronomischer Größe sein. Für C, Lester WALKER stellte sich das unvorstellbare Ausmaß wie folgt dar: 1945 spielte sich der gewaltigste Diebstahl von geistigem Eigentum ab. Die entdeckten und gestohlenen wissenschaftlichen, industriellen und militärischen Geheimnisse des nationalsozialistischen Deutschlands waren, wie WALKER mit Berufung auf Washington zitiert, »die größte einzelne Quelle dieser Art von Material in der Welt, die erste ordentliche Ausbeutung der Geisteskräfte eines ganzen Volkes«. Es handelte sich in der Tat um den größten Geistesraub in der Weltgeschichte,

**Claus Nordbruch**

[11] Vgl, ebenda, S. 100 f.

[12] Vgl. Nicholas BALABKINS, ***Germany under direct controls. Economic aspects of industrial disarmament 1945-1948,*** New Brunswick 1964, S. 142.

[13] Vgl. Herbert GRABERT, ***Hochschullehrer klagen an. Von der Demontage deutscher Wissenschaft,*** Göttingen ' [2]1952, S. 25.

[14] Schreiben des Deutschen Indu-Strie- und Handel stages vom 20. 7. 2000 an den Verfasser.

[15] Schreiben des Deutschen Patent- und Markenamtes vom 31. 8. 2000 an den Verfasser,

[14] Schreiben des Österreichischen Patentamtes vom 3. 8. 2000 an den Verfasser.

[17] Vgl. John GIMBEL, ***Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Post-war Germany,*** Stanford 1990," S. 158.

# Reparationen: Finanzielle Leistungen und materielle Verluste

Zum Thema Schwächung der deutschen Wirtschaft schrieb der ***Washington Times Herald*** Anfang 1949: »Zu einem Zeitpunkt, da Millionen Deutsche, in bombenzerstörten Wohnstatten zusammengepfercht, zwecks Verhinderung von Krankheiten dringend Seife benötigten, demontierten die Briten eine der größten deutschen Seifenfabriken mit der Begründung, Seifenherstellung produziere Glyzerin, aus dem Munition hergestellt werden kann. Der wahre Zweck war, die Deutschen als Konkurrenten britischer Seifefabrikanten auszuschalten.«

Den endgültigen Gesamtwert der vom deutschen Volk an die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und ihre Assoziierten geleisteten Reparationen genau anzugeben ist nicht möglich; es dürfte mit heutigem Stand ein Wert sein, der sich zwischen 9 und 10 Billionen Euro bewegt. Es sind in der Vergangenheit allerdings einige Berechnungen angestellt worden, die das Ausmaß dieser gewaltigen, in der Weltgeschichte einmaligen Leistungen zu ermessen versuchen. Diesbezüglich sind vor allem die Arbeiten des Staats- und Völkerrechtlers Helmut RUMPF und des Volkswirts Karl BASSLER hervorzuheben.

Helmut RUMPF hat dankenswerterweise darauf aufmerksam gemacht, daß Reparationen nach einem Krieg, für die es keine weiteren allgemeinen Grundsätze außer dem Existenzrecht des Schuldnerstaates gibt, ein Phänomen für sich bilden: »Meist stehen sich »Gläubigen und »Schuldner« als Sieger und Besiegte gegenüber, verbindet sich das Verlangen nach Schadensersatz mit weitergehenden machtpolitischen Zielen. Man kann daher von politischen Reparationen sprechen. Es ist fraglich, ob es überhaupt ein Völkerrechtsbegriff ist, wenn auch das Rechtliche niemals ganz abwesend ist. Der Unterlegene wird den Rechtscharakter solcher Maßnahmen und Regelungen unter Umständen gänzlich bestreiten und, wie die nationale Opposition nach dem Ersten Weltkrieg, von Tributen sprechen. Reparationen dienen »meist nicht allein der Wiedergutmachung, sondern auch der Schwächung der Wirtschaftskraft und damit zugleich des militärischen Potentials des besiegten Staates«, heißt es im Stichwort »Reparationen« in ***Meyers Enzyklopädischem Lexikon*** (Band 20,1977, S. 18,19)«.[1]

Der übliche völkerrechtliche Rahmen für Reparationen ist ein Friedensvertrag. So wurden Deutschlands Reparationsverpflichtungen nach dem Ersten Weltkrieg vor allem im Friedensdiktat von Versailles (Teil VIII) festgelegt. Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Deutschen Reich - bis heute! - kein Friedensvertrag geschlossen worden ist, hat das deutsche Volk der BRD, der DDR und in Österreich gewaltige Reparationen erbracht - die gewaltigsten, die je in der Weltgeschichte von einem Volk erbracht worden sind. »Gerechtfertigt« werden diese finanziellen Leistungen mit Verträgen, die zwischen den Alliierten und ihren jeweiligen deutschen Satelliten geschlossen wurden. Im Uberleitungsvertrag von 1952/54 beispielsweise bestimmte Teil VI, Art. 1: »Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden.« Im Teil VI werden unter der Überschrift »Reparationen« der Rechtsweg und diplomatische Ein-

[1] Helmut RUMPF, »Die deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Bernard WILLMS (Hrsg.), ***Handbuch Deutschen Nation, Bd. I, Geistiger Bestand und politische Lage,*** Tübingen 1986, S. 335 f.

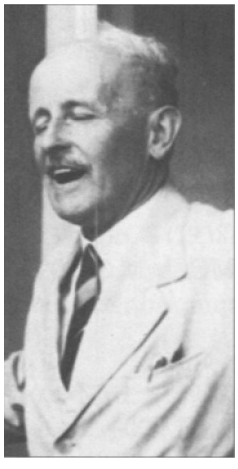
Wendungen gegen Konfiskationen deutschen Eigentums ausgeschlossen. Art. 3 Abs. 1 lautet: »Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollten, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die drei Mächte mit anderen alliierten Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.« Die Verantwortung für die Entschädigung der früheren Eigentümer wurde der Bundesrepublik aufgebürdet. An. 5: »Die Bundesrepublik wird Vorsorge treffen (»shall ensure«, »veillera à ce que«), daß die früheren Eigentümer der Werte, die auf Grund der in Artikel 2 und 3 dieses Teiles bezeichneten Maßnahmen beschlagnahmt worden sind, entschädigt werden.«

Nicht nur die Alliierten erhielten Reparationen, selbst Staaten und Organisationen, die kaum mit dem westlichen Demokratieverständnis in Einklang zu bringen sind, wie die Roten Brigaden Spaniens, die Resistance Frankreichs und vor allem die Ostblockstaaten kamen in den Genuß massiver Geldausschüttungen seitens der BRD. Als erster Staat erhielt Israel von der BRD eine kollektive »Wiedergutmachung«, obwohl dieser Staat 1945 noch gar nicht existiert hatte. Auf Grund des Haager Abkommens vom 10. September 1952 wurden Israel drei Milliarden DM in Form von Sachleistungen zugesagt. Die »Conference on Jewish Material Claims against Germany< erhielt gleichzeitig zusätzlich 450 Millionen DM. Die Leistungen wurden als Entschädigung für die Kosten der Aufnahme und Eingliederung verfolgter Juden bezeichnet.

Nach Israel wurde Jugoslawien als nächster Staat durch das Abkommen vom 16. Oktober 1956 kollektiv entschädigt: Das Tito-Regime erhielt 300 Millionen DM, davon 240 Millionen DM als Wirtschaftshilfe-Kredit für 99 Jahre und 60 Millionen zur Abgeltung verschiedener individueller Kriegsschadensansprüche. Allein zwischen 1959 und 1964 schloß die Bonner Bundesregierung mit 11 westlichen Staaten und Österreich sogenannte Wiedergutmachungspauschalabkommen, deren Gesamtkosten sich auf fast 1 Milliarde DM beliefen.[2]

Keine Wiedergutmachung von typischem nationalsozialistischen Unrecht, sondern eine typische Reparationsregelung betrafen die Forderungen, welche von den Interessenverbänden der sogenannten Zwangsrekrutierten in Frankreich, Belgien und Luxemburg erhoben wurden, deren Mitglieder während des Zweiten Weltkrieges als Staatsangehörige besetzter Länder angeblich oder tatsächlich zwangsweise zur deutschen Wehrmacht eingezogen worden waren. Da es sich um eine Verletzung des Kriegsvölkerrechts handelte, lagen Reparationsforderungen vor. Die Betroffenen, auch Hinterbliebene von Gefallenen, wurden aber von ihren Verbänden als Opfer einer NS-Verfolgung hingestellt.

Nur wenige prominente Politiker nahmen öffentlich Stellung gegen die plünderische Reparationspolitik der Alliierten. Zu ihnen gehörten der ehemalige US-Präsident Herbert HOOVER und vor allem Lord HANKEY (unten), der frühere britische Verteidigungsminister.



[2] Weitere Abkommen siehe bei Helmut RUMPF, ebenda, S. 347.

In einem Protokoll-Abkommen mit der DDR vom 22. August 1953 (in Kraft 1. Januar 1954), einer Parallel-Maßnahme zum Londoner Schuldenabkommen, hatte die Sowjetunion mit Wirkung auch für Polen auf weitere Reparationen verzichtet. Die Sowjetregierung erklärte, »daß Deutschland von der Zahlung staatlicher Nachkriegsschulden an die Sowjet-Union frei ist«. In den Beratungen über die sogenannten Ostverträge 1970, besonders in Warschau, wurde von der Gegenseite bestätigt, daß dieser Verzicht auch für die BRD gelte. In dem sowjetrussischen Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. Januar 1959 wurde die Reparationsfrage »als vollständig geregelt« erklärt und ein Verzicht der ehemaligen Kriegsgegner, die zu diesem Zeitpunkt im Ostblock lagen, »auf alle Ansprüche an Deutschland hinsichtlich der weiteren Zahlung von Reparationen« ausgesprochen.

Wenn Ostblockstaaten dessen ungeachtet später trotzdem Entschädigungsforderungen in Höhe von vielen hundert Millionen DM erhoben haben, so deshalb, weil sie der Annahme waren, sich die Unterscheidung zwischen Reparationen und Wiedergutmachung zunutze machen zu können, indem sie individuelle Ansprüche für KZ-Haft, Deportation, Zwangsarbeit, Tötung usw. geltend machten, für die der oben angeführte Reparationsverzicht nicht gelte. Beispielsweise erklärte die Regierung der CSSR in ihrer dem Prager Parlament vorgelegten Begründung zum Vertrag mit der BRD vom 11. Dezember 1973, ihre Reparations- und Wiedergutmachungsansprüche, die sie mit 315 Milliarden tschechischer Kronen bezifferte, blieben von dem Vertrag unberührt.

Auch wenn die bis in die jüngste Zeit wiederholten Ansprüche Polens, ebensowenig wie ähnliche Forderungen Jugoslawiens (und dessen Nachfolgestaaten) und Rumäniens, zwar nicht unter den Begriff »Reparation« oder »Wiedergutmachung« fielen, erhielten diese Staaten vielfach enorme Geldbeträge zu günstigen Bedingungen, die zu Lasten des deutschen Volkes gingen. Beispielsweise erhielt Polen 1975 1,3 Milliarden DM Abgeltung pauschalierter Rentenansprüche, dazu noch einen Kredit von einer Milliarde DM zu Vorzugsbedingungen. Dieser Finanzkredit war in drei Jahresraten (1975, 1976 und 1977) zu 2,5% Zinsen zu zahlen. Er war nach fünf tilgungsfreien Jahren in den folgenden zwanzig Jahren in gleichmäßigen Jahresraten zurückzuzahlen. Die Differenz zwischen den von Polen geforderten niedrigen Zinsen und den Zinssätzen auf dem Kapitalmarkt in Höhe einiger hundert Millionen DM ging zu Lasten des Bundeshaushalts. Die »Gegenleistung« Polens bestand in dem in einem Protokoll vom 9. Oktober 1975 gegebenen Versprechen, 120 000 bis 125 000 Ostdeutsche (»Volksdeutsche«) in die BRD ausreisen zu lassen. »Es ist eine bittere Ironie der Weltgeschichte«, wie RUMPF mit Recht feststellt, »daß auf diese Weise die 1945 mit der Vertreibung begonnene Entdeutschung Osteuropas mit einer für rund 2 Milliarden DM erkauften freiwilligen Umsiedlung fortgesetzt wurde. Dieser Perspektive waren sich anscheinend auch jene bundesdeutschen Politiker nicht bewußt,

die sich in humanitärem Bestreben für die Aussiedlung einsetzten, obwohl sie an der These festhalten, das von Polen annektierte deutsche Land sei noch deutsches Staatsgebiet, das dortige Privatvermögen deutsches Eigentum geblieben.«[3]

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bonner Politiker diese Zahlungen gewährten, ohne deutsche Gegenansprüche aus Annexion und Vertreibung auch nur zu erwähnen. Immerhin hatte Polen ein Drittel des deutschen Staatsgebietes mitsamt Städten, Fabriken, Häfen und Kunstschätzen an sich genommen und einige Jahre lang Millionen dort gebliebener Deutscher als billige Arbeitskräfte benutzt.[4]

Eine zuverlässige, objektive und allgemein anerkannte Bezifferung der von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erbrachten Reparationsleistungen wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nie geben. Die Berechnung hängt von der Bewertung der entzogenen Güter, dem Kurs der angenommenen Währung und deren Schwankungen ab, aber auch von der Bereitschaft, alle Vorgänge, Entnahmen und Liquidationen offenzulegen, an der es von selten der Alliierten in der Regel fehlt. Andererseits wäre auch der Schaden zu berücksichtigen, den es auszugleichen galt. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten können, wie RUMPF einräumt, die folgenden Ziffern nur Schätzungen sein,

[1] Helmut RUMPF, ebenda, S. 350.

[4] Vgl. Claus NORDBRUCH, ***Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigung für Deutsche,*** Grabert Tübingen [2]2003.

**A) Reparationen auf Besatzungsbefehl**

| | |
|---|---|
| I. Westzonen | |
| 1. Kohleexport bis 1947: | 200 Mio. $ |
| 2. Holzexport bis 1947: | 1,000 Mrd. RM |
| 3. Industriemontagen und Auslandsvermögen lt. alliierten, deutscherseits als zu niedrig angefochtenen Schätzungen im IARA-Bericht von 1961 | 520 Mio. $ (193S) |
| 4. Auslandsvermögen, Stand 1958, nach deutscher Schätzung: | 20,000 Mrd. DM |
| 5. Arbeitsleistung deutscher Kriegsgefangener im Westen: | keine Ziffer bekannt |
| EL Sowjetische Besatzungszone | |
| 1. Demontagen | 1,600 Mrd. $ (1938) |
| 2. Holzeinschlag bis 1947 | 600 Mio. $ |
| 3. Reparationen aus laufender Produktion bis 1949 | 2-2,5 Mrd. $ |
| 4. Produktion der Sowjet. A. G. bis 1948 | 950 Mio. $ |
| 5. Gleisabbau | 6000 km |
| 6. Enteignete Lokomotiven | 1200 |
| 7. Arbeit von rund 1 Mio Kriegsgefangener und rund 30000 Deportierter | keine Wertangabe |
| **Gesamtwert 1945-1950 nach einer deutschen Schätzung** | **10,7 Mrd, $ oder 26,8 Mrd. Mark** |
| **Gesamtwert bis 1951 nach sowjetischer Schätzung** | **3,0 Mrd. $** |

**B) Reparationen und Wiedergutmachung auf Grund von Verträgen und Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland**

| | |
|---|---|
| 1. Haager Abkommen mit Israel 1952 | 3,00 Mrd. DM |
| 2. Haager Abkommen mit der Conference on Jewish Material Claims against Germany, 1952 | 0,45 Mrd. DM |
| 3. Vertrag mit Jugoslawien, 1956 | 300 Mio. DM |
| 4. Vertrag mit Jugoslawien, 1972 (langfristiger Kredit, zinsgünstig als Kapitalhilfe) | 1 Mrd. DM |
| 5. Wiedergutmachungs-Globalabkommen mit 11 westeuropäischen Staaten und Österreich zwischen 1959 und 1964 | |
| a) Luxemburg | 18 Mio. DM |
| b) Norwegen | 60 Mio. DM |
| c) Dänemark | 16 Mio. DM |
| d) Griechenland | 115 Mio. DM |
| e) Niederlande | 125 Mio. DM |
| f) Frankreich | 400 Mio. DM |
| g) Belgien | 80 Mio. DM |
| h) Italien | 40 Mio. DM |
| i) Schweiz | 10 Mio. DM |
| j) Österreich | 95 Mio. DM |
| k) Großbritannien | 11 Mio. DM |
| 1) Schweden | 1 Mio. DM |
| | Sa. rd. 1 Mrd. DM |
| 6. Entschädigung von Opfern medizinischer Menschenversuche (Globalabkommen) | |
| a) Jugoslawien | 8 Mio. DM |
| b) Ungarn | 6,25 Mio. DM |
| c) CSSR | 7,50 Mio. DM |
| d) Polen | 100,00 Mio. DM |
| 7. Indirekte Wiedergutmachung an Polen durch Abkommen von 1975 | 1,3 Mrd. DM |
| als Finanzkredit zu 2,5% Zinsen (langfristig) | 1,0 Mrd. DM |
| 8. Entschädigung an Griechenland für Neutralitätsschäden des Ersten Weltkriegs (Vertrag von 1974) | 47 Mio. DM |
| 9. Leistungen auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes zugunsten der Opfer des NS-Regimes bis 1.1.1984 | 56,2 Mrd. DM |
| davon nach Israel | 40% |
| ins übrige Ausland | 40% |
| 10. »Abschlußgeste« Wiedergutmachung auf Grund Bundestagsbeschluß von 1979 an Weltrat der Juden in Raten 1980-1983 | 400 Mio. DM |

Die Aufstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da Zahlungen an Israel nicht immer publiziert wurden. Innerdeutsche Wiedergutmachungsleistungen sind nicht berücksichtigt. BASSLERS weitere Berechnungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

[s] Alle Tabellen nach Karl BASSLER. Text in diesem Abschnitt basiert auf den Darstellungen in: Karl BASSLER, »Der Marshallplan-Schwindel und die Zukunft Europas«, in: ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart,*** Nr. 4, 1997, S. 1-10.

## I. Ausraubungen und Zerstörungen von 1945 bis 1952[s]

### 1. Raub aus dem Volksvermögen

Der direkte Raub aus dem Sachvermögen betrifft Demontagen, Sachgüter, Geld, Gold, Wertpapiere, Auslandsguthaben, Auslandsvermögen, militärisches Gut (Beute), Patente, Besatzungsdiebstahl, Kunstdiebstahl (Zerstörung zahlloser Kunstwerke der Epoche 1933-1945), Bücherdiebstahl und vieles mehr und ist in Tabelle 1 aufgelistet.

TABELLE 1: Ausraubung Sachvermögen

| | Mrd. RM/DM |
|---|---|
| Ausraubungen von 1945 bis Ende 1947 | 49,75 |
| Nach den Berechnungen von RUMPF zusätzlich | 37,00 |
| Summe RUMPF und HARMSSEN (inklusive Demontagen) | 87,00 |
| Weitere Ausraubungen bis 1952 | |
| Ausraubung der Sowjetischen Besatzungszone von 1948 bis 1950 (inklusive Demontagen) | 70,00 |
| Militärisches Gut, von Russen und Westalliierten erbeutete deutsche Waffen | 50,00 |
| Raub der Patente | 20,00 |
| Raub an Bargeld | 25,00 |
| Besatzungsdiebstahl | 1,00 |
| Kunstdiebstahl, Bücherdiebstahl, im Grunde unschätzbar, aber mindestens | 10,00 |
| Summe: Raub aus Volksvermögen | 263,00 |

### 2. Raub/Erpressung durch laufende Entnahmen aus der Produktion 1945-1952

Hierunter fallen Wegnahme von Rohstoffen, Besatzungskosten, Demontagekosten, Verlust an Lizenzeinnahmen, Bargeld, Gegenwert der Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten und weiteres. Diese »laufenden Ausraubungen« mußten in den acht Jahren von 1945 bis 1952 durch schwerste Steuerbelastungen der verarmten und verelendeten deutschen Bevölkerung aufgebracht werden. Tabelle 2 gibt eine Übersicht.

TABELLE 2: Ausraubung durch laufende Entnahmen

| | Mrd. RM/DM |
|---|---|
| Für den erzwungenen Export von deutscher Kohle | 4,00 |
| Für sogenannte Restitutionen | 2,00 |
| Durch den vollständigen Raub der deutschen Flotte: Verlust an Frachteinnahmen und Kosten für Frachtzahlungen an die Alliierten | 2,50 |
| Demontagekosten | 11,00 |
| Ausraubung des Saargebietes (Kohle) | 5,00 |
| Wert der Zwangsarbeit der völkerrechtswidrig zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten: | |
| Kriegsgefangene | 35,00 |
| Zwangsverschleppte | 38,00 |
| Verlust an Lizenzeinnahmen (bis 1955) aus Patenten, Warenzeichen u.a. | 10,00 |
| Besatzungskosten nach Angaben der Bundesregierung (Zeittafel 1949-1969) | |
| allein für die Westzonen 1945 bis 1952 | 50,00 |
| Für die Ostzone mindestens (nach HARMSSEN) | 40,00 |
| **Summe: Laufende Ausraubung** | 197,50 |

### 3. Volkswirtschaftlicher Schaden durch die Zerreißung Deutschlands

1945 wurde Deutschland in elf voneinander getrennte Wirtschaftsgebiete zerrissen, namentlich:

> N

> Memelland (an Litauen)
> Schlesien mit Oberschlesien, Danzig, Westpreußen, Pommern, Teile von Brandenburg (an Polen)
Österreich
> Sudetenland (an Tschechoslowakei)
> Südtirol (an Italien)
> Elsaß-Lothringen (an Frankreich)
> Saargebiet (bis 1959 an Frankreich)
> Eupen-Malmedy (an Belgien)
> Sowjetische Besatzungszone, später DDR
> Westzonen, später BRD.

Ab 1945 waren diese von Deutschen bewohnten Gebiete durch Zollgrenzen getrennt, also wirtschaftlich vollkommen auseinandergerissen. In der Regel war jahre- oder jahrzehntelang keine wirtschaftliche Zusammenarbeit möglich. Die politische Zerreißung bedeutete für viele Großunternehmen eine völlige Zerstörung ihres Produktionsverbundes (zum Beispiel für Siemens, Daimler-Benz, Bosch, IG-Farben, Vereinigte Stahlwerke).

Großer wirtschaftlicher Schaden entstand zudem durch die Zerstörung des Außenhandels. Der Schaden durch die politische Zerreißung Deutschlands wirkt bis heute ununterbrochen und mit wachsenden schädlichen Folgen für ganz Europa fort. Im einzelnen gibt Tabelle 3 die betreffenden Zahlen wieder.

TABELLE 3: Schaden durch die Zerstörung Deutschlands 1945-1952

| | Mrd. RM/DM |
|---|---|
| Schaden durch die politische Zerreißung (zwischen 240 und 2400 Mrd. DM.; siehe Folgendes) | 400,00 |
| Der wirtschaftliche Wen der Demontagen = Ausfall an Produktion | 65,00 |
| Verlust an Wertsteigerung durch das zehnjährige Verbot deutscher Spitzenforschung | 70,00 |
| Verluste durch Zerstörung des Osthandels | 10,00 |
| Verluste durch die Zerschlagung deutscher Großunternehmen | 35,00 |
| **Summe: Schaden durch Zerreißung** | **580,00** |

### 4. Verluste in den Vertreibungsgebieten

Durch den Raub der deutschen Ostgebiete, des Sudetenlandes sowie des Vermögens der Volksdeutschen entstanden weitere große Verluste. Allein das geraubte deutsche Vermögen (reproduzierbares Sachvermögen, ohne Bodenwert) in Ostdeutschland, Danzig, Memelland, Sudetenland und an den sechs Millionen Volksdeutschen in Osteuropa und auf dem Balkan beträgt mindestens 300 Mrd. DM. Damit ergeben sich als Gesamtsumme (siehe: Tabellen 1 bis 3) für Gesamtdeutschland 1350 Mrd. DM.

Zu beachten ist dabei noch, daß diese Summe nur einen Näherungswert darstellt. Alle Ausraubungen und Zerstörungen konnten gar nicht erfaßt werden. Die Auswirkungen reichen bis weit über das Jahr 1952 - dem Ende des **MARSHALL**-Plans - hinaus und sind heute noch spürbar. Deutschland und damit ganz Europa wurden dadurch im weltweiten Wettbewerb unaufholbar zurückgeworfen.

Die vertriebenen Volksdeutschen hinterließen in den Ostgebieten und im Sudetenland ein gigantisches Sachvermögen.

## II. Der Verlust durch Minderleistung der DDR[6]

Zu den oben berechneten Verlusten durch direkte Ausraubung, Zerstörung und Landraub muß noch der Verlust an Wirtschaftsleistung durch die 45 Jahre lange Zerstörung der Wirtschaft in der DDR hinzugezählt werden. Dadurch konnte ein Viertel Deutschlands nur mit etwa einem Drittel bis zur Hälfte seiner Leistungsfähigkeit arbeiten. Die dadurch entstandene Minderleistung, Veralterung des Produktionsapparates, Zerfall der Bausubstanz usw. mit einem geschätzten Gesamtwert von rund 5500 Milliarden Deutsche Mark müssen heute von allen Deutschen in jahrzehntelanger Arbeit bei stark erhöhter Steuerlast aufgeholt werden.

Der Zerfall und die wegen des Sowjetsystems nicht mögliche Entfaltung und Erneuerung des Sachvermögens sind ein Verlust durch Zerstörung und Behinderung, der nach der Vereinigung der DDR mit der BRD von der vergrößerten BRD behoben werden muß. Das heißt, daß die Deutschen rund 3,3 Billionen DM in den Wiederaufbau Mitteldeutschlands investieren müssen, wenn sie den Stand der alten BRD erreichen sollen. Die Größe dieses notwendigen Aufwandes wird jedoch in der öffentlichen Diskussion unterschlagen, damit die daraus erwachsende Dauerbelastung nicht bewußt wird.

Alle Zerstörungen, Ausraubungen, Folgen von Produktionsverboten und Tributzahlungen von 1945 bis heute in der ehemaligen BRD und DDR belaufen sich nach (hochgezinstem) heutigem Wert (Stand 1997) auf rund 16 Billionen DM, das entspricht rund fünf Bruttosozialprodukten (BSP) der heutigen BRD (1996). Allein die Tribute (Barleistungen) hatten bis 1997 einen Wert von rund 6,5 Billionen DM. Das entspricht, wenn man die im ***Bundesbankbericbt*** 7/1997 auf Seite 67 angegebene Nettoinvestitionsquote von

[6] Text in diesem Abschnitt beruht auf den Darstellungen in: Karl BASSLER, ebenda.

1996 mit 289 Milliarden DM annimmt, rund der 20fachen Nettoinvestitionsquote eines Jahres, also dem Kapital zur Schaffung von Millionen neuer Hoch- und Höchsttechnologie-Arbeitsplätzen.[7]

Die Haltung der bundesdeutschen Parteien in der Reparationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheidet sich erheblich von der ihrer Vorläufer in der Zwischenkriegszeit. Dies gilt für die österreichischen Schwesterparteien nicht minder. Nach dem Ersten Weltkrieg waren alle deutschen Parteien von der KPD über die SPD, Zentrum, Demokraten, Deutschnationale bis zu den Nationalsozialisten, wenn auch in verschiedener Intensität und mit unterschiedlicher Argumentation, sich in ihrer Bemühung einig, die erdrückenden, gewaltigen, anfangs unbegrenzten Reparationsforderungen der Sieger abzuwehren oder wenigstens zu beschränken. Die moralische Berechtigung dieser alliierten Forderungen im Sinne der Kriegsschuldthese des Art. 231 des Friedensdiktats von Versailles wurde von keiner Partei anerkannt, der Vorwurf der Kriegsschuld allgemein abgewiesen. Der bundesdeutschen und österreichischen Geschichtsschreibung nach 1945 geht das Verständnis für den damaligen Kampf gegen die Reparationen und die alliierten Kontrollinstanzen zu deren Eintreibung weithin ab.

Die allgemeine und widerstandslose Wiedergutmachungsbereitschaft der deutschen Regierungen ergab sich nach 1945 aus einem durch die Umerziehung bewirkten deutschen Schuldbewußtsein. Eine solche Umerziehung im Dienste alliierter Geschichtsauffassung war nach 1919 nicht geschehen. Die BRD hingegen sieht ihr Fundament, auf dem sie aufgebaut sei, in der Anerkennung der doppelten Kollektivschuldthese. Hier wurzelt die kritiklose Bereitwilligkeit zu andauernden und immer neuen Zahlungen an ausländische Staaten und Organisationen.[8] Jedoch nicht nur das eingeredete und anerzogene »deutsche schlechte Gewissen«, auch der gleichzeitig wachsende individuelle Wohlstand der bundesdeutschen Bürger ließen und lassen das deutsche Volk diese unerhörten Lasten ohne hörbares Murren weitertragen.

Claus Nordbruch

Während die Westmächte auf den Wiederaufbau Deutschlands setzten, wurde in der Sowjetischen Besatzungszone weiter demontiert.

[7] Vgl. Karl BASSLER, ebenda.

BRUCH, ***Der Angriff, Eine Staats- und Gesellschaftskritik an der ¡berliner Republik'***, Hohenrain, Tübingen 2003.

# Der Marshall-Plan - humanitäre Hilfe oder politischer Kalkül?

US-Außenminister George MARSHALL am 5. Juni 1947 bei seiner Rede vor der Harvard-Universität, wobei er sein Aufbauprogramm für Europa verkündete.

Ein Nebenprodukt der Umerziehung ist die von bundesdeutschen und österreichischen Politikern, Verlegern, Redakteuren, Journalisten, Lehrern, Dozenten und anderen in meinungsbildenden Berufen Tätigen propagierte Behauptung, mit Hilfe der von 1949 bis 1953 nach Westdeutschland und Österreich geflossenen amerikanischen Devisen sei der wirtschaftliche Aufschwung gewährleistet worden. Für Bundeskanzler Helmut KOHL war dieser angebliche Vorgang sogar einmalig in der Weltgeschichte: Amerikas Staatskasse und die Vorratslager hätten sich auch dem »in Trümmer liegenden Feindstaat Deutschland« geöffnet. Es würde seiner Ansicht nach kein anderes welthistorisches Beispiel geben, bei dem der Sieger dem Besiegten »so großzügig« aufgeholfen und ihn dabei unterstützt habe, in den »Kreis der Völker zurückzukehren.«[1] In einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung behauptete der antifaschistische Historiker und Politologe Wolfgang BENZ,[2] ohne »diese Hilfe hätte das deutsche >Wirtschaftswunder zum mindesten länger auf sich warten lassen.«[3] Das Bundesland Niederösterreich stellte während seiner Ausstellung *Österreich ist frei. 1955-2005* die Behauptung auf: »Der MARSHALL-Plan war das amerikanische Hilfsprogramm für den westeuropäischen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Benannt wurde er nach dem damaligen US-Außenminister George C. MARSHALL, Geld- und Sachwerte wurde nach Österreich gebracht, dessen Gegenwert auf ein Sonderkonto eingezahlt werden musste. Die Hilfeleistung der USA erfolgte gratis, d. h. es handelte sich ausschließlich um Schenkungen,«[4] (Alle Fehler im Original)

Beispiele dieser Art gibt es zu Hunderten. Sie alle geben vor, der MARSHALL-Plan sei ein gezieltes humanitäres Wiederaufbauprogramm der USA gewesen, das die Versorgung der westeuropäischen Völker mit Nahrungsmitteln, Treibstoff, Saatgut und Dünger vorgesehen habe. Er sei deshalb, wie die Bundesregierung 1978 behauptete, als »Initialzündung«[5] für das anschlie-

[1] Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), ***Journalfür Deutschland,*** Heft August/September 1997.

[2] Vgl. Autorenkollektiv gegen Totalitarismus, ***Antifa heißt Gewalt. Feuer und Flamme für jeden Staat,*** Tübingen 2002, S. 113.

[3] Wolfgang BENZ, »Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949«, in: ***Informationen zur politischen Bildung*** (Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung), Heft 239. Zitiert nach http://www.bpb.de/publikationen/8ZU9SN,2,0,Wirtschaftsentwicklung_von_1945_bis_1949.html

[4] http://www.oesterreichistfrei.at/geschichte4.htm#mars

[5] Lexikon-Institut Bertelsmann (Hg.), ***Tatsachen über Deutschland.*** Auflage für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gütersloh 1978, S. 62.

ßende westdeutsche Wirtschaftswunder zu betrachten. Entsprechen aber diese und ähnlich lautende Behauptungen der historischen Wahrheit?

In seiner Rede an der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 formulierte der damalige US-Außenminister General George MARSHAI.L das künftige strategische Vorgehen der USA in Europa, das der Marburger Historiker Gerd HARDACH als Strukturanpassungsprogramm beschreibt: »Westeuropa sollte seine Staatshaushalte sanieren, feste Wechselkurse einführen, sich ökonomisch zusammenschließen und zugleich zum Weltmarkt öffnen. Das Geld des MARSHALL-Plans habe >als Anreiz gedient, um die zögernden Regierungen auf den Pfad der Integration zu bringen*«.[6]

Paul G, HOFFMANN war der MARSHALL-Plan-Verwalter.

Es waren also Überlegungen über das eigene, sprich amerikanische ökonomische Interesse und vor allem eine langfristige politische und wirtschaftliche Strategie, die die Politiker der USA zu der Hilfsaktion des *European Recovery Program* (ERP) - wie die offizielle Bezeichnung des MARSHALL-Plans lautete - bewogen. Nicht zuletzt bezweckte der MARSHALL-Plan die Abwehrkommunistischer Einflüsse auf die notleidende Bevölkerung Europas durch wirtschaftliche Immunisierung.[7] Das wesentliche Ziel war aber die langfristige Sicherung von Absatzmärkten für die amerikanische Wirtschaft und die Vorbereitung der Auflösung wirtschaftlicher und nationaler Grenzen in Europa zugunsten der Errichtung eines supranationalen europäischen Blocks.

Das *European Recovery Program* trat im April 1948 in Kraft. Seine Umsetzung lag in Händen der im gleichen Jahr geschaffenen *Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit* (OEEC), der Vorläuferin der 1960 gegründeten *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD). Diese koordinierte zugleich die Öffnung der Grenzen auf dem Kontinent und schuf damit die Voraussetzungen für die 1957 erfolgte Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die später in der EG und 1992 in der EU aufging.[8]

Zwischen 1948 und 1952 gewährten die USA 16 Staaten Europas etwa 13 Milliarden US-Dollar, von denen rund 25% an Britannien, 20% an Frankreich und 10% an Westdeutschland gingen, das damit weniger erhielt als Italien, aber etwas mehr als die Niederlande. In konkreten Zahlen ausgedrückt setzte sich das Verhältnis wie folgt zusammen:

[6] Gerd HARDACH, *Der Marsball-Plan, Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952,* München 1994. Zitiert nach http://www.bpb.de/publikationen/8ZU9SN,2,0,Wirtschaftsentwicklung_von_ 1945_bis_1949.html

[7] Vgl. Wilhelm CORNIDES, *Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945-1955,* Tübingen J1961, S. 175 f.

[s] Vgl. Hans-Albert SCHRAEPLER, *Taschenbuch der Internationalen Organisationen,* München 1994, S. 170 ff. u. 319 ff.

| | |
|---|---|
| Britannien: | 3,2 Mrd. US-$ |
| Frankreich: | 2,7 Mrd. US-$ |
| Italien: | 1,5 Mrd. US-$ |
| Westdeutschland: | 1,4 Mrd. US-$* |
| Niederlande: | 1,1 Mrd. US-$ |

*(ein Betrag, der damals etwa 6,4 Milliarden Deutsche Mark entsprach.)

Westdeutschland hatte bis 1962 als einziger Empfänger die Hilfsgelder mit Zins und Tilgung den USA wieder zurückgezahlt. Auch diesbezüglich wird im Schrifttum oftmals Wahrheit mit Dichtung verwechselt. Auf der Londoner Schuldenkonferenz im Februar 1953 wurden Westdeutschland, so wird in der gängigen Presse geschrieben, zwei Drittel des zurückzuerstattenden Betrages erlassen, was als »Vorbild für viele Entwicklungspolitiker zur Lösung der heutigen Dritte-Welt-Schuldenkrise« gedient habe, wie die erste Lizenzzeitung Westdeutschlands, die *Frankfurter Rundschau*, behauptete.[9] Tatsächlich kommen sowohl das Hervorheben der Höhe der MARSHALL-Plan-Hilfe als auch das angeblich großzügige Streichen eines Großteils der Schuld einer Augenwischerei gleich: Der Betrag, den die westlichen Besatzungszonen oder die BRD als Kredit erhalten hatten, war ein nicht ins Gewicht fallender Bruchteil dessen, was allein die USA in Deutschland unter Verstoß gegen das Völkerrecht geplündert, gestohlen, demontiert und enteignet hatten, (siehe: Beitrag Nr. 411, »Reparationen«) Davon ganz abgesehen überstiegen allein die jährlichen Besatzungskosten, wieder Bundeshaushalt des Jahres 1949 belegt, mit 4,7 Mrd. DM bei weitem die Höhe der amerikanischen »Wirtschaftshilfe«[10] Darüber hinaus hatte sich die BRD, dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Ludwig ERHARD zufolge, im Londoner Schuldenabkommen ferner

[9] Roland BUNZENTHAL, »50 Jahre Marshall-Plan - Mythos und Motor der Marktwirtschaft«, in: *Frankfurter Rundschau*, 31. 5. 1997.

[10] Vgl. Gerhart JENTSCH, *Der Marshallplan und Deutschlands Platz darin*, Frankfurt/M. 1950, S. 31 u. 83, zitiert in: Karl BASSLER, »Der Marshallplan-Schwindel und die Zukunft Europas«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Nr. 4/1997, S. 1-10.

Zwei Werbeplakate für den MARSHALL-Plan.

bereit erklärt, »für alle Auslandsschulden des Deutschen Reiches« zu haften, und ferner proklamiert »daß die Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich identisch«[11] sei.

Es ist richtig, daß auch Österreich Gelder aus dem **MARSHALL**-Plan erhalten hat. Insgesamt erhielt das Land bis 1955 etwas mehr als knapp über 1000 Millionen US-Dollar, ein Betrag, der, obwohl er im Gegensatz zur BRD nicht zurückbezahlt zu werden brauchte, nicht als Geschenk angesehen werden kann. Dr. Friedrich **STANZEL** vom österreichischen Justizministerium schrieb am 9. November 2000 dem Verfasser auf entsprechende Anfrage: »In Österreich erfolgte die **MARSHAIL**-Plan-Hilfe außerdem nicht in Form von Krediten, sondern als *grants.* Das bedeutet, daß die Vereinigten Staaten der österreichischen Regierung die entsprechenden Güter als Geschenk überließen, Zu einer Rückzahlung an die Vereinigten Staaten kam es daher im Falle Österreichs nicht. Das österreichische ERP-Zentralbüro mußte jedoch die geschenkten Güter zu inländischen Marktpreisen oder billiger gegen Schillingwährung abgeben. Entsprechend dem bilateralen Abkommen mit den Vereinigten Staaten wurden dann die durch die Verkäufe einlaufenden Schillingbeträge zum Abbau der Bundesschuld (vor allem bei der OeNB) verwendet oder verblieben im Eigentum des Bundes. Diese ERP-Mittel wurden dann wieder (vor allem in Form von Krediten) der österreichischen Wirtschaft für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt. Daraus entstand ein revolvierender Fonds, der seit 1962 als >ERP-Fonds< firmiert.«[12]

[11] Ludwig **ERHARD**, *Deutschlands Rückkehr Zum Weltmarkt*, Düsseldorf[2]1954, S. 272.

Erklärtes Ziel des **MARSHALL**-Plans war die Errichtung und Stabilisierung eines kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Der **MARSHALL**-Plan schuf eine wesentliche Grundlage für die Errichtung der BRD als eines vom Deutschen Reich abgetrennten eigenen Weststaates. Er diente der USA als Steuerungs- und Einflußinstrument zur Durchsetzung der in der BRD nach amerikanischen Vorstellungen zu errichtenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und legte mit den Grundstock dafür, daß die Westdeutschen ideologisch näher an die USA gebracht wurden. Der **MARSHALL**-Plan legte letztlich den Aktionsradius für eine westdeutsche Außenpolitik fest und war damit für die Westbindung der BRD von wesentlicher Bedeutung.

[12] Zitiert in: Claus **NORDBRUCH**, *Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigungfür Deutsche*, Graben,Tübingen [2]2003, S. 164.

Hingegen war der **MARSHALL**-Plan für den wirtschaftlichen Aufschwung in der BRD unbedeutend. Es wird in den etablierten Medien und im gängigen Schrifttum bis heute die Behauptung aufrechterhalten, der **MARSHALL**-Plan sei das ausschlaggebende Moment zum westdeutschen Wirtschaftswunder gewesen. Von dem propagandistischen Grundtenor dieser Behauptung abgesehen, fußt diese auf der irrigen kapitalistischen Annahme, Kapital schaffe Arbeit. In Wirklichkeit verhält es sich jedoch genau umgekehrt: Arbeit schafft Kapital, wie dies keine zwanzig Jahre zuvor der gewaltige Wirtschaftsaufschwung und die Sozialpolitik im Dritten Reich für die Nachwelt dokumentiert hatten,[13]

[13] Siehe: Beitrag Nr. 113, »Sozialpolitik im Dritten Reich. Antwon auf Götz Aly und die gängige bundesdeutsche Geschichtsschreibung«.

Am tiefsinnigsten hat sich der Bielefelder Historiker Werner ABELSHAUSER mit dem MARSHALL-Plan auseinandergesetzt, dem er eine entscheidende wirtschaftliche Wirkung abspricht. ABELSHAUSER ist der berechtigten Auffassung, daß Westdeutschland der wirtschaftliche Aufstieg ohne Hilfe von außen gelungen wäre: »Die ERP-Lieferungen kamen zu spät, um als Initialzündung eines Aufschwungs wirken zu können, der längst mit eigenen Mitteln in Gang gesetzt worden war. Sie kamen nicht einmal rechtzeitig genug, um ernstlich über Erfolg oder Scheitern des ERHARDschen Wirtschaftsexperiments mitzuentscheiden.«[11] Die Grundlage für ABELSHAUSERS Aussage ist die Auffassung, daß der westdeutsche Wirtschaftsaufschwung schon vor Beginn der ersten Lieferungen aus dem MARSHALL-Plan und darüber hinaus ohne Fremdeinwirkung begonnen hatte. Ihm zufolge spielten das breite Produktionswissen und die hohe Motivation der Bevölkerung die entscheidende Rolle beim wirtschaftlichen Wiederaufstieg, der ausschließlich von den Deutschen selbst bewältigt worden ist.

Die wohl entscheidende Antriebskraft des Wiederaufschwungs waren der Wille und der Einsatz aller Schichten der deutschen Bevölkerung (hier die unermüdlichen »Trümmerfrauen! im Einsatz),

Diese Feststellung ist begründet und entspricht den historischen Tatsachen. Während des Zweiten Weltkrieges waren die deutschen Industrieanlagen durch anglo-amerikanische Bombardierungen weit weniger in Mitleidenschaft gezogen worden als die Wohngebiete, auf die sich die alliierten Bombenflieger erstrangig konzentriert hatten. Hätten die westlichen Besatzungsmächte in Westdeutschland nach 1945 die funktionstüchtigen Fabriken nicht zerstört oder demontiert, keine Produktions- und Forschungsverbote erlassen und keine Verfolgung leitender Wirtschaftsführer durchgeführt, sondern den Deutschen den freien Gebrauch ihres vorhandenen Produktionsapparates gestattet, wären, so der Diplom-Volkswirt Karl BASSLER, die wirtschaftlichen Kapazitäten erhalten geblieben: »Wäre Westdeutschland 1945 nicht von den Alliierten systematisch ausgeraubt, zerstört und niedergehalten worden, sondern hätte man die deutsche Leistungskraft wie in den anderen europäischen Staaten freigegeben, so wäre bereits 1945 die Wirtschaftslei-

[14] Vgl. Werner ABELSHAUSER, »Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Nr, 37, 1981, S. 63-113. Zitiert nach Christian KRAIKER, *Der Marschall-Plan*, zitiert in http://www.stud.uni-goettingen.de/~sl92586/marshall_plan_hausarbeit.html

stung (BSP) von 1950 möglich gewesen.«[15] Alles in allem bleibt folglich festzustellen: Die Umsetzung des **MARSHALL**-Planes war kein Akt der Nächstenliebe, sondern ein auf kapitalistischen Interessen beruhender politisch-wirtschaftlicher Kalkül. Die Höhe der im Rahmen des **MARSHALL**-Plans als Kredit zu Verfügung gestellten Geldbeträge steht in gar keinem Verhältnis zu den Unsummen, die die Amerikaner, ganz zu schweigen von den übrigen Siegern und Nutznießern des Zweiten Weltkrieges, aus Deutschland völkerrechtswidrig gestohlen, demontiert, zerstört und dem deutschen Volk vorenthalten haben. »Wirklich humanitäre Hilfe leisteten vor allem auf individueller Ebene Menschen, die, nicht auf den eigenen Vorteil bedacht, Nahrung und Bekleidung nach Deutschland schickten. Solche barmherzigen Menschen und Organisationen waren in England beispielsweise der Erzbischof von Chichester, Lord Bertrand **RUSSELL**, und der jüdische Verleger und Schriftsteller Victor **GOLLANCZ**, in den USA unter anderem das Mennonitische Zentralkomitee in den USA und in Kanada (Peter und Cornelius **DYCK**), das bis zum Sommer 1947 etwa 80000 Deutsche mit knapp 4000 Tonnen Lebensmitteln, Bekleidung, Weihnachtskerzen und anderen Vorräten versorgt hat. Weitere wichtige Hilfsgüter kamen aus Dänemark, der Schweiz, Schweden und Südafrika. Auch der Rabbiner und ehemalige Präsident der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Leo **BAECK**, war über die katastrophalen Verhältnisse in Deutschland dermaßen entsetzt, daß er seine Glaubensbrüder und Volksangehörigen aufrief mitzuhelfen, die Hungersnot in Deutschland zu tilgen. *Diese* Leistungen waren wirkliche humanitäre Hilfen.«[16] Der amerikanische **MARSHALL**-Plan war es nicht. Claus Nordbruch

[15] Karl **BASSLER**, aaO. (Anm. 10), S. 1-10.

[16] Claus **NORDBRUCH**, aaO. (Anm. 12), S. 161 f.

Victor **GOLLANCZ** *(rechts)* 1946 im Ruhrgebiet. Aus: Hanns D. **AHRENS**, *Demontage. Nachkriegspolitik der Alliierten,* Universitas, München 1982.

# Grundlagen des Wirtschaftswunders

Schon im März 1945, zwei Monate vor Kriegsende, begannen die ersten Expertengruppen der Amerikaner, die deutsche Rüstungs- und Kriegswirtschaft zu untersuchen. In der historischen Forschung der folgenden Jahrzehnte wurde immer wieder über die Ursachen des »deutschen Rüstungswunders< von 1942 und des vorhergehenden »deutschen Wirtschaftswunders< der dreißiger Jahre debattiert: War die Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches gegen Ende der dreißiger Jahre eine »Kriegswirtschaft im Frieden<, oder kann man sie ab den frühen vierziger Jahren als »Friedenswirtschaft im Krieg< kennzeichnen?

Leider ist die Frage nach dem wirtschaftlichen Erbe des NS-Regimes, nach den langfristigen Auswirkungen seiner rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Anstrengungen auf die Entwicklung nach 1945 bisher nur bedingt in den Blickpunkt der wissenschaftlichen Erörterungen gelangt. Sozialgeschichtlich und epochenübergreifend hat sich dieser Umbruchsphase bisher der 1990 von Martin BROSZAT, Klaus-Dietmar HENKE und Hans WOLLER herausgegebene Sammelband *Von Stalingrad zur Währungsreform*[1] gewidmet. Darstellungen, die sich auf die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland beschränken, setzen dagegen meist erst mit dem Kriegsende ein und betrachten fälschlicherweise den MARSHALL-Plan und die Währungsreform als ausschlaggebend für den raschen wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands.

Einen weiter zurückgreifenden Ansatz, der diese beiden Faktoren zwar als notwendig, nicht aber als hinreichend bezeichnet, verfolgt der Wirtschaftstheoretiker Werner ABELSHAUSER.[2] Seiner These zufolge ist die wirtschaftliche Dynamik, die Westdeutschland nach 1945 entfaltete, nur zu verstehen, wenn man die deutsche Kriegsindustrie in Betracht zieht. In der Rüstungs- und Kriegsphase des Dritten Reiches seien wichtige Voraussetzungen für den ökonomischen Erfolg der Nachkriegszeit geschaffen worden. Wenngleich der Zusammenbruch des Jahres 1945 den Deutschen zerstörte Großstädte, eine ruinierte Landwirtschaft und knappe Lebensmittelvorräte brachte, bildete nach Werner ABELSHAUSER das Entwicklungspotential der deutschen Industrie auf vielen Gebieten die Grundlage für die ökonomische Dynamik nach der Stunde Null.

Um seine These zu stützen, führt er die langfristigen wirtschaftspolitischen Auswirkungen des nationalsozialistischen Vierjahresplans und des folgenden Investitions- und Innovationsschubs an. Auch das vom NS-Regime umgebaute Lenkungs- und Planungssystem der deutschen Wirtschaft und die reformierte Berufsausbildung werden genannt. Demnach hatte der Vierjahresplan unter der Leitung von Hermann GÖRING seit 1936 nicht nur die industrielle Infrastruktur der Aufrüstung, sondern auch die Grundlage dafür

[1] Martin BROSZAT, Klaus-Dietmar HENKE u. Hans WOLLER (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988.

[2] Werner ABELSHAUSER, »Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Oldenbourg, München 1999, 47. Jg., Nr. 4.

geschaffen, daß die westdeutsche Wirtschaft nach dem Krieg schnell wieder aufgebaut werden konnte. Aufgrund der vorgenommenen Investitionen von beispiellosem Ausmaß blieb trotz der erheblichen Zerstörungen, vor allem ab 1943, ein industrieller Kapitalstock auf westdeutschem Gebiet zurück, der das Vorkriegsniveau immer noch um ein Fünftel übertraf und wegen seines Schwerpunktes auf dem Produktionsgüterbereich den Anforderungen des Wiederaufbaus entgegenkam.

Unter dem Druck militärischer Zwänge und der drohenden Niederlage hatte die Industrie erneuernde Kräfte freigesetzt, die sich in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren unter den beschränkenden Rahmenbedingungen der Weimarer Wirtschaft nicht hatten entfalten können. Vor allem neuen Leitungs- und Fertigungsmethoden war Raum gegeben worden. Der einmal erreichte Grad technischer Organisation stand beim sich selbst tragenden Wachstumsprozeß, der gegen Ende der Korea-Krise einsetzte, nunmehr allgemein zur Verfügung.

Bedeutsam war auch, daß das wirtschaftliche Lenkungs- und Planungssystem im Rahmen der industriellen Verbände von den Nationalsozialisten umgebaut worden war. Mit dieser auf Fritz TODT zurückgehenden, die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Wirtschaft einführenden Reform verzichtete das NS-Regime zunehmend darauf, die Wirtschaft zu bevormunden, und gestattete ihr statt dessen, sich verstärkt selbst zu verwalten. Das System der Ausschüsse und Ringe griff zwar ebenfalls massiv in die Autonomie der einzelnen privaten Unternehmen ein, stärkte jedoch gleichzeitig die korporative Ebene der Wirtschaftsverbände, ohne später die Zuständigkeiten von SPEERS >Produktionsministerium< zu verletzen. Diese fälschlicherweise dann »System SPEER< genannte Ordnung verschaffte auch den »Wirtschaftsführern< unternehmerische Handlungsspielräume und schuf unter den Bedingungen des totalen Wirtschaftskrieges einen neuen Typus des jungen, selbstverantwortlich handelnden Managers - ähnlich dem selbstverantwortlich und selbständig handelnden Offizier -, der auch in der Phase des Wiederaufbaus nach 1945 weitgehend vorherrschte. Dabei erwies sich diese Kriegsordnungspolitik mit dem reformliberalen Geist der »Sozialen Marktwirtschaft' als vereinbar.

Parallel zu den eigentlichen Rüstungsanstrengungen standen wirtschaftliche und soziale Großvorhaben des NS-Regimes wie die erfolgreiche Reform der Berufsausbildung, deren langfristige Folgen jedoch erst in der Nachkriegszeit spürbar wurden. Besondere industrielle Berufsausbildung und Qualifizierung waren schon während der Friedenszeit des Dritten Reiches zu einer Massenbewegung angewachsen, die sich auf die Qualifikation der deutschen Arbeitskräfte sehr günstig auswirkte. Somit bildete auch das in den dreißiger Jahren umgestaltete Berufsbildungssystem eine wichtige Voraussetzung für den Wiederaufbau. Hans Meiser

# Die Geburtsfehler des Grundgesetzes

Das Grundgesetz von 1949 wird allgemein als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) angesehen. Daß sie solches nicht vollkommen ist, geht schon aus ihrem offiziellen Namen »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland« statt »Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« hervor. Sie ist also für die BRD, nicht von der BRD oder deren Volk geschaffen. Sie hat darüber hinaus weitere Geburtsfehler.

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945, spätestens seit der Verhaftung der Angehörigen der Reichsregierung in Flensburg-Mürwik am 23. Mai 1945, übten die Siegermächte die Herrschaft in Deutschland aus, was sie in der »Berliner Erklärung« vom 5. Juni 1945 ausdrücklich feststellten. Das Deutsche Reich wurde in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 in vier Zonen eingeteilt; die historischen deutschen Provinzen, insbesondere Preußen, wurden zerschlagen. Schon im Sommer 1945 erlaubten die Sowjets, später auch die Westalliierten, deutsche Parteien sowie deutsche lokale Verwaltungen und schufen unhistorische Länder. Am 20. Juli 1946 schlugen die USA eine wirtschaftliche Zonen Verschmelzung vor, die von Paris und Moskau abgelehnt wurde. Am 2. Dezember 1946 schlossen die USA und Großbritannien ihre Besatzungszonen zur Bizone zusammen. Am 29. Mai 1947 vereinbarten die amerikanische und britische Militärverwaltung die Gründung eines gemeinsamen länderübergreifenden Wirtschaftsrates für ihre beiden Zonen und legten die Verfassung dieser Bizone durch Besatzungsrecht fest. Der Anschluß der französischen Zone zur Trizone erfolgte erst im Vorfeld der Errichtung der Bundesrepublik im März 1949, Eine Konferenz der von den Besatzungsmächten eingesetzten Ministerpräsidenten aller deutschen Länder der vier Zonen in München vom 6, bis 8. Juni 1947 zur Einheit der Deutschen verlief ergebnislos. Nachdem die sechste Außenministerkonferenz der Alliierten zu einem Friedensvertrag mit Deutschland vom 15. November bis 15. Dezember 1947 sich ergebnislos auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, beschlossen die drei westlichen Sieger und die Benelux-Staaten in den »Londoner Empfehlungen« vom 6. März 1948 unter dem Eindruck des beginnenden Kalten Krieges die Bildung eines westdeutschen Staates. Daraufhin verließ der sowjetische Militärbefehlshaber am 20. März 1948 den alliierten Kontrollrat und zogen die Sowjets sich am 16. Juni 1948 aus der Berliner Kommandantur zurück. Nach Durchführung der Währungsreform am 20. Juni 1948 in den Westzonen begannen die Sowjets am 24. Juni 1948 die Blokkade Berlins. Damit war die deutsche Spaltung vollzogen, die trotz mehrerer Versuche zur Wiedervereinigung bis 1990 andauerte.

Eine Woche nach der Abschnürung Berlins bestellten die drei westlichen Militärgouverneure, Lucius D. **CLAY**, Brian **ROBERTSON** und Pierre **KOENIG**,

Die sowjetischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat, bevor sie den Sitzungssaal am 20. März 1948 verließen. Der Vorsitzende der sowjetischen Delegation, Marschall Wassilij SOKOLOWSKI, hatte um eine vollständige Unterrichtung über die Londoner Beschlüsse gebeten, was nicht erfolgte. Der Westen wagte den Alleingang - damit begann der Kalte Krieg mit der Sowjetunion.

Die Militärgouverneure der Westalliierten 1948 in Frankfurt am Main. Von links: Brian ROBERTSON (Großbritannien), Pierre KOEMC (Frankreich) und Lucius D. CLAY (USA). Nach den Vorfällen in London sprach sich ROBERTSON bereits am 31. März 1948 eindeutig für die Bildung eines westdeutschen Staates aus.

die von ihnen eingesetzten Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen zum 1. Juli 1948 ins Frankfurter IG-Farben-Haus und beauftragten (»autorisierten«) sie mit den »Frankfurter Dokumenten«, insbesondere mit dem »Dokument Nr. I«, schnell »eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte«. Die Landtage der elf westdeutschen Länder sollten die Mitglieder dieser Versammlung nach ihren Parteizusammensetzungen wählen: 65 Abgeordnete (je 27 der CDU/CSU und SPD, 5 der FDP, je 2 von Zentrum, Deutsche Partei und KPD) und 5 Berliner Abgeordnete, die nur beratende Stimme hatten.

Die Militärregierungen legten außerdem wesentliche Rahmenbedingungen für die neue »demokratische« Verfassung« fest: Es sollte ein föderalistisches System entstehen; die Alliierten behielten Kontrollrechte über die deutsche Innen- und Außenpolitik; die Länder erhielten Kultur- und Bildungshoheit; eine unabhängige Justiz sollte die Verwaltung kontrollieren und die Freiheitsrechte des Einzelnen sichern; der Entwurf bedurfte der Zustimmung der Alliierten, die sich eine Ablehnung vorbehielten.

In der auf ihrer Tagung vom 8. bis 10. Juli 1948 in Koblenz erarbeiteten Antwortnote vom 10. Juli 1948 erklärten die noch vorwiegend gesamtdeutsch eingestellten Länderchefs, »daß, unbeschadet der Gewährung möglichst vollständiger Autonomie an die Bevölkerung dieses Gebietes, alles vermieden werden müßte, was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde; sie sind darum der Ansicht, daß auch durch das hierfür einzuschlagende Verfahren zum Ausdruck kommen müßte, daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt«. Sie müßten besonderen Wert darauf legen, »daß bei der bevorstehenden Neuregelung alles vermieden wird, was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen West und Ost weiter zu vertiefen«. Aus diesem Grund sei auch »von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen«. »Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte.« Sie betonten ausdrücklich, »daß ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden«.

In der Anlage dazu hoben die Ministerpräsidenten noch einmal besonders hervor: »Die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung sollen zurückgestellt werden bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben sind und die deutsche Souveränität in ausreichendem Maße wieder hergestellt ist.« Sie schlugen dann die Bezeichnungen »Parlamentarischer Rat« statt »Verfassunggebende Versammlung« und »Grundgesetz« statt »Verfassung« vor.

Die von den Besatzungsmächten gebrauchten Wörter »Verfassunggebende Versammlung« und »Verfassung« wurden also von den deutschen Länderchefs abgelehnt, um den provisorischen Charakter der damaligen Lösung hervorzuheben. Die Alliierten nahmen das hin.

Die Länderchefs beriefen einen vorbereitenden Verfassungskonvent, einen Ausschuß von rund 30 Personen mit je einem Landesvertreter und von Sachverständigen, meist Staatsrechtlern, auf die idyllische Insel Herrenchiemsee. Dieser erarbeitete dort vom 10. bis 24. August 1948 die verfassungsmäßi-

gen Grundlagen des geplanten »Bundes deutscher Staaten«. Als ausschlaggebend erwies sich der redegewandte Staatsrechtler und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, Carlo SCHMID (SPD) (1896-1979), der seine Meinung vor allem gegen bayerischen Widerstand durchsetzen konnte, daß das Deutsche Reich nicht untergegangen sei.

Vom 10. bis 23. August 1948 fand auf Herrenchiemsee eine Versammlung von Verfassungsfachleuten statt. Anton PFEIFFER (Bayern) eröffnete die Konferenz.

Ab 1. September 1948 tagte der Parlamentarische Rat unter dem Vorsitz des CDU-Vorsitzenden Konrad ADENAUER in Bonn zunächst im Gebäude der Pädagogischen Akademie, dann im ausgeräumten Lichthof des Naturkundemuseums Koenig. Leiter des ausschlaggebenden Hauptausschusses war Carlo SCHMID. Dieser hielt weiter am Fortbestand des Deutschen Reiches fest und erklärte am 8. September 1948 vor dem Rat, ohne Widerspruch zu erfahren, zur Ausgangslage des zu bildenden politischen Gebildes: »Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus. Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.«

Mehrere Male - so am 19, Oktober, 22. November 1948 sowie am 12. Februar, 2. März und 5. April 1949 u. a. durch Memoranden - griffen die Hohen Kommissare bestimmend in die Arbeit des Parlamentarischen Rates ein, forderten Änderungen bei ihrer Meinung nach zu ausgeprägten zentralistischen Bestrebungen oder bei der zu starken Finanzverwaltung. Besondere in Bonn anwesende alliierte »Liaison Officers< prüften alle Drucksachen und Protokolle des Parlamentarischen Rats. Die Militärregierungen hörten auch die Telefone der maßgeblichen Parlamentarier ab.[1] ADENAUER »mußte häufig nach Frankfurt« zu den Militärgouverneuren zum Bericht fahren.[2] Deutsche Wünsche nach nur einer Kammer des Parlaments wurden abgelehnt.

[1] Karl-Ulrich GELBERG, »Soundso viele Cocktails«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 2.1996.

[2] Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-1953,* Fischer, Frankfurt/M.-Hamburg 1967, S. 146.

Ein erster Verfassungsentwurf vom 13. Februar 1949 wurde von den Besatzungsmächten am 2. März 1949 wegen zu geringer Berücksichtigung des Föderalismus und zu starker Einbeziehung West-Berlins zurückgewiesen.

Altbundeskanzler Helmut SCHMIDT äußerte rückblickend im *Spiegel* zur Entstehung des Grundgesetzes: »Aber die Alliierten wollten ein machtloses Deutschland und legten großen Wen auf das, was wir heute Föderalismus nennen. Ich habe es manchmal >Föderasmus< genannt.«[3]

Bezeichnend ist, daß im Jahre 2005 in einem mehrseitigen Artikel[4] über die Entstehung des Grundgesetzes zwar sehr viele Einzelheiten wie die tägliche Biermenge oder die Telefonrechnung des Verfassungskonvents angegeben wurden, die wesentlichen Eingriffe der Besatzungsmächte und die damalige deutsche Betonung des Weiterbestehen des Deutschen Reiches jedoch kaum Erwähnung fanden.

Das nach den Forderungen der Alliierten[5] geänderte Grundgesetz wurde dann ausgerechnet am 8. Mai 1949, am Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, vom Parlamentarischen Rat unter Leitung Konrad ADENAUERS mit 53 gegen 12 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Partei, der KPD und Teilen der CSU angenommen. Zwei Tage später wurde Bonn mit knapper Mehrheit vor Frankfurt zum vorläufigen Sitz der Bundesbehörden gewählt und ein Wahlgesetz für den ersten Bundestag beschlossen.

Nach Genehmigung durch die Alliierten am 12. Mai 1949 und Ratifizierung durch die westdeutschen Landtage, wobei das Land Bayern ablehnte, wurde das Grundgesetz vom Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad ADENAUER, ausgerechnet am 23. Mai 1949, dem Tag der Verhaftung der Mitglieder der letzten Reichsregierung, in Bonn verkündet.

In der ursprünglichen Präambel des Grundgesetzes hieß es, es habe »das Deutsche Volk in den Ländern. .. um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen«. Das stimmt aber in mehreren Punkten nicht. Einmal hat nicht das deutsche Volk das Grundgesetz beschlossen oder durch Volksabstimmung gebilligt, sondern dieses wurde auf Befehl der Alliierten erarbeitet, von diesen durch Vorgaben wesentlich bestimmt und nachhaltig kontrolliert. Ferner hat das Land Bayern gegen das Grundgesetz gestimmt. Die »Übergangszeit< dauerte dann mehr als 60 Jahre. Auch später gab es nie eine Zustimmung des deutschen Volkes, selbst bei der kleinen Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland am 3. Oktober 1990 nicht, als eine gute Gelegenheit zur Verabschiedung einer neuen echten Verfassung bestanden hätte. Schließlich war es nicht das Grundgesetz »der« Bundesrepublik, sondern das »für die« Bundesrepublik Deutschland.

Das Grundgesetz wurde viele Male durch Gesetz geändert, allein bis 1999 nicht weniger als 46mal, wobei mehrfach gleichzeitig mehrere Änderungen vorgenommen wurden. Auch die Präambel des Grundgesetzes wurde am 23.

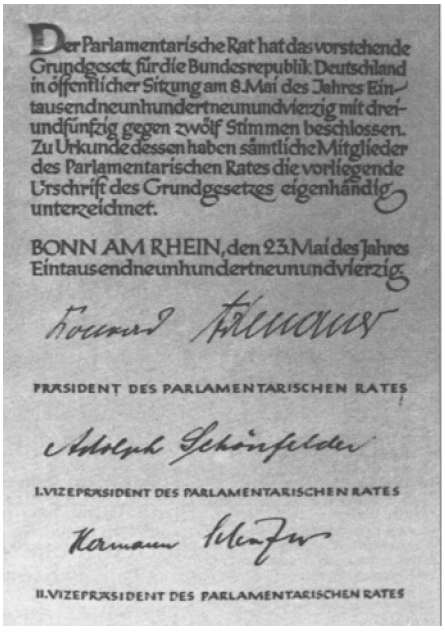
[3] Helmut SCHMIDT im Interview in: *Der Spiegel*, Nr. 1, 2. 1. 2006, S. 50.

[4] Thomas DARNSTEDT, »Die verteilte Macht«, in: *Der Spiegel*, Nr. 50, 12. 12. 2005, S. 56-73.

[5] 'Deutscher Bundestag und Bundesarchiv (Hg.), *Der parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle.* Bd. 8: *Die Beziehungen des Parlamentarischen Rates zu den Militärregierungen*, bearbeitet von Michael F. FELDKAMP, Harald Boldt, Boppard 1995.

September 1990 entscheidend geändert. Der bis dahin geltende Auftrag für die deutsche Politik, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«, wurde gestrichen und durch die unzutreffende Behauptung ersetzt: »Die Deutschen in den Ländern... haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.« Denn einmal war die deutsche Einheit durch den Anschluß Mitteldeutschlands an Westdeutschland 1990 noch nicht vollendet, weil Ostdeutschland, die Gebiete östlich von Oder und Neiße, sowie das Sudetenland und andere Bereiche noch ausstehen. Noch immer gilt, auch wegen der offenen Frage der deutschen Ostgrenzen, der in den sechziger Jahren von allen Parteien vertretene Grundsatz: »Deutschland ist größer als die Bundesrepublik.« Ferner hat die Bundesrepublik durch die noch bestehenden Vorbehaltsrechte der Alliierten, zum Beispiel durch die Vereinbarungen vom 25. September 1990 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte wie vom 23. September 1991 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin, noch keine Freiheit. Schließlich stimmt auch die im wesentlichen aus der alten Präambel übernommene Behauptung, es habe »sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben« (früher: beschlossen), für 1990 nicht, weil wiederum keine Zustimmung des deutschen Volkes erfolgte.

Daneben gelten offensichtlich auch weiterhin alliierte Vorbehaltsrechte für die Bundesrepublik und für Berlin, die die staatliche Souveränität Deutschlands einschränken.[6] Zur Diskussion um das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands kommt ferner hinzu, daß die Reichsverfassung der Weimarer Republik vom 18. August 1919, die unzweifelhaft bis 1945 galt, auch nach 1945 nie ausdrücklich aufgehoben wurde und das Bundesverfassungsgericht 1973 und 1983 feststellte, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergegangen ist. Ebenso wurden die Deutschland diskriminierenden Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung bisher nicht außer Kraft gesetzt. **Rolf Kosiek**


Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in öffentlicher Sitzung am 8. Mai des Jahres Eintausendneunhundertneunundvierzig mit dreiundfünfzig gegen zwölf Stimmen beschlossen. Zu Urkunde dessen haben sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates die vorliegende Urschrift des Grundgesetzes eigenhändig unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres Eintausendneunhundertneunundvierzig.

Konrad Adenauer

PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Adolph Schönfelder

I. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Hermann Schäfer

II. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Die letzte Seite des Grundgesetzes mit den Unterschriften von Konrad ADENAUER, Adolph SCHÖNFELDER und Hermann SCHÄFER (FDP), Letzterer unterzeichnet das Grundgesetz am 23. Mai 1949.

[6] Siehe: Beitrag Nr. 493, »Wie souverän ist die Bundesrepublik Deutschland?«; Michael RENSMANN, *Besatzungsrecht im wiedervereinigten Deutschland*, Nomos, Baden-Baden 2002.

# Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung

Der erste Bundeskanzler Konrad ADENAUER hat zwar oft und unmißverständlich die deutsche Einheit beschworen und die Wiedervereinigung als wichtigste Aufgabe deutscher Politik hingestellt. Aber schon zu seinen Lebzeiten gab er Anlaß zu echten Zweifeln an seiner gesamtdeutschen Auffassung. Weitere Zweifel kamen später hinzu. Neben den Vorgängen zur Saarabstimmung und zu Ostdeutschland, den deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße, betraf das auch die Wiedervereinigung. Hier seien besonders die folgenden Geschehnisse aufgeführt.

1. Berlin war nach dem Artikel 23 des Grundgesetzes ein Land der Bundesrepublik, allerdings mit alliierten Vorbehaltsrechten. Vor den ersten Bundestagswahlen 1949 soll ADENAUER die damals noch mögliche volle Einbeziehung West-Berlins in die Bundesrepublik hintertrieben haben, weil er eine durch den Einschluß Berlins erfolgende Stärkung der SPD verhindern wollte. Als das 1959 herauskam, setzte die damals noch gesamtdeutsch denkende FDP eine Große Anfrage im Bundestag durch. Dabei erklärte der Abgeordnete Dr. Erich MENDE: »Ein früherer Vertrauter Dr. ADENAUERS - gemeint soll sein Dr. KJNDT-KIEFER - machte uns gegenüber eine sensationelle Enthüllung. Er war vor der Bundestagswahl 1949 Zeuge eines Gesprächs zwischen ADENAUER und BIDAULT (dem damaligen französischen Ministerpräsidenten, R. K.)... ADENAUER schlug vor, daß West-Berlin nicht der Bundesrepublik angeschlossen werden solle, weil sonst die Gefahr eines sozialdemokratischen Übergewichts in Westdeutschland entstünde... Diese Meldung ist so ungeheuerlich, daß ich den Herrn Bundeskanzler bitten muß, vor dem Plenum zu erklären, was er gegen diese Art der Unterstellung, wenn es denn eine sein sollte, zu unternehmen gedenkt.«

ADENAUER beantwortete MENDES Frage nicht, ließ nur seinen Außenminister VON BRENTANO die Vorwürfe pauschal bestreiten. Sie dürften also wohl zutreffend gewesen sein.

In dem Gedächtnisprotokoll des Vermittlers der Zusammenkunft zwischen ADENAUER und BIDAULT heißt es: »Konrad ADENAUER brachte Georges BIDAULT gegenüber eine für Frankreich leichter durchführbare Wahlhilfe in Vorschlag, dahingehend, daß Frankreich verhindern sollte, daß Berlin ein Bundesland wird, um auf diese Weise eine mögliche Mehrheit der sozialdemokratischen Partei im kommenden Bundestag zu verhindern. Das Ansinnen Konrad ADENAUERS schien mir ungeheuerlich und brachte mich in eine extreme Gewissensnot.«[1]

[1] Zitiert in: »Ungeheuerliche Vorwürfe gegen Adenauer«, in: *Reichsruf*, 3. 10. 1959.

2. Auch ein Jahr später versuchte ADENAUER die Einbeziehung West-Berlins in Westdeutschland zu verhindern. In einem Aide-memoire vom 1. Septem-

ber 1950 von Bundeskanzler und BLANKENHORN an die Franzosen heißt es unter »Politische Sicherungen«: »1. Berlin nicht 12. Bundesland (soz.).«[2] Berlin wurde dann auch nicht ein vollberechtigtes Bundesland.

3. Am 10. März 1952 übergab der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej GROMYKO den drei westlichen Botschaftern (USA, Großbritannien und Frankreich) in Moskau die sogenannte **STALIN**-Note, die eine Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland unter für Deutschland annehmbaren Bedingungen vorschlug. ADENAUER, der dieses Friedensangebot Moskaus als einen deutlichen Erfolg der westlichen Politik wertete, lehnte jedoch ohne nähere Prüfung eine Annahme der Note ab' und beschwor die Westmächte, dasselbe zu tun. Er erklärte: »Jetzt sei es noch zu früh, doch man dürfe damit rechnen, daß die Sowjetunion in drei bis vier Jahren verhandlungsbereit sei.«[4] Auf einer Tagung des evangelischen Arbeitskreises in Siegen in Westfalen erklärte er schon am 16. März 1952: »Die **STALIN**-Note ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist.«[5] Der Innsbrucker Ordinarius und Leiter des dortigen Instituts für Zeitgeschichte, Rolf STEINIGER, gelangte später nach Prüfung alliierter Akten zu der Meinung, daß die Note ernst gemeint war.[6] Man hätte zumindest die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge prüfen müssen. Eine frühe Möglichkeit zur deutschen Wiedervereinigung wurde damit nicht daraufhin ausgelotet, wie ernsthaft sie gemeint gewesen war.

4. Anfang 1986 entdeckte ein Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts in London in den gerade nach dreißig Jahren freigegebenen Akten der britischen Regierung ein Dokument (PRO, FO 371 118254/WG 1071/1374), das mit dem Stempel »höchst geheim« (Top secret) eine Aktennotiz des Ständigen Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Sir Ivone KIRKPATRICK, vom 16. Dezember 1955 über dessen Gespräch mit dem westdeutschen Botschafter Hans HERWARTH VON BITTENEELD vom

Die STALIN-Note (hier als Plakat) stellte den »Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland« in Aussicht.

[2] Ebenda. Vgl. auch DI-Meldung »Adenauer gegen Berlin als Bundesland«, in: *Korrespondenzspiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 136/59, 31.7. 1959.

[4] Joseph FOSCHEPOTH, *Adenauer und die deutsche Frage,* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1988, S. 48.

[4] Ebenda, S. 49.

[5] Zitiert in: Carl HAIDN, »Adenauer und die Wiedervereinigung«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 3, 1989, S. 29.

[6] Rolf STEINIGER, *Eine vertane Chance — Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung,* J. H. W. Dietz, Bonn 1990.

Vortag darstellte. Der von dem Briten niedergelegte Text des kurz nach dem Abschluß der ergebnislos verlaufenden Genfer Außenministerkonferenz geführten Gesprächs lautet:[7]

»Der deutsche Botschafter (damals HERWARTH VON BITTENFELD, R. K.) sagte mir gestern, daß er mir gerne eine besonders vertrauliche Mitteilung über diese Angelegenheit machen möchte. Ich würde mich noch daran erinnern, daß ich ihm bei meiner Rückkehr aus Genf gesagt hatte, daß ich zu der Meinung gekommen sei, daß wir möglicherweise flexibler sein müßten, indem wir erklärten, daß wir jeden vernünftigen Sicherheitsvertrag mit den Russen abschließen sollten - vorausgesetzt, daß Deutschland vereinigt würde, und zwar auf dem Weg freier Wahlen und vorausgesetzt, daß diese vereinigte deutsche Regierung im Innern und nach außen Freiheit hätte.

ADENAUER fand in dem damaligen US-Außenminister Foster DULLES (hier bei dessen erstem Besuch in Bonn am 5. Februar 1953) einen besonders engen Verbündeten, der auch eine Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion verfocht.

Der Botschafter sagte mir, daß er diese Möglichkeit streng vertraulich mit dem Kanzler diskutiert hatte. Dr. ADENAUER wollte mich wissen lassen, daß er es mißbilligen würde, wenn diese Position erreicht würde. Der nüchterne Grund dafür war, daß Dr. ADENAUER kein Vertrauen zum deutschen Volk habe. Er befürchtete, daß, wenn er von der Szene verschwunden sei, diese zukünftige deutsche Regierung eine Abmachung mit Rußland auf Kosten der Deutschen treffen würde. Folglich fühlte er, daß die Integrierung von Westdeutschland mit dem Westen wichtiger sei als die Wiedervereinigung von Deutschland. Er wollte uns wissen lassen, daß er alle Anstrengungen dahin lenken werde, dies in der ihm noch verbleibenden Zeit zu erreichen, und er hoffe, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun würden, ihn bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Als er mir diese Mitteilung machte, betonte der Botschafter natürlich, daß der Kanzler mich wissen lassen wollte, wie er in dieser Angelegenheit denke, aber daß es für seine politische Position ziemlich verheerend wäre, wenn die Ansichten, die er mir gegenüber mit solcher Offenheit zum Ausdruck gebracht hatte, jemals in Deutschland bekannt würden.«

KIRKPATRICK genehmigte den Umlauf als Kabinettsvorlage in Whitehall, datiert vom 19. Dezember 1955. Umseitig erfolgte (unter FO 371/118254 - 1544488) der handschriftliche Eintrag KIRKPATRICKS, daß das »German Pa-

[7] *Das Parlament*, Nr. 22, 1986; Wilhelm GREWE, *Die deutsche Frage in der West-Ost-Spannung*, S. 133 ff.

per< sowohl dem britischen Premierminister als auch dem State Department in Washington zur Kenntnis gebracht werde. Die Registrierung und Archivierung im britischen Außenministerium erfolgte am 19. Januar 1956 unter dem Archiv-Titel »Deutsche Einheit. Berichtsgespräch mit dem deutschen Botschafter über die Haltung Dr. ADENAUERS zur Deutschen Einheit oder Einbindung West-Deutschlands in den Westen. Action compl. Index 2/2/61«. Der damals amtierende britische Außenminister Harold MACMILLAN fügte am 19. Dezember 1955 nach der Kenntnisnahme dieses Inhalts dem Dokument handschriftlich bei: »Ich denke, er hat recht.«

ADENAUER hat also die Briten bei ihren Bemühungen um die deutsche Einheit gebremst und diese der Westbindung nachgeordnet - gegen das Gebot des Grundgesetzes.

5. Auf ein weiteres Dokument aus den Jahrzehnte geheimgehaltenen britischen Akten wies 1989 Dr. Joseph FOSCHEPOTH hin.[8] Er schreibt: »Bezeichnenderweise wurden immer dann großangelegte Kampagnen zur Wiedervereinigung Deutschlands (von der Bundesregierung, R. K.) gestartet, wenn Wahlen vor der Tür standen. Als im September 1956 die Bundesregierung mit großem propagandistischen Aufwand den vier Mächten ein Memorandum zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit übergab, beschwichtigte der damalige Vertraute ADENAUERS, Wilhelm G. GREWE, die Westmächte, daß dies alles nicht so ernst zu nehmen sei: >Die Deutschen hatten nicht die Absicht, in direkte Verhandlungen mit den Russen einzutreten, sondern seien lediglich der Meinung, daß es angebracht sei, den Austausch von Noten bis zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen fortzusetzen, um den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibe.« Auch dieses Dokument befindet sich im britischen Staatsarchiv (PRO, FO 371/124548/WG 1071/131).«

[8] Joseph FOSCHEPOTH, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.6.1989.

Es beweist wohl überzeugend, daß ADENAUER die deutsche Wiedervereinigung entgegen seinen Worten nicht nur nicht als wichtigstes Ziel seiner Politik betrachtete und sie seinen Bemühungen um eine Westeinbindung der Bundesrepublik hintanstellte, sondern daß er ihr sogar Widerstände in den Weg legte.

Arnulf BARING schrieb über ADENAUER: »Man gewinnt den Eindruck, als sei ihm alles, was östlich des Bergischen Landes lag, letztlich rätselhaft und unheimlich geblieben. Seine Phantasie blieb rheinisch-katholisch begrenzt. Spätestens jenseits der Weser begann für ihn eine Welt, die er weder kannte noch kennen wollte.«[9]

[9] Veit VALENTIN, *Geschichte der Deutschen*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1979, S. 672

Und Veit VALENTIN hält in seiner *Geschichte der Deutschen* fest, daß ADENAUER in den zwanziger Jahren vertraulich zugab, »bei Braunschweig beginne für ihn die asiatische Steppe; in Magdeburg ziehe er immer die Vorhänge zu; wenn er über die Elbe fahre, spucke er jedesmal aus dem Fenster«.[10]

[10] Ebenda.

Beim Staatsbegräbnis ADENAUERS 1967 standen aber noch sechs Ritterkreuzträger der Deutschen Wehrmacht Ehrenwache. Rolf Kosiek

# Adenauer sabotierte die Einheit

Seitdem 2003, zum fünfzigsten Jahrestag des Aufstandes in der DDR, neue Dokumente ans Licht kamen, debattieren die Historiker über eine brisante Frage: Waren die Sowjets 1953 bereit, die DDR zu opfern und einer Wiedervereinigung zuzustimmen? War STALINS berühmte Deutschlandnote vom Jahre 1952 ernstgemeint?[1]

[1] Siehe: Beitrag Nr. 418, »Adenauerund die deutsche Wiedervereinigung«.

Bislang hält die etablierte Geschichtsschreibung an der seit ADENAUER zementierten Anschauung fest: STALINS Angebot sei reine Propaganda gewesen, weshalb der CDU-Bundeskanzler gut daran getan habe, die Note ohne nähere Prüfung zu verwerfen. STALIN hatte den Deutschen bekanntlich die Einheit, freie Wahlen und sogar eine eigene Armee angeboten, wenn sich das wiedervereinigte Deutschland im Gegenzug für neutral erklären würde.

Schon seit längerem machen Dokumentenfunde in sowjetischen und DDR-Archiven die Historiker stutzig. Demnach war der >Arbeiteraufstand< vom 17. Juni weniger eine spontane Erhebung der mitteldeutschen Landsleute als vielmehr eine gezielte Aktion sowjetischer Apparatschiks, die sich auf dem Umweg über den >VoIksaufstand< des Ul**BRJCHT**-Regimes entledigen wollten. Denn seitdem Walter ULBRICHT im Jahr zuvor den >Aufbau des Sozialismus< verkündet hatte, ging es mit der DDR rapide bergab. Hunderttausende flohen in den Westen. Der mitteldeutsche »Arbeiter- und Bauernstaat< drohte zu kippen.

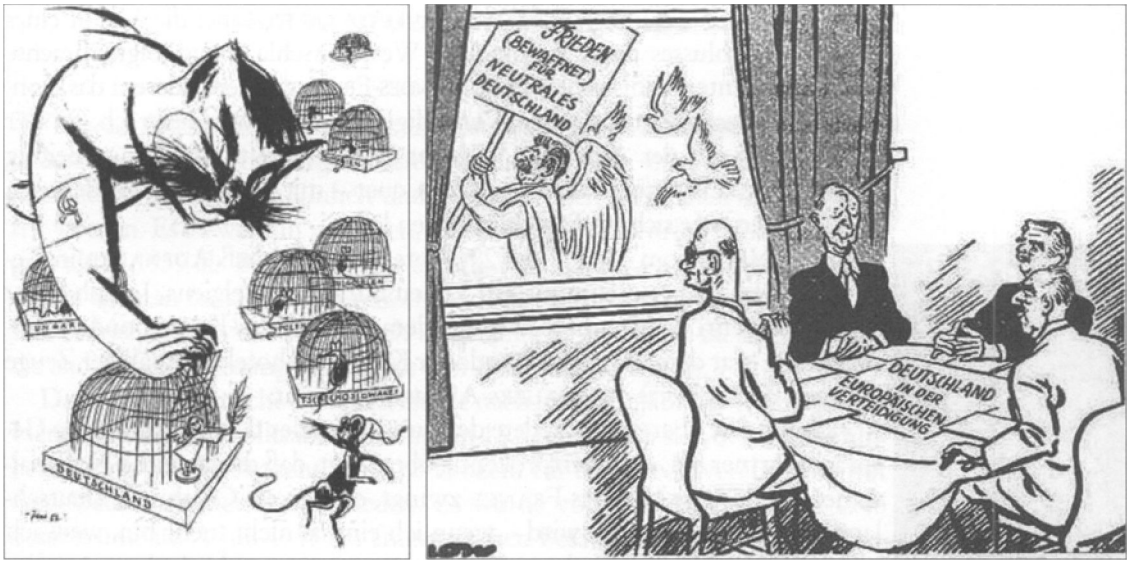
Georgi Maximilianowitsch MALENKOW (1902-1988).

Seit geraumer Zeit sorgt ein Dokument für Aufsehen, das die sowjetischen Pläne für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstreichen scheint. Es handelt sich um eine Rede des **BERIJA**-Konkurrenten Georgi MALENKOW, die dieser Anfang Juni 1953 vor ULBRICHT und anderen DDR-Größen in Moskau hielt. MALENKOW bekräftigte bei dieser Gelegenheit den Willen der Sowjetführung, die deutsche Teilung zu überwinden, und widersprach dabei ausdrücklich jenen Funktionären im eigenen Lager, die auf strikte Spaltung setzten. MALENKOW wörtlich:

»Man ist vielleicht geneigt zu denken, daß wir die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands stellen, weil wir bloß irgendwelche propagandistischen Ziele verfolgen, daß wir in der Wirklichkeit nicht anstreben, die Spaltung Deutschlands zu beenden… Das ist ein großer Irrtum.«

MALENKOW fuhr fort, auf der deutschen Teilung zu beharren, »heißt auf dem Kurs auf einen neuen Krieg hin zu beharren«. Die DDR steuere »mit aller Kraft auf eine innere Katastrophe zu«. Ohne die Anwesenheit der sowjetischen Truppen habe »das existierende Regime in der DDR keinen Bestand«.

Der Essener Ostexperte und Historiker Wilfried LOTH stellte den Text der **MALENKOW**-Rede in einem vor wenigen Jahren erschienenen Sammel-




Zwei britische Karikaturen zur STALIN-Note. Die rechte stammt aus der Feder von Low und erschien im Londoner *Daily Herald.* »Hinter Ihnen geht einer, dreh'n Sie sich nicht um!« Im Bild rechts von ADENAUER (mit dem Rücken zur Wand) sitzt der französische Außenminister Robert SCHUMANN, links der britische Außenminister Anthony EDEN, ADENAUER gegenüber der amerikanische Außenminister Dean ACHESON.

band erstmals vor.[2] Muß die Geschichte der deutschen Teilung jetzt neugeschrieben werden?

Martin **GESCHAT** u. Jochen-Christoph **KAISER** (Hg.), *Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953,* Kohlhammer, Stuttgart 2003.

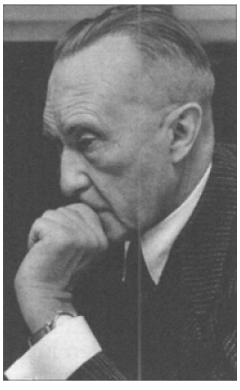
Es wird zumindest schwerer, die sowjetischen Vorstöße, die durch den Zweiten Weltkrieg herbeigeführte Spaltung Deutschlands zu überwinden, rundweg als Propaganda abzutun. Auch **STALINS** berühmte Note von 1952 gewinnt durch die **MALENKOW**-Rede vom Juni 1953 - da war **STALIN** bereits ein halbes Jahr tot, und in Moskau tobte der Machtkampf seiner Nachfolger - neues Gewicht, denn der von **LOTH** publizierte Text legt den Schluß nahe, daß es auch über **STALINS** Tod hinaus eine gewichtige Fraktion im Kreml gab, die sich mit dem Status quo nicht abfinden wollte.

Noch eines wird deutlich, je mehr Aktenfunde auftauchen: Die schärfsten Gegner der deutschen Einheit waren die Deutschen selbst, im Osten die **ULBRICHT**-SED, im Westen **ADENAUER**, den Kurt **SCHUMACHER** bekanntlich den »Kanzler der Alliierten« nannte[3] - mit Recht. Und zweifelsohne ist richtig, was Wilfried **LOTH** aus seinem Dokumentenfund folgert: daß es im Vorfeld des 17. Juni 1953 ein »Fenster der Gelegenheit« gab, den Sowjets den DDR-Staat »abzuhandeln<. Doch dafür fehlten im Westen die Verhandlungspartner, **ADENAUER** hatte sich längst auf die Westbindung der Bundesrepublik festgelegt, eine Haltung, die er auch in späteren Jahren nie wieder änderte.

[3] Im Deutschen Bundestag am 25. 11. 1949.

So kam es im September 1954 in London zu einer Reihe entscheidender Unterredungen mit einigen europäischen Regierungschefs über die zukünfti-

ge westeuropäische Integration. Während ADENAUER dabei die Vision eines Zusammenschlusses unter Einbindung Westdeutschlands verfolgte, brachte Frankreich unter Ministerpräsident MENDES-FRANCE unter anderem das Konzept einer gesamteuropäischen Verteidigungsallianz ins Gespräch, zu der Deutschland mit der Aufstellung eigener Nationalstreitkräfte seinen Beitrag leisten sollte. Hier stellte sich ADENAUER quer - mit geradezu hanebüchenen Argumenten, wie sich im Rückblick sagen läßt.



Bundeskanzler Konrad ADENAUER im Jahre 1954.

In der Nacht vom 28. auf den 29. September 1954 ließ ADENAUER in Gesprächen mit den Außenministern Luxemburgs und Belgiens, Joseph BECH und Paul-Henri SPAAK, die Katze aus dem Sack. Spiegel Korrespondent Lothar RÜHL war damals in dem Londoner Konferenzhotel als zufälliger Zeuge zugegen und notierte ADENAUERS Auslassungen mit:

»Ich bin fest überzeugt«, redete der Bundeskanzler demnach auf seine Gesprächspartner ein, »hundertprozentig überzeugt, daß die deutsche Nationalarmee, zu der uns MENDES-FRANCE zwingt, eine große Gefahr für Deutschland und Europa werden wird - wenn ich einmal nicht mehr bin, weiß ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen.«

An dieser Stelle schaltete sich der luxemburgische Minister BECH mit der Bemerkung ein, Frankreich werde schon dafür sorgen, daß die deutsche Armee unter Kontrolle gehalten werde. Doch ADENAUER ließ sich in seinen antideutschen Ressentiments nicht irremachen. Mit einer ungeduldigen Handbewegung entgegnete er:

»Wenn Europa nicht wird und Deutschland eine Nationalarmee hat, dann können Sie eines Tages was erleben, Herr BECH, das sage ich Ihnen jetzt. Wenn in Deutschland wieder die Nationalisten an die Macht kommen…«

Selbst dem anwesenden Spiegel-Redakteur erschienen solche Tiraden reichlich dick aufgetragen, und er notierte in seinem damaligen Beitrag: »Die Furcht vor dem Wiedererstehen eines zynisch-bornierten deutschen Nationalismus schien ihn gänzlich ergriffen zu haben.« Originalton ADENAUER: »Glauben Sie mir, die Gefahr des deutschen Nationalismus ist viel größer, als man denkt.«

Offenbar ließen sich die europäischen Partner damals doch noch von dem vormaligen Separatisten ADENAUER überzeugen. Denn bekanntlich wurde aus einer eigenständigen deutschen Politik auf Jahrzehnte hinaus nichts, und die wiedergegründete deutsche Armee, die ein Jahr später in Gestalt der Bundeswehr ins Leben gerufen wurde, kam prompt unter amerikanischen Oberbefehl - eine verhängnisvolle Weichenstellung, wie man heute weiß. Schließlich war es nicht zuletzt die manische Westfixierung der ADENAUER-Partei CDU, die die deutsche Einheit jahrzehntelang verhinderte, und daß es nicht zur deutsch-deutschen Katastrophe kam, war pures Glück. Der »Kanzler der Alliierten« war jedenfalls alles andere als ein Schutzengel der deutschen Nation.

Karl Richter

# Adenauer und die Saarfrage

Konrad ADENAUER war bereits in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, damals Oberbürgermeister von Köln, wegen seiner Politik als Separatist gegen die deutsche Einheit und gegen Preußen aufgefallen und angegriffen worden. Es ist weithin vergessen, daß er diesen Vorwürfen neuen Auftrieb gab, als er 1955 als Bundeskanzler in den Wahlkampf im Saargebiet eingriff und in einer an Landesverrat grenzenden Weise die deutsche Bevölkerung der Saar aufrief, für das mit Frankreich ausgehandelte Saarstatut zu stimmen, das die endgültige Loslösung des Landes von Deutschland vorsah.

Das fast rein deutsche Saargebiet hatte nach fünfzehnjähriger französischer Herrschaft bei der Volksabstimmung am 13. Januar 1935 sich bei einer Wahlbeteiligung von 98 Prozent mit 90,8 Prozent für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich entschieden. Es wurde von den Amerikanern 1945 besetzt und am 7. Juli 1945 der französischen Besatzungszone zugeschlagen. Am 12. Februar 1946 trennten die Franzosen in Verletzung der Potsdamer Vereinbarungen vom 2. August 1945 das Saargebiet von ihrer übrigen Besatzungszone ab, führten dann eine besondere Verwaltung ein und gliederten es in der Folgezeit wirtschaftlich immer mehr Frankreich an. Am 26. Dezember 1945 wurden die Saarbergwerke unter französische Zwangsverwaltung gestellt. Am 23. Dezember 1946 wurde eine Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland errichtet. Die von Frankreich zunächst eingeführte Saarmark wurde am 16. November 1947 durch den französischen Franc als offizielle Landeswährung abgelöst. Am 8. November 1947 nahm der Landtag gegen eine Stimme eine neue Verfassung an, die bei politischer Autonomie des Saarlandes den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich vorsah. Durch kulturelle und sprachliche Maßnahmen wurde die Französisierung in dieser Zeit stark vorangetrieben.

Nach Gründung der Bundesrepublik nannte Bundeskanzler ADENAUER in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 die Lösung der Saarfrage eine vordringliche Aufgabe der Bundesregierung. Bei seinem Gespräch mit Frankreichs Außenminister Robert SCHUMANN am 14. Januar 1950 in Bonn beharrte dieser auf Fonsetzung der Einbindung der Saar an Frankreich. Gegen fünf am 3. März 1950 zwischen der Saarregierung und Paris ohne Hinzuziehung Bonns geschlossene Abkommen zur weiteren Eingliederung des Landes nach Frankreich legte die Bundesregierung am 11. März 1950 Rechtsverwahrung ein und sprach von einer »verhüllten Annexion«. Mehrfach protestierten Bundesregierung und Bundestag in der Folgezeit gegen französische Unterdrückungsmaßnahmen im Saarland wie Nichtzulassung oder Verbot deutsch ausgerichteter Parteien, So wurde die Demokratische Partei Saar (DPS) am 21. Mai 1951 verboten, weil sie sich für den Anschluß

des Saargebietes an die Bundesrepublik einsetzte. Am 23. April 1952 erklärte der Bundestag erneut, daß das Saarland deutsches Staatsgebiet sei. Deutsch-französische Verhandlungen über die Saar scheiterten 1952/53 mehrfach an der starren Absicht Frankreichs, das Saargebiet ähnlich wie Elsaß-Lothringen endgültig zu annektieren.

Erst im Rahmen der Pariser Konferenzen vom 19. bis 23. Oktober 1954 über den Deutschlandvertrag der drei Westalliierten kam es auf einer Zweimächtekonferenz zu einer Vereinbarung zwischen Bundeskanzler ADENAUER und dem französischen Ministerpräsidenten MENDES-FRANCE über ein europäisches Statut für das Saargebiet: Dieses sollte politische Autonomie mit völkerrechtlicher Vertretung durch die Westeuropäische Union (WEU) erhalten, die wirtschaftliche Bindung an Frankreich sollte beibehalten und demokratische Freiheit auch für die deutsche Bevölkerung gelten. Über das Statut sollte eine international kontrollierte Volksabstimmung befinden. Die Annahme des Statuts hätte die endgültige Trennung des Landes von Deutschland bedeutet.

In dem verhältnismäßig kurzen Wahlkampf durften erstmalig die deutschen Parteien CDU, SPD und DPS auftreten, die, im >Deutschen Heimatbund< zusammenschlossen, gegen die Annahme des Saarstatuts antraten und erklärten: »Der Deutsche Heimatbund gelobt, entgegen allen inneren und äußeren Einflüssen am deutschen Vaterland festzuhalten, die deutsche Kultur an der Saar zu verteidigen, gegen jede Verfälschung des Volkswillens einzutreten und die deutsch-französische Verständigung im Geist der Wahrhaftigkeit durch eine gerechte Lösung der Saarfrage zu fördern.« Die Bundesparteien und die Mehrheit der deutschen Medien traten für die Heimatfront ein.

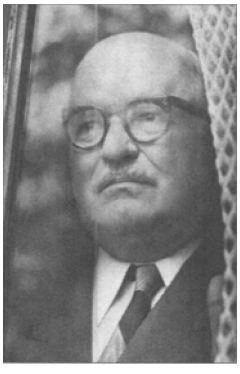
Am Rande der Pariser Deutsch landkonferenz von Oktober 1954 (»Deutschand ist in die Gemeinschaft der freien Völker aufgenommen«) wurde ein europäisches Statut für das Saargebiet vereinbart. *Von links:* Hochkommissar André FRANÇOIS-PONCET, Luxemburgs Außenminister BECH, US-Außenminister John Foster DULLES und ADENAUER.

Die Saarregierung unter dem im Lande verhaßten, franzosenfreundlichen und schon in den zwanziger Jahren politisch aufgetretenen Separatisten Johannes HOFFMANN betrieb, von Frankreich unterstützt, mit allen stattlichen und polizeilichen Mitteln die Annahme des Statuts.

Kurz vor dem Abstimmungstag, dem 23. Oktober 1955, rief überraschend und zur großen Empörung vieler Deutscher Bundeskanzler ADENAUER die Saarbevölkerung öffentlich auf, für das Saarstatut und damit gegen die Rückkehr nach Deutschland zu stimmen. Er fiel damit dem Deutschen Heimatbund und seiner eigenen Partei, der

Eine treffende Karikatur (erschienen in: *Der Mittag, 29. 10. 1954)* aus französischer Sicht. Pierre MENDES-FRANCES Frau: »Ich finde, Cheri, daß wir das Problem außerordentlich praktisch gelöst haben.«

CDU im Saarland unter Dr. Hubert N**EY**, in den Rücken. Er fürchtete wohl, daß durch eine Ablehnung des Saarstatuts die von ihm mit Vorrang betriebene Einigung Westeuropas und die angebahnte deutsch-französische Freundschaft behindert werden könnten. Er war bereit, die Saar dem Fortschritt in der europäischen Frage zu opfern und deren Bewohnern die deutsche Staatsangehörigkeit zu nehmen. Freunde ADENAUERS gaben später, ihn entschuldigend, an, der Bundeskanzler habe in sicherem Wissen um den Ausgang der Abstimmung für Deutschland als »politischer Fuchs< sich durch seine Erklärung für das Saarstatut eine bessere Ausgangsgrundlage für die anschließenden Verhandlungen mit Frankreich schaffen wollen. Das ist jedoch wenig überzeugend.



Johannes HOFFMANN (1890-1967), genannt Joho< oder »der Dicket, war 1947-1955 Ministerpräsident des französischen Protektorats Saarland, trat 1955 nach der Saar-Abstimmung zurück, die die Europäisierung der Saar ablehnte.

Glücklicherweise lehnte am 23. Oktober 1955 bei einer großen Wahlbeteiligung eine deutliche Mehrheit von 68 Prozent der Saarländer das Statut ab. Sie entschieden sich damit gegen die Europäisierung ihrer Heimat im Schlepptau Frankreichs und schufen damit die Voraussetzung zur Rückkehr der Saar nach Deutschland. Der am 18. Dezember 1955 neugewählte Landtag besaß eine deutsche Mehrheit und beschloß nach neuen deutschfranzösischen Verhandlungen ab 13. November 1955 am 31. Januar 1956 den Anschluß das Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland. Dieser erfolgte dann nach deutsch-französischen Vereinbarungen im Luxemburger Abkommen vom 4. Juni 1956 und einem Vertrag zwischen Bonn und Paris vom 27. Oktober 1956 am 1. Januar 1957 politisch und zum 1. Januar 1960 wirtschaftlich. Die Saar wurde, wie rund 20 Jahre vorher schon einmal durch eindeutige Volksabstimmung, wieder deutsch.

Die Ablehnung des Saar-Statuts verhinderte in der Folgezeit weder die deutsch-französische Freundschaft noch die weitere Entwicklung zur europäischen Einigung.

Rolf Kosiek

# Adenauer und die Oder-Neiße-Linie

Der erste Bundeskanzler (1949-1963) Konrad ADENAUER (1876-1967) prägte die frühen Jahrzehnte der Bundesrepublik mit seiner Politik der Westanbindung und gab dieser vor der deutschen Wiedervereinigung Vorrang. Das kam besonders bei der STALIN-Note von 1952 zum Ausdruck, die er ohne nähere Prüfung verwarf. So wurde eine vage Möglichkeit früher deutscher Wiedervereinigung nicht auf die Ernsthaftigkeit ihres Angebotes hin ausgelotet.

Den Worten nach bekannte ADENAUER sich zwar stets zur deutschen Einheit und vertrat das Recht der Deutschen auf die Oder-Neiße-Gebiete. Wie weit das ehrlich gemeint war, ist eine offene Frage. Er war rheinischer »Abendländer« seit der Zeit des Separatismus nach 1919 und gegen Preußen und das Reich eingenommen. Er betonte gegenüber CHURCHILL am 4. Dezember 1951 in London, »daß ich kein Preuße sei«,[1] und hatte einen Widerwillen gegen Berlin, das für ihn eine »heidnische Stadt« war. Überliefert ist sein Ausspruch als Kölner Oberbürgermeister aus der Weimarer Zeit, daß er, wenn er nach Berlin fahre, in Magdeburg die Fenster des Zuges verhänge, weil dann die asiatische Steppe beginne.[2]

Erst lange nach seinem Tod kamen Dokumente an die Öffentlichkeit, die große Zweifel an seiner Vertretung der deutschen Rechte auf Ostdeutschland erzeugten. Der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Karl KAISER (1934—), Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, erklärte 1989,[3] daß Bundeskanzler ADENAUER schon 1952 in einem bisher streng geheimgehaltenen »Vertrag«, der aus zwei Paragraphen bestehe, den Westmächten zugesichert habe, daß die künftige deutsche Ostgrenze bei einer Wiedervereinigung längs der Oder-Neiße-Linie verlaufen solle. Das habe ihm ein Zeitzeuge versichert, der diese Verzichtserklärung selbst in der Hand gehabt habe. Das Dokument müsse in den Archiven der westlichen Außenministerien und in Bonn liegen. Die daraufhin in Bonn eingeleitete Suche nach einem solchen Dokument blieb erfolglos. Der *Spiegel* meldete dazu,[4] daß offensichtlich zu ADENAUERS Zeiten geheime Dokumente aus den Akten des Bonner Außenministeriums entfernt worden seien, die in der Registratur noch aufgeführt seien.

Man fand in Bonn jedoch eine Notiz über ein Gespräch ADENAUERS mit US-Außenminister Dean ACHESON (1893-) vom 21. November 1951. Darin heißt es: »Mr. ACHESON brachte das Gespräch auf den Artikel VII des Generalvertrages, Friedensregelung und Wiedervereinigung. Hierzu machte der Bundeskanzler längere Ausführungen etwa folgenden Inhalts: Die Bundesregierung stelle keine Ansprüche und verlange keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße. Sie erwarte aber, daß auch

[1] Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-195)*, Fischer, Frankfurt/M.-Hamburg 1967, S. 493.

[2] Horst J. ANDEL, »Verhinderte Adenauer die deutsche Wiedervereinigung?« in: Gert SUDHOLT (Hg.), *Deutsche Annalen 1987*, Druffel, Leoni 1987, S. 124.

[3] *Tagespreise*, 12, 7. 1989.

[4] *Der Spiegel*, 31. 7. 1989.

Der Käfig ist offen, aber der zerzauste Bundesadler mit dem AdeNAUER-Kopf bleibt an der Kette. Zeichnung von E. M. LANG aus dem Jahre 1952.

die Alliierten keinerlei Bindungen gegenüber Dritten, sei es z.B. gegenüber Polen, eingingen. Dieses Problem müsse der Friedensregelung vorbehalten bleiben,«[5]

Prof. Wilhelm GREWE (1911—), 1951 der Leiter der bundesdeutschen »Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts< und damaliger Vertrauter ADENAUERS, bestätigte KAISERS Vorwürfe teilweise, indem er erklärte, bei den Verhandlungen vor dem Deutschlandvertrag habe zwischen der Bundesregierung und den Alliierten Übereinstimmung darüber bestanden, »daß die gemeinsame Forderung nach Wiedervereinigung nur die Bundesrepublik und die DDR betreffe. Die Ostgebiete waren nicht einbegriffen. Sozusagen unter der Hand war man sich einig darin«.[6] Er widersprach zwar KAISERS späteren Ausführungen,[7] ADENAUER habe auf Ostdeutschland verzichten wollen, gab jedoch zu, es sei »unbestreitbare Tatsache, daß auch ADENAUER davon überzeugt war, die Westverschiebung Polens lasse sich nicht rückgängig machen. Aber staatsmännischer Realismus kann auch darin bestehen, daß man nicht vorzeitig Trümpfe aus der Hand gibt«.[3]

Unbestreitbare Tatsache dürfte jedoch sein, daß ADENAUER die deutsche Öffentlichkeit bis zu seinem Tod über die ihm bekannte wirkliche Haltung der Westmächte zur Frage der Oder-Neiße-Gebiete täuschte. Wie erst Jahrzehnte später durch Öffnung britischer Archive herauskam, wußte ADENAUER spätestens seit der Unterredung mit den drei westlichen Hohen Kommissaren John Jay ME CLOY (1895-), Sir Ivone KIRKPATRICK (1897-1964) und Andre FRANCOIS-PONCET (1887-) am 15. November 1951 genau, daß man in Washington, London und París die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze Deutschlands zu Polen ansah. Die höchsten Vertreter der westlichen Besatzungsmächte hatten ihm an diesem Tag im Vorfeld des Generalvertrags und der Vereinbarungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eindeutig klar gemacht, daß sie unter einem wiederzuvereinigenden Deutschland nur ein solches bis zur Oder-Neiße ansehen würden. Auch ADENAUERS Hinweis, daß dann wohl der Deutsche Bundestag die geplanten Verträge nicht ratifizieren werde, half zunächst nichts. »Das Gespräch endete ohne Ergebnis. <[9]

Doch der Bundeskanzler wollte seine Politik der Westintegration nicht gefährden. Zu einem Kompromiß kam es, wie oben schon erwähnt, wenige Tage später, als ADENAUER in Anwesenheit von Staatssekretär Walter HALLSTEIN mit US-Außenminister Dean ACHESON am 21. November 1951 in Paris am Vortag der Außenministerkonferenz vereinbarte, daß die Alliierten über ihre ihm offenbarte Haltung zur Oder-Neiße-Linie nichts äußern und nichts Neues dazu vereinbaren sollten.[9] Die Deutschen sollten also weiter in dem Glauben bleiben, die Westmächte stünden hinter den berechtigten deutschen Ansprüchen auf Ostdeutschland und es gelte, was Bundestagspräsident Paul LÖBE am 13. Juni 1950 in der feierlichen Rechtsverwahrung des Bun-

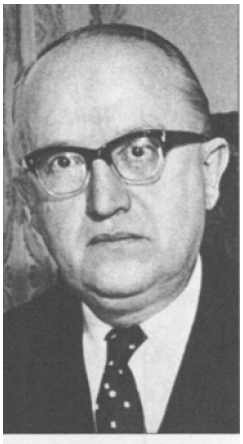
[5] *Die Welt,* 22. 7. 1989.

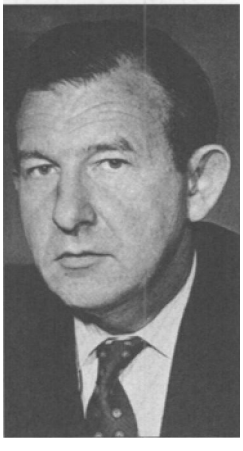
[6] Zitiert in: *Stuttgarter Nachrichten,* 13. 7. 1989.

[7] Karl KAISER, in: *Die Zeit, 22.* 9. 1989.

[8] Wilhelm GREWE, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 19. 10. 1989.

[9] Nther POSSER, »... und daß auf ihr die deutsche Frage vom Tisch gewischt werde«, in: *Frankfurter Rundschau,* 5. 1. 1990, S. 14; siehe auch Beitrag Nr. 484, »Westalliierte täuschen über Oder-Neiße-Linie«.





*Von oben:* Walter HALLSTEIN und Wilhelm GREWE.

destages, des Bundesrates und der Bundesregierung zur Warschauer Deklaration verkündet hatte: daß die Oder-Neiße-Gebiete ein Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seien, daß Ostdeutschland den Polen nur zur »einstweiligen Verwaltung übergeben worden« sowie ein Teil Deutschlands geblieben sei, über den erst in einem Friedensvertrag bestimmt werden könne.[10]

Das Wissen über diese Einstellung der Westmächte nahm ADENAUER mit ins Grab, und seine Mitarbeiter Staatssekretär Walter HALLSTEIN (1901-) und Ministerialdirektor Herbert BLANKENBORN, die gewöhnlich bei den Gesprächen mit den Hochkommissaren anwesend waren, schwiegen anscheinend auch darüber bis zu ihrem Tod. In seinen Erinnerungen von 1945 bis 1953 erwähnt ADENAUER bezeichnenderweise das oben genannte schicksalsschwere Gespräch vom 15. November 1951 in Bonn überhaupt nicht, obwohl er sonst die Treffen mit den Hohen Kommissaren ausführlich wiedergibt und im Vorwort seiner Erinnerungen ausdrücklich versichert: Dieses Buch »soll meine Erinnerungen an das, was ich seit 1945 erlebt habe, wiedergeben, ohne Auslassungen, ohne Färbung«.[11] Über die oben erwähnte Vereinbarung mit ACHESON am 21. November 1951 hielt er nur fest: »Wir sprachen eingehend über den Artikel VII des Deutschlandvertrages, der eine Friedensregelung und die Wiedervereinigung Deutschlands betraf. Hierzu erklärte ich, daß die Bundesregierung von den Alliierten erwarte, daß sie hinsichtlich der Gebiete Östlich der Oder-Neiße keinerlei Bindungen gegenüber Dritten, zum Beispiel Polen, eingingen. Dieses Problem müsse der Friedensregelung vorbehalten bleiben.«[12] Den von ihm dem US-Außenminister gegenüber ausgesprochenen Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete verschwieg er wie auch die abgesprochene Geheimhaltung der wirklichen Einstellung der Besatzungsmächte zur deutschen Ostgrenze. Es findet sich dazu in den erwähnten Memoiren kein Wort. Auch in seinem Bericht vor dem Bundestag oder in späteren Regierungserklärungen wird diese Vereinbarung nicht genannt.

In seinen Erinnerungen über die Jahre 1945 bis 1953 hat ADENAUER das Problem Ostdeutschlands sonst nicht erwähnt. Nur an einer Stelle schreibt er kurz, daß CHURCHILL ihn am 4. Dezember 1951 bei seinem Besuch in London darauf angesprochen habe: »CHURCHILL kam auf die Oder-Neiße-Linie zu sprechen: Es wäre für Deutschland ein Fehler, jetzt von der Oder-Neiße-Linie zu reden. Er könne die Versicherung abgeben, daß dies bei der künftigen Friedensregelung geklärt werde. Man solle diese Frage jetzt nicht aufwerfen.« Nach dem Rat, gute Verbindung zu Polen zu suchen, habe CHURCHILL dann noch erklärt: »Haben Sie volles Vertrauen zu England, wir werden nicht hinter Ihrem Rükken Geschäfte machen.«[13] Dabei gingen sicher beide davon aus, daß die Oder-Neiße-Linie die endgültige Ostgrenze Deutschlands sein werde.

In seinen Mitte der sechziger Jahre geschriebenen Erinnerungen braucht ADENAUER auch schon den Begriff »Ostdeutschland' für Mitteldeutschland,[14] was allgemein erst ab 1990 in der Öffentlichkeit erfolgte, benutzt dort aller-

[10] Voller Text u. a. in: Bundestagsprotokoll vom 13. 6. 1950, 68. Sitzung der ersten Legislaturperiode.

[11] ADENAUER, aaO. (Anm.l), S. 10.

[12] Ebenda, S. 497.

» Ebenda, S. 492.

[111] Ebenda, S. 364.

dings meist »Sowjetische Besatzungszone< oder »Ostzone«. Bei einer Stelle zur deutschen Wiedervereinigung wendet er sich ausdrücklich zu Recht gegen Annexionen im Westen: »Ich halte die Grenzberichtigungen, die im Westen Deutschlands vorgenommen werden sollen, für sehr unklug. Diese durch Diktat vorgenommenen Grenzberichtigungen verletzen ein Volk in seinen berechtigten nationalen Gefühlen.«[15] Aber er erwähnt dabei Ostdeutschland überhaupt nicht, als sei ihm das Schickai der Oder-Neiße-Gebiete gleichgültig.

Bis zum Beginn der bundesdeutschen Verzichtspolitik für Ostdeutschland, die durch die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD)[16] von 1965 eingeleitet und dann unter der Regierung BRANDT/SCHEEL ab 1969 durchgesetzt wurde, wurden die Deutschen somit getäuscht und konnten - insbesondere die Vertriebenen - weiterhin annehmen, daß die Frage der Oder-Neiße-Gebiete auch für die westlichen Verbündeten noch offen sei und erst im künftigen Friedensvertrag geregelt werde. In Wirklichkeit war sie damals von den Siegermächten bereits längst abgeschlossen und zu Lasten Deutschlands erledigt. Und ADENAUER, dem der SPD-Oppositionsführer Kurt SCHUMACHER schon am 25. November 1949 im Bundestag vorgeworfen hatte, er sei der »Bundeskanzler der Alliierten«,[17] hatte bei dieser Täuschung des deutschen Volkes als Kumpan der Besatzungsmächte wesentlich mitgespielt.

Rolf Kosiek

*Oben:* Ex-Premier CHURCHILL zu Besuch in Bonn im Jahre 1956 (links im Bild Bundespräsident HEUSS) - stillschweigendes Einverständnis. *Unten:* BRANDTS Kniefall von Warschau - nicht unbedingt eine neue Sicht der Ostgrenze.

[15] Ebenda, S. 180.

[16] Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes \zu seinen östlichen Nachbarn,* Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover 1965.

[17] A**DENAUER**, aaO. (Anra. 1), S. 279; Protokoll der Bundestagssitzung vom 24./25, 11, 1949,

⇨ Zur Oder-Neiße-Linie

Am 6. Juni 1950 wurde zwischen der mitteldeutschen Sowjetzone und Polen der sog. Görlitzer Vertrag über die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze geschlossen. Am 8. Juni 1950 bezeichnete die Bundesregierung diese Abmachung als null und nichtig. Am selben Tag erklärten das britische und amerikanische Außenministerium das Abkommen als nichtig, beide Westmächte stellten fest, daß sie die Oder-Neiße-Linie nicht als Grenze anerkennen würden. Am 13. Juni 1950 erklärte der Alterspräsident Paul LÖBE (SPD) für alle Fraktionen und Gruppen des Bundestages außer der KPD *([Behandlungen des Deutschen Bundestags*, 1. Wahlperiode 1949, stenographische Berichte, Band 4, S. 2457,68. Sitzung): »Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. Meine Damen und Herren, niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben,.. Die Mitwirkung an der Markierung der Oder-Neiße-Linie als angeblich >unantastbare< Ostgrenze Deutschlands, zu der sich die sogenannte Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereitgefunden hat, ist ein Beweis für die beschämende Hörigkeit dieser Stelle gegenüber einer fremden Macht.«

Demonstration im Jahre 1970 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

# Adenauer und die Gefangenen in der Sowjetunion

Am 8. September 1955 reiste Bundeskanzler Konrad ADENAUER auf Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten BULGANIN nach Moskau. Als der wohl wichtigste Erfolg seiner dortigen Verhandlungen kann gewertet werden, daß anschließend mehr als 10000 deutsche Kriegsgefangene nach über zehnjähriger völkerrechtswidriger Haft in den Lagern der Sowjetunion in die Heimat entlassen wurden. Vorher hatten jahrelang offizielle Moskauer Stellen erklärt, daß sich keine deutschen Gefangenen mehr in russischem Gewahrsam befänden, sondern nur noch einige verurteilte »Kriegsverbrechen. Die Heimkehrer waren dem Bundeskanzler für diese Tat dankbar.

Weniger bekannt ist, daß ADENAUER Jahre vorher sich Bestrebungen des Deutschen Roten Kreuzes zugunsten der Kriegsgefangenen in Rußland in den Weg gestellt hatte.[1] Im März 1952 war Heinrich WEITZ, der selbst einen Sohn unter den in Rußland Vermißten hatte, zum Präsidenten des im Vormonat formell neu gegründeten Deutschen Roten Kreuzes (DRK) gewählt worden. Mit großer Tatkraft setzte er sich sofort für die noch Gefangenen ein. Er erreichte es, daß noch vor Beginn der Internationalen Rotkreuzkonferenz in Toronto am 26. Juni 1952 das DRK offiziell anerkannt und in die internationale Liga aufgenommen wurde. Auf die Initiative der deutschen Abordnung unter WEITZ befaßte sich die Konferenz auch mit dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen im Osten.

Als bald darauf im Dezember 1952 bekannt wurde, daß rund 30000 japanische Kriegsgefangene aus China entlassen worden seien, hielt WEITZ den Zeitpunkt für ein stärkeres deutsches Vorgehen in der Frage der Gefangenen für günstig und sprach mit dem damaligen Staatssekretär HALLSTEIN vom Bonner Auswärtigen Amt über seinen Plan, persönlich in die UdSSR zu reisen, um Verbindung mit dem Präsidenten der sowjetischen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaft aufzunehmen. HALLSTEIN war sofort von dem Gedanken angetan und informierte darüber ADENAUER. Dieser zeigte sich jedoch davon nicht erbaut. Man kann vermuten,[2] daß er von amerikanischer Seite aufgefordert worden war, nichts in dieser Hinsicht zu unternehmen, da die USA im damaligen Kalten Krieg die Masse der deutschen Gefangenen im Osten in ihrem öffentlichen politischen Kampf gegen Moskau ausnutzen wollten. Jedenfalls teilte er am 10. Januar 1953 dem DRK-Präsidenten in einem persönlichen Gespräch mit,[3] daß er »ernsthafte Bedenken« habe und die »Reise in die UdSSR für aussichtslos« halte.

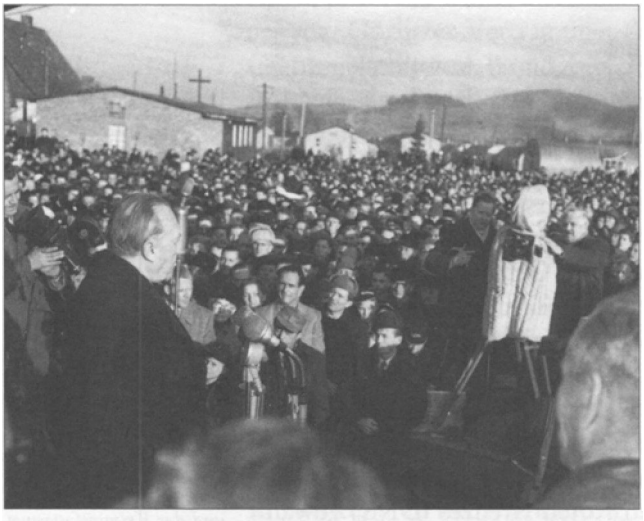
Dennoch gab WEITZ nicht auf und verhandelte weiter mit HALLSTEIN. Doch ADENAUER stellte sich jetzt stärker in den Weg: In einem Brief[4] an WEITZ schrieb er nach einem ausgesprochenen Dank an den DRK-Präsidenten für die an HALLSTEIN übermittelten Einzelheiten: »Auf Grund der Ver-

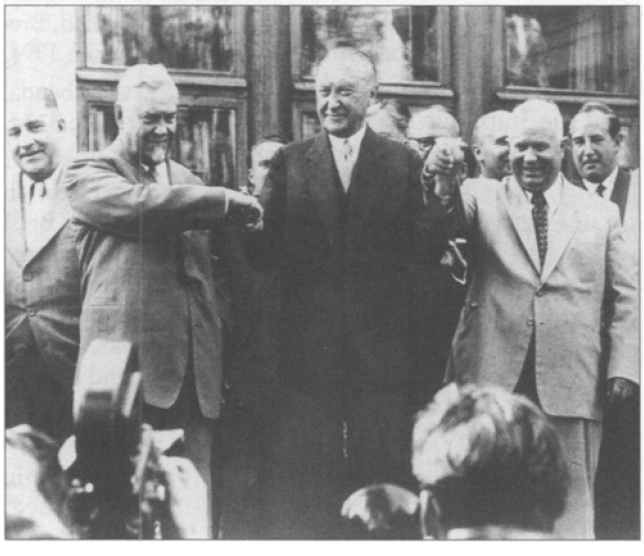
[1] Ausführlich geschildert bei: Ludwig PETERS, *Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen. Wir haben Euch nicht vergessen!*, Graben, Tübingen 1995, S. 332-338; Dieter RIESENBERGER (Hg.), *Das Deutsche Rote Kreuz Konrad Adenauer und das Kriegsgefangenenproblem*, Donad, Bremen 1994.

[2] PETERS, ebenda, S. 333 f.

[3] Das Ergebnis drückte Heinrich WEITZ in einem Brief an einen Freund aus. Das Schreiben ist abgedruckt bei PETERS, ebenda, S. 334 f., und RIESENBERGER, aaO. (Anm. 1), S. 61 f.

[4] Abgedruckt in: H. P. MENSING (Hg.), *Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, Briefe 1951-1953;* ebenso vollständig abgedruckt in: PETERS, ebenda, S. 336 f.





*Oben:* Im Januar 1954 begrüßte ADENAUER im Lager Friedland eine größere Anzahl deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion, die bei ihrer Ankunft »Deutschland, Deutschland über alles« sangen. Bezeichnend war: Die Wochenschau strich die Zeile »Von der Maas bis an die Memel« aus ihrem Film heraus. *Unten:* ADENAUER 1955 in Moskau, umrahmt von Nikolai BULGANIN und Nikita CHRUSCHTSCHOW,

antwortung, die ich für die Außenpolitik der Bundesrepublik trage (ADENAUER war damals auch Außenminister, H. W.), halte ich mich indessen für verpflichtet, eine ernste Warnung auszusprechen. Ich weiß, daß Sie Ihren Schritt mit der Notwendigkeit, für die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion etwas zu tun, begründen. Ich möchte Ihnen aber nicht verhehlen, daß ich eine solche Aktion für ganz aussichtslos halte, und ich kann mir schlecht denken, daß man sich beim Roten Kreuz, das ja über ein sehr konkretes Erfahrungsmaterial in dieser Frage verfügt, insoweit einer Illusion hingibt. Es bleiben also lediglich die innenpolitischen Wirkungen und der außenpolitische Eindruck nach dem Westen zu bedenken. Was jene anbelangt, so kann die ins Auge gefaßte Aktion nur bei vielen unglücklichen Menschen Hoffnungen erwecken, die bitter enttäuscht werden müssen. Noch ernster nehme ich den Eindruck, der in den politischen Kreisen des Westens entsteht… Ich muß aber mit allem Ernst darauf hinweisen, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Außenpolitik der neuen amerikanischen Administration festgelegt wird und in dem leider Zweifel an der Verläßlichkeit der europäischen Glieder der atlantischen Gemeinschaft erregt worden sind, alles unterlassen werden sollte, was Anlaß gibt, Fragen und Zweifel in Bezug auf die Einstellung der deutschen öffentlichen Meinung auszulösen. Ich möchte Sie aus diesen Gründen bitten, Ihre Überlegungen noch einmal zu überprüfen, und wäre sehr beruhigt, wenn Sie mich wissen lassen könnten, daß Sie von dem Plan Abstand nehmen. ..«

Auch weitere Gespräche und Vorstöße des DRK-Präsidenten brachten keinen

Durchbruch in Bonn. So mußten wegen ADENAUERS Rücksichtnahme auf den Westen, die ja in der Frage Berlins oder der Saarabstimmung ähnlich schwerwiegende Folgen hatte und an Landesverrat grenzte, die Tausende deutscher Kriegsgefangenen noch mehr als zweieinhalb Jahre auf ihre Rückkehr warten. Viele von ihnen starben in dieser Zeit, die sonst in der Heimat sicher zum großen Teil überlebt hätten.

Eine interessante Einzelheit des **ADENAUER**-Besuchs kam erst spät heraus:[11] Der Bundeskanzler wurde auf dem Moskauer Flughafen vom russischen Ministerpräsidenten BULGANIN empfangen. Dieser soll zwischen 1931 und 1933 als damaliger Vorsitzender des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets (Oberbürgermeister) auf einer Rundreise auch Köln besucht und mit dem donigen Oberbürgermeister ADENAUER den Dom besucht haben. ADENAUER habe das in kleiner Runde 1955 erzählt. Beim Moskau-Besuch haben beide sich ihre Bekanntschaft in der Öffentlichkeit nicht anmerken lassen, und ADENAUER erwähnte sie auch nicht in seinen Erinnerungen,

Aus DDR-Quellen wurde Jahrzehnte später bekannt, daß der sowjetische Parteichef CHRUSCHTSCHOW schon am 14. Juli 1955, also Wochen vor dem ADENAUER-Besuch, der Ost-Berliner Führung angekündigt hatte, dem Bundeskanzler bei dem bevorstehenden Treffen in Moskau die deutschen Kriegsgefangenen als Tauschobjekt anzubieten.[6] Daß die Sowjets schon vor ADENAUERS Moskaureise die Vorbereitungen zur Rückführung der Gefangenen getroffen hatten, geht auch daraus hervor, daß sie ab März 1955 die Deutschen aus den Lagern im Norden, insbesondere aus Workuta und Inta, im Übergangslager Suchbeswodnoje und Potma zusammenzogen, von wo sie dann Ende September/Anfang Oktober nach Westen entlassen wurden.[7] Dadurch erscheint ADENAUERS Verhandlungserfolg nicht mehr ganz so spektakulär und überraschend.

*Oben:* Heinrich WEITZ (1890-1962) war 1952 bis 1961 Präsident des DRK der BRD. *Unten:* ADENAUER bei seiner Rückkehr aus Moskau im September 1955.

[5] Heinz BRAHM U. Valerij LJUBIN, »Ein unbekannter Adenauer«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 9. 2005, S. 10.

[6] Rainer BLASIUS, »Botschafteraustausch gegen Gefangenenfreigabe« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 9. 2005.

[7] Werner GUMPEL, Gilching, in Leserbrief »Umfirmierte Gefangene« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 9. 2005.

# Waren die Spätheimkehrer aus der Sowjetunion > Kriegsverbrecher?

In der Berichterstattung zum 50. Jahrestag des Moskau-Besuches ADENAUERS 1955 und der daraufhin erfolgenden Heimkehr der angeblich letzten Kriegs- und Zivilgefangenen aus der Sowjetunion wurden weite Teile dieser Opfer STALINscher Siegerjustiz in der bundesdeutschen Presse als »Kriegsverbrecher« verunglimpft.[1] Da die meisten von ihnen nicht mehr leben und sich verteidigen können, traf dies um so perfider deren Witwen, Kinder und Enkel.

[1] Stellvertretend hierfür sei ein Artikel in der *Weit* vom 24. 8. 2005 angeführt.

Diese Unterstellungen *sine im et studio* richtigzustellen, erlaubt sich der Autor als Betroffener, aus einer Juristenfamilie stammend, von 1941 bis 1945 Soldat und bis 1950 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, dann auf Befehl STALINS mit Zigtausenden als »Kriegsverbrecher« zu 25 Jahren Arbeits- und Erziehungslager verurteilt, bis er im Oktober 1955 schließlich aus Asbest/ Ural heimfahren konnte.

Der Verfasser dieses Beitrags, Will SEELMANN-EGGEBERT, 1943 als junger Leutnant.

Bevor am Beispiel der typischen Verleumdung der Spätheimkehrer der wahre Sachverhalt aufgezeigt wird, sei eine kurze Schilderung der allgemeinen Situation der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gegeben. Ausgeklammert ist dabei das Schicksal der ebenfalls zahlreichen Zivilgefangenen, die teilweise unter jene gemischt waren. So wurden beispielsweise gemäß einem Geheimbefehl von 1946 227500 Mann aus in Speziallagern und Gefängnissen des MWD (Innenministeriums) befindlichen deutschen Zivilgefangenen ausgewählt, um an Stelle heimtransportierter Kriegsgefangener und Internierter »zu schwerer Arbeit« eingesetzt zu werden. Nach der Kapitulation 1945 befanden sich in den Lagern der Sowjetunion über 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene, meist Kapitulationsgefangene. Von diesen kehrten über 1 Million nicht mehr heim. War die Sterblichkeitsrate zwischen 1941 und 1944 von 95 auf 40 % abgesunken, so sank sie 1945 auf 20 bis 25 % und nahm erst in den folgenden Jahren allmählich weiter ab. Wurden in den ersten Jahren fast nur Kranke, meist »Dystrophiker« (Ernährungsgestörte, durch Hunger Geschwächte), und Arbeitsunfähige entlassen, so sollten eigentlich auf internationalen Druck hin bis Ende 1948, dann 1949 alle heimgeschickt werden.

Eine Initiative des Verbandes der Heimkehrer für das Jahr 1954.

Auf Befehl STALINS setzte jedoch 1949/50 plötzlich eine Verurteilungsaktion ein, bei der Zehntausende von Gefangenen willkürlich unter meist lächerlichen Beschuldigungen und erpreßten »Geständnissen« zu »Kriegsverbrechern« erklärt wurden: durch »Gerichte«, die eigens zu diesem Zweck aus dem Boden gestampft waren. Es dauerte jeweils nur Minuten, bis die bereits vorgefertigten »Urteile« verkündet waren. Sie lauteten überwiegend auf »25 Jahre Arbeits- und Erziehungslager«, manchmal auch ein Mehrfaches davon.

Da man sich im Übereifer verrechnet hatte und die Zahl der in früheren Schauprozessen Verurteilten und meist nach Workuta Deportierten hinzu-

Spätheimkehrer aus Rußland im Lager Friedland.

zurechnen war, wurden aber wahllos etliche Tausend dieser Frischverurteilten mit dem Rest derer, die eigentlich bereits 1949 hatten nach Hause fahren sollen, im Mai 1950 entlassen.

Danach befanden sich dann noch etwa 20 000 verurteilte Geiseln STALINS in den Lagern, abgeurteilt als Zwangsarbeitet mit ungewissem Schicksal. Die Angehörigen waren verzweifelt, Westdeutschland reagierte mit Empörung. Erst nach STALINS Tod 1953 schöpfte man wieder Hoffnung. Dessen Epigonen erkannten, daß der politische Tauschwert der »Kriegsverbrecher« ständig sank. Nach dem Juni-Aufstand 1953 in der DDR erschien es notwendig, das ramponierte Ansehen der dortigen Regierung international aufzupolieren. Diese wurde daher von der Sowjetregierung veranlaßt, »gesamtdeutsch« tätig zu werden. Auf Ersuchen einer mitteldeutschen Delegation hin wurden nunmehr zunächst 10000 »minderschwere Verbrecher« in beide deutsche Staaten entlassen.

Erst 1955 erreichte ADENAUER im Austausch mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Heimkehr der angeblich restlichen 10 000, die am Anfang der Verhandlungen von BULGANIN noch als »»Leute, die das menschliche Antlitz verloren haben««, bezeichnet worden waren. Schließlich erklärten sich die Sowjets zu ihrer Entlassung bereit, als sie abhörten, daß ADENAUER den Staatsbesuch unvermittelt abbrechen wollte. Da erst versprachen sie ihm, die angeblich letzten 10 000 »Kriegsverbrecher« als »Amnestierte« in den nächsten Monaten heimzuschicken. Gleichzeitig wurde ihm jedoch eröffnet, 749 Gefangene würden den deutschen Regierungen nur als »nichtamnestierte Schwerverbrecher« überstellt werden, um sie vor eigene Gerichte zu stellen; die Untersuchungsakten würden in Kürze zugesandt werden.

»Wir sind die letzten Soldaten des großen Krieges,,, Wir weinen und schämen uns der Tränen nicht!« (Der Sprecher des ersten Gefangenenkonvois aus dem sibirischen Swerdlowsk am 7. Oktober 1955.

Im Oktober 1955 rollten endlich die Transporte in die Heimat an, dann noch einmal bis zum Dezember unterbrochen, da es den mißtrauischen Sowjets mit der Entsendung eines deutschen Botschafters und der Bereitstellung von Botschaftsgebäuden in Bonn nicht schnell genug ging. Erst Ende April 1956 trafen dann die angeblich letzten, zunächst noch in Bautzen festgehalten, in Friedland ein. Auch die Nichtamnestierten waren übergeben, bewacht wie Schwerstverbrecher. Die versprochenen Akten jedoch wurden niemals übersandt.

Bei der Berichterstattung verschiedener Zeitungen im Jahre 2005 wurde die Gruppe der Nichtamnestierten gar nicht angesprochen, sondern es war nur von den 9626 Heimkehrern die Rede, die im Oktober und Dezember 1955 die BRD oder auch die DDR erreichten.

Der *Welt-H*istoriker Sven Felix KELLERHOFF schrieb in einem Artikel am 24. August 2005 in seiner Besprechung einer ^Ri>Sendung wörtlich, er vermisse in dieser die Behandlung des Problems »der tatsächlich wohl über tausend wirklichen Kriegsverbrecher, die unter den Spätheimkehrern waren«. Durch diese bewußt unbestimmt-schwammig gehaltene Formulierung mußte sich jeder damalige Spätheimkehrer angesprochen fühlen. Zur Klärung der Behauptung und Substanz ihrer Quellen schrieb der Verfasser dieses Beitrages an KELLERHOFF, woraus sich dann bei wiederholter Nachfrage ein aufschlußreicher Briefwechsel entwickelte.

Es ergaben sich interessante Einblicke hinsichtlich der Methode, wie man unter dem Anschein, sich um die Wahrheit zu bemühen, diese entstellen und verfälschen kann. Lange wich KELLERHOFF der Beantwortung der klaren Frage aus, sprach dafür weitschweifig und zusammenhanglos die verschiedensten Punkte an: STALINS Urteile seien nicht rechtsstaatlich gewesen, ein Prof. SCHENCK sei trotz erwiesener Verbrechen hier nie verurteilt worden, auch Mitglieder eines Kommandanturstabes der Waffen-SS seien nie belangt worden, hingegen andere SS-Leute. Unter den Heimkehrern seien viele ehemalige Angehörige der Waffen-SS gewesen, deren Biographieauswertungen aber nicht vorlägen; mindestens 5 Prozent der Wehrmachtsoldaten, vielleicht aber auch doppelt so viele, seien Kriegsverbrecher im engeren Sinne des Wortes gewesen, bei der Waffen-SS sicher bedeutend mehr. Genaue Zahlen

[2] Sowjetisches Militärtribunal.

kenne niemand, man könne auch bisher nicht sagen, wie viele SMT-Verurteilte[2] und wie viele ehemalige Kriegsgefangene sich unter den Heimkehrern befunden hätten. Bei dem recht hohen Anteil von Leuten der Waffen-SS sei angesichts der Nürnberger Urteile die Annahme gerechtfertigt, es habe sich um Kriegsverbrecher gehandelt; derlei Schätzungen seien zulässig, da es sich nicht um individuelle Schuldzumessung wie bei ordentlichen Gerichtsverfahren gehandelt habe. Es folgte die recht unsachliche Feststellung, er verstehe mein inquisitorisches Bestreiten der schlichten Tatsache nicht, daß eine nennenswerte Anzahl deutscher Uniformträger sich im Zweiten Weltkrieg abscheulichster Verbrechen schuldig gemacht habe; man solle nicht die Behauptung kollektiver Unschuld aufbauen!

Der Verfasser sah den Briefwechsel als beendet an, nachdem die Behauptung von den »wohl 1000 wirklichen Kriegsverbrechern« unter den Spatheimkehrern ergänzt war durch die Erklärung, daß die Annahme, von den 9626 Spätheimkehrern habe »ein knappes Achtel« tatsächlich Kriegsverbrechen begangen, »im Bereich der vorsichtigen Schätzung« liege. Ein anderes Mal war von einem »nennenswerten Anteil echter Kriegsverbrecher« die Rede, zuletzt noch von einer »Schätzung von 12 Prozent Kriegsverbrechern«. So ist es in einem weiteren Schreiben ausgedrückt, in dem der Welt-Redakteur auch einräumte, er sei kein Jurist, individueller Schuldnachweis interessiere ihn als Historiker nicht. Ihm gehe es um die Klärung oder Annäherung an Sachverhalte: Dazu sei die Methode der sachlich begründeten Schätzung der wesentliche Weg.

Um wenigstens einiges klarzustellen, seien die folgenden Begriffsbestimmungen und Anmerkungen gemacht:

- Kriegsverbrechen: a) In STALINS Augen war jeder ein Kriegsverbrecher, der sowjetisches Territorium betreten hatte, b) Eigentlich waren es jedoch völkerrechtswidrige Handlungen während eines Krieges, die strafrechtlich im eigenen Bereich zu ahnden waren, c) Im Nürnberger Prozeß wurde das Führen eines Angriffskrieges zum Kriegsverbrechen erklärt und dieser Tatbestand rückwirkend und somit rechtswidrig zur Urteilsbegründung herangezogen.

- Spätheimkehrer: Die nach ADENAUERS Moskauer Verhandlungen als amnestiert entlassenen, in früheren Schau- und anderen Prozessen sowie erst 1949/50 verurteilten Kriegsgefangenen und die unter sie gemischten Zivilgefangenen sowie die Gruppe der etwa 750 Nichtamnestierten, die unter Bewachung den Behörden der BRD und DDR überstellt wurden.

- Rehabilitierung: Sie konnte nach Auflösung der Sowjetunion ab 1992 in Moskau beantragt werden und wurde bisher Tausenden erteilt unter der Begründung, sie seien Opfer politischer Prozesse geworden. Gelegentlich wurde sie verweigert, vor allem dann, wenn die ehemaligen »Zeugen«, häufig als solche erpreßt, nicht mehr »auffindbar« waren.

- Waffen-SS: Im Nürnberger Prozeß wurde 1946 die SS zur »verbrecherischen Organisation« erklärt, zugleich aber wurde durch den amerikanischen Hauptankläger JACKSON erläutert, daß jeder Bestrafung zunächst der Nachweis einer individuellen Schuld vorangehen müsse.
Ferner seien einige Fakten zu der diffamierenden Behauptung von der hohen Zahl »wirklicher Kriegsverbrecher« unter den Spätheimkehrern angeführt:

1. Es wird in den Medien nirgends die Gruppe der Nichtamnestierten erwähnt, so daß offen bleibt, ob sie einbezogen wurden.

2. Es wird nichts darüber ausgesagt, ob deutsche Gerichte sich irgendwie mit Spätheimkehrern befaßt haben, weder im Osten noch im Westen.

3. Völlig übergangen wird jeglicher Hinweis auf die Art der Vernehmungen und Verurteilungen in der Sowjetunion, der schon darüber Aufschluß geben könnte, wer wann und weswegen verurteilt wurde:

82,71 % der Vernehmungen in der Sowjetunion erfolgten ohne Zeugenanhörung,

82,93 % der Vernommenen erhielten keine Einsicht in die Ermittlungsakten,

62,85 % der Vernehmungen erfolgten unter Drohungen oder Folterungen.[3]

4. Die zu Verurteilenden wurden vorwiegend nach politischen Führungs- und Intelligenzgesichtspunkten ausgewählt. Meist wurden ihnen Vorgänge, die vom Völkerrecht gedeckt waren, als »Greueltaten< vorgeworfen. Beweise für Verbrechen selbst und die Teilnahme an ihnen fehlten fast immer.

64,5 Prozent der Urteile erfolgten aufgrund sogenannter >gegenrevolutionären Delikte, wobei Spionage und gegenrevolutionäre Propaganda oder Agitation am häufigsten vorgeworfen wurden. Zu weiteren 21,1 Prozent wurden Strafvorschriften überhaupt nicht angegeben; hierbei handelte es sich häufig um »militärische Verbrechen< wie Raub und Plünderung, wobei schon das »Geständnis<, Brennholz besorgt oder Milch getrunken zu haben, für eine Verurteilung ausreichte.[4] Dabei ist ebenfalls darauf hinzuweisen, daß sich

[1] Martin LANG, *Stalins Strafjustiz,* Mittler, Herford 1981, S. 38 f.

[4] Weitere Beispiele für derart lächerliche Beschuldigungen kann man in der Anlage 3 des in Anm. 3 genannten Buches nachlesen. Andere Fälle mit allen Einzelheiten und - übersetzten - Protokollen findet man ¡n dem Buch des Sprechers des Stalingrader Lagers 1, Hein M**AYER**, das dieser in Zusammenarbeit mit dem russischen Historiker EPIFANOW herausgegeben hat.[5] Besonders im dortigen Kapitel 11 läßt sich der gesamte Ablauf von der ersten Vernehmung bis zur späteren vollen Rehabilitierung verfolgen. Der Autor selbst hat die Jahre seiner Gefangenschaft und seinen »Fall* nebst Kopien seiner Rehabilitierung und einiger Seiten seiner Strafakte mit Fotos ebenfalls auf 50 Seiten seines Buches dargestellt.[6]

[5] A. E. EPIEANOw/Hein MAYER, *Die Tragödie der deutschen Kriegsgefangenen in Staling (1942-56),* Biblio, Osnabrück 1996.

[6] Will SEELMANN-EGGEBERT, *Einer vom Jahrgang 23,* K. Sander, Bamberg [9]2004.

unter den angesprochenen Spätheimkehrern etwa 3000 befunden haben, die gar keine Kriegs-, sondern Zivilgefangene waren, wodurch der Prozentsatz der verleumdeten Angehörigen der Truppe noch erheblich gesteigert wird.

Interessantes enthält ferner ein Bericht über die Befragung eines Teiles der Nichtamnestierten,[7] also derer, die von den Sowjets als besonders schwere Verbrecher angesehen wurden. Diejenigen 441, die westdeutschen Behörden übergeben und zunächst in Grenzschutzkasernen in Hannoversch Münden untergebracht waren, wurden vom 14. bis 16. Januar 1956 dort mit AEV-Formblättern durch eine »Rechtsschutzstelle Münchens befragt. Dazu traten Kräfte der Rechtsschutzstellen Hamburg und Bonn, des Auswärtigen Amtes und der Suchdienste München und Hamburg.

[7] HILGER u.a., *Sowjetische Militärtribunale*, Bö lau, Köln-Weimar-Wien 2001, S. 306 f.

Eine kurze Zusammenfassung der Auswertung der Aussagen ergibt folgendes Bild.

- Der überwiegende Teil wies die sowjetischen Anschuldigungen als völlig frei erfunden zurück,
- Den Urteilen lagen durch Folterungen erzwungene »Geständnisse<, Protokollfälschungen, Aussagen unbekannter »Belastungszeugen« u.a. zugrunde.
- Überwiegend gehörten dieser Gruppe Wehrmachtangehörige der kämpfenden Truppe an, jedoch kein General.
- Fast ausschließlich wurde strafrechtlich der »Ukas vom 19. April 1943< angewandt. In ihm geht es vor allem um Gewalttaten aller Art. Ihrer mußten die Beschuldigten überführt werden; wenn Kriegshandlungen durch militärische Notwendigkeiten geboten waren, schieden sie nach Art. 23 und 53 der Haager Landkriegsordnung als Kriegsverbrechen aus. Beide Punkte blieben jedoch bei den Prozessen unberücksichtigt.
- Vereinzelt wurden strafbare Handlungen zugegeben, die jedoch wiederum teilweise nicht als Kriegsverbrechen zu betrachten sind, sondern durch die ganz besondere Situation im Kampfgebiet bedingt waren.
- Hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe der Nichtamnestierten sollte der Eindruck entstehen, die Betroffenen seien aufgrund international anerkannter Bestimmungen abgeurteilt worden. Es dürften jedoch für die Auswahl rein politische Gesichtspunkte maßgeblich gewesen sein. Zahlreiche Personen hatten nämlich während ihrer Vernehmungen Widerstand geleistet, andere sich bei der Lager-Antifa unbeliebt gemacht, ihre Ablehnung des Regimes bekundet o.a. So spielte anscheinend bei der Verurteilung weniger die Schwere des angeblichen Delikts eine Rolle als vielmehr das gesamte Verhalten während der Gefangenschaft.

Der Bericht endet mit den Worten: »Die Raffiniertheit bei der Auswahl der Gruppe der Nichtamnestierten liegt darin, daß durch die Zusammenstellung einiger weniger Krimineller mit einem Großteil der unschuldig Verurteilten auf diese ein Schatten der von den Erstgenannten verübten Taten fallen soll; die widerstandskräftigsten und eindeutigsten Gegner des Kommunis-

*Rechts:* Mahntafel an der Tübinger Stiftskirche »Wir warten auf Euch«. Sie wurde in dem 1995 im Grabert-Verlag erschienenen Buch Ludwig PETERS, *Wir haben Euch nicht vergessen! Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen* (Grabert, Tübingen 1995) abgedruckt. Inzwischen ist die Tafel entfernt worden und wegen angeblicher Kriegsverbrecher durch die unten stehende ersetzt worden.

mus sollen in den Geruch einer kriminellen Vergangenheit geraten und damit paralysiert werden.«

Im Anschluß wurden dann noch 48 Namen von Personen angegeben, die bereits 1947 in Schauprozessen verurteilt worden waren; drei sind als schon verstorben gekennzeichnet, einer als amnestiert, vier als früher entlassen. Neun von ihnen sollen zum SS-Bewachungspersonal im Konzentrationslager Sachsenhausen gehört haben. Von diesem Personenkreis sind übrigens später von westdeutschen Gerichten aufgrund von Zeugenaussagen noch etwa 12 verurteilt worden - aber nicht wegen Kriegsverbrechen. In Mitteldeutschland wurden noch viele länger inhaftiert oder verurteilt.[8]

Auf Antrag wurden seit 1991 Tausende der als »Kriegsverbrechen von den Sowjets verurteilten rund 3500 deutschen Kriegsgefangenen vom russischen Generalstaatsanwalt rehabilitiert.[9] Will Seelmann-Eggebert

[8] Günther KOWLACZYK, *»749 Schwerst-Verbrecher«, ein Kapitel deutschen Leidens unter Stalin-Justiz* Eigenverlag, Siegburg 2001.

[9] Jan VON FLOCKEN, in: *Focus,* Nr. 49, 1996, S. 98-102; Nachdruck in: *Alte Kameraden,* Nr. 1/2, 1997, S. 10.

# Zum Eisernen Vorhang

In Presse und Literatur wird meist berichtet, daß der Ausdruck »Eiserner Vorhang« (iron curtain) erstmalig vom britischen Kriegspremierminister Winston CHURCHILL Ende August 1945 vor dem Unterhaus gebraucht worden sei, so von Andreas KILB in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung}* Das trifft aber nicht zu, worauf in mehreren anschließenden Leserbriefen verwiesen wurde.

CHURCHILL benutzte die Bezeichnung bereits am 12. Mai 1945 in einem Telegramm an US-Präsident TRUMAN.[2] Aber er war nicht der Erfinder des erst richtig nach seiner Rede vom 5. März 1946 im Westminster College in Fulton, Missouri, zum geflügelten Wort gewordenen Ausspruchs. Schon der deutsche Propagandaminister Joseph GOEBBELS benutzte das Wort in seinem Leitartikel »Das Jahr 2000« in der Wochenzeitschrift *Das Reich* am 25. Februar 1945, als er schrieb: »Vor dem riesigen Territorium des sowjetischen Einflußbereiches würde sich sofort ein Eiserner Vorhang heruntersenken«, wenn Deutschland bedingungslos kapitulieren würde. Bereits in der vorangegangenen Ausgabe von *Das Reich* war am 18. Februar 1945 auf der ersten Seite ein Beitrag unter der Überschrift »Hinter dem Eisernen Vorhang« erschienen.[3]

Auch das scheint nicht die erste Nennung gewesen zu sein. Der Historiker Walter LAQUEUR weist im Vorwort seines Buches *Europa auf dem Weg zur Weltmacht* darauf hin, »daß der Begriff »Eiserner Vorhang«. . . weder von GOEBBELS noch von CHURCHILL geprägt (wurde), wie die meisten Leute glauben. Die älteste Quelle, in der ich ihn gefunden habe, ist Ethel SNOWDONS Buch *Through Bolshevik Russia,* New York und London 1920: >We were behind the ‚iron curtain' at least!««[5]

Davor hätte noch der russische Religionsphilosoph ROSANOW (1856-1919) schon 1918 geschrieben: »Es senkt sich ein eiserner Vorhang auf die russische Geschichte.« Rolf Kosiek

[1] Andreas KILB, in: »Modell Deutschland«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.* 7. 2005; *Das Große Duden-Lexikon in acht Bänden,* Mannheim 1965, bringt: »von CHURCHILL nach 1945 geprägter Ausdruck«.

[2] »Ein Eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht.« WinstonS. CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg.* Sechster Band/ Zweites Buch: *Der Eiserne Vorhang,* Bern 1954, S. 261 f., nach: Klaus PETERS, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 1. 8. 2005.

[3] Hannspeter SCHEIDE, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 31.8.2005.

[4] Walter LAQUEUR, *Europa auf dem Weg zur Weltmacht,* München 1992, Vorwort.

[5] Winfried SCHMAHL, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 31.8.2005.

[6] Wassili Wassil je witsch ROSANOW, *Die Apokalypse unserer Zeit,* 1918, nach: Walter GAUWEILER, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18.8.2005.

# Was am 17. Juni 1953 wirklich geschah

Landläufiger Meinung zufolge war der Aufstand, der im Juni 1953 zahlreiche Städte Mitteldeutschlands erfaßte, eine spontane Aktion von DDR-Arbeitern, die gegen die Erhöhung ihrer Produktionsziele protestierten. Nur: Diese Version der Ereignisse ist lückenhaft. Worum ging es 1953 wirklich?

Walter ULBRICHT im Jahre 1952. Sein Aufruf zum »Aufbau des Sozialismus« führte die DDR-Wirtschaft an den Rand des Ruins.

Man muß sich den historischen Ort der Ereignisse vor Augen führen. Die DDR war erst vier Jahre alt, der Krieg erst acht Jahre vorüber. Noch war die Teilung in vielem provisorisch. Keine Mauer und kein Todesstreifen trennten die junge DDR von der jungen Bundesrepublik. Informationen, Waren und Menschen konnten, gemessen an der Zeit nach 1961, verhältnismäßig ungehindert von hüben nach drüben und umgekehrt gelangen.

In beiden Teilen Deutschlands drängte sich den Menschen der Vergleich der Systeme und der Lebensverhältnisse jeden Tag aufs neue auf. Während im Westen Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in vollem Gange waren, herrschte in der DDR der stalinistische Panzerkommunismus. Ironie der Geschichte ist, daß sich das SED-Regime mit seinen Vorgaben zur ökonomischen Entwicklung der DDR ausgerechnet an den Produktionsziffern des Dritten Reiches ausrichtete. »Noch... 1950, als ULBRICHT in der deutschen Sowjetzone den ersten Fünfjahrplan verkündet«, bemerkt Kurt ZENTNER, »weiß er als Gesamtziel nichts Besseres zu verkünden als die Erreichung des bisher höchsten Lebensstandards in Deutschland, nämlich den des Jahres 1936. Der Lebensstandard unter HITLER als erstrebenswertes Ziel der deutschen

Auslöser des Arbeiteraufstands war ein Streik der Ostberliner Bauarbeiter gegen eine Erhöhung der Arbeitsnormen. Der Streik weitete sich bald zu einem landesweiten Arbeiteraufstand aus. Hier: DDR-Bürger zerreißen am 17. Juni 1953 die rote Fahne vor dem Brandenburger

Kommunisten - ein groteskerer Witz der Geschichte läßt sich kaum denken.«[1]

[1] Kurt ZENTNER, *Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, München 1967, S. 26 f.

Doch die Zahlen des Jahres 1936 wurden in der DDR des Jahres 1953 bei weitem nicht erreicht. Demontagen und Planwirtschaft verhinderten, daß sich das sozialistische Modell als ernsthafte Alternative zur westlichen Marktwirtschaft durchsetzen konnte. Die Unzufriedenheit wuchs.

Als der Aufstand dann im Juni 1953 losbrach und in Windeseile die ganze DDR erfaßte, kippte die Forderung nach Zurücknahme der Sollerhöhungen schnell ins Grundsätzliche um. Fast überall wurden nationale, ja nationalrevolutionäre Losungen laut, wurden der Abzug der Besatzungstruppen, die Wiederherstellung der nationalen Einheit gefordert. In Halle sangen Zehntausende auf dem Hallmarkt das Deutschlandlied, ein »Nationales Komitee Freies Deutschland< bildete sich. In Berlin wurde die Sowjetfahne vom Brandenburger Tor geholt.

Panzer der Roten Armee rückten an der Kreuzung Wilhelmstraße/Leipziger Straße vor. Aus: Hubertus KNABE, *17. Juni 1953*, München 2003.

Neuere Forschungen brachten brisante Einzelheiten über den Hergang des Aufstands vom 17. Juni ans Tageslicht. Dies war möglich, weil in den Jahren nach der Maueröffnung nicht nur die mitteldeutschen Archive, sondern auch Dokumentenbestände in der ehemaligen UdSSR eingesehen werden konnten. Demnach stellt sich die Rollenverteilung im Juni 1953 heute längst nicht mehr so eindeutig dar, wie es die etablierte Geschichtsforschung jahrzehntelang suggerierte: hier die DDR-Bevölkerung, dort SED und Sowjets.

Will man einem Bericht der *Berliner Nachrichten* vom 21. Mai 2003 folgen, war möglicherweise alles ganz anders. Im Archiv der Berliner BIRTHLER-BehÖrde fanden Forscher eine Lageeinschätzung der »Organisation GEHLEN* vom 20. Juni 1953, die kurios anmutet. Es heißt in dem Dokument:

»»Der bisherige Gesamteindruck über die Vorgänge in Ost-Berlin und in der Zone verstärkt die Auffassung, daß es sich um von östlicher Seite inszenierte Aktionen mit dem Ziel handelt, die Wiedervereinigung im großdeut-

Am Rande des 17. Juni. Ein Arbeiter parodiert mit einem abmontierten Ostberliner Grenzschild >Ende des demokratischen Sektors<. Aus: Hubertus KNABE, *17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand,* Propyläen, Berlin 2003.

schen Rahmen.. . ins Rollen zu bringen.« Als erste Phase, vermutet der anonyme Nachrichtendienstler, wurde »offenbar die Ausschaltung des diesen Absichten entgegenwirkenden Moments in Gestalt der bisherigen ostzonalen Politiker ins Auge gefaßt«.

Deutlicher formuliert: Der bundesdeutsche Geheimdienst hielt den >Volksaufstand< in der DDR für eine Inszenierung Moskaus mit dem Ziel, das SED-Regime in Ost-Berlin hinwegzufegen, das sich den sowjetischen Plänen für eine Wiederherstellung der deutschen Einheit »im großdeutschen Rahmen« (!) entgegenstellte. Interessant ist im übrigen, daß diese Einschätzung der Ereignisse nicht nur bei der »Organisation GEHLEN< herrschte, sondern auch von französischen Stellen und der CIA geteilt wurde.

Einmal mehr erscheint vor der Folie dieser hochbrisanten Einzelheiten die **STALIN**-Note vom Jahre 1952 in einem besonderen Licht. Offenbar meinte es Moskau ernst mit der deutschen Einheit. STALIN hatte der Regierung ADENAUER in seiner berühmten Note vom 10. März ein neutrales Gesamtdeutschland mit eigener Armee und freien Wahlen vorgeschlagen. Am 16. März bezeichnete ADENAUER die sowjetische Intitiative als »Fetzen Papier«, eine Haltung, die er während seiner weiteren Amtszeit unzählige Male bekräftigte.

In seinem Willen zur deutschen Teilung war sich das **ULBRICHT**-Regime mit ADENAUER und den Westmächten einig. Es ist durchaus plausibel, daß sich die Moskauer Führung angesichts dieser Konstellation von einer Instrumentalisierung der Bevölkerung mehr versprach als von weiteren diplomatischen Vorstößen, die an der Spalterhaltung der Regierungen beider deutscher Teilstaaten abprallen mußten - eine trügerische Hoffnung, wie man heute weiß. Die ärgsten Feinde ihrer Freiheit sind von jeher die Deutschen selbst.

Karl Richter

# US-Komplizenschaft beim Mauerbau 1961

Der Bau der Mauer quer durch Berlin am 13. August 1961 zur Unterbindung des Flüchtlingsstroms aus Mitteldeutschland in den Westen war für die Weltöffentlichkeit und insbesondere für die Deutschen ein Schock. Die »westlichen Schutzmächte« griffen zunächst nicht ein, unternahmen auch später nichts gegen den Mauerbau. US-Präsident KENNEDY kam rund zwei Jahre später, am 26. Juni 1963, nach West-Berlin, erklärte: »Ich bin ein Berliner!« und ließ sich als Beschützer feiern. Die US-Politiker erweckten den Eindruck, gegen die Mauer eingestellt und von der SED-Maßnahme vollkommen überrascht zu sein. Noch am 9. August 1976 antwortete Kenneth P. O'DONNELL, der als enger Mitarbeiter KENNEDYS diesem die Nachricht vom Mauerbau überbracht hatte, in der Fernsehsendung »Kennzeichen D« auf eine entsprechende Frage: »Und wir wußten nichts davon. Das bedeutet, unsere Geheimdienste und die aller anderen westlichen Staaten waren nicht besonders gut, und als ich mit KENNEDY darüber sprach, war er sehr aufgebracht.«

Doch das war reine Heuchelei. In Wirklichkeit gab es 1961 eine ausgesprochene Komplizenschaft Washingtons mit Moskau, und man wußte in den westlichen Hauptstädten durchaus Tage vorher Bescheid. Man hatte sogar praktisch den Sowjets grünes Licht für den Mauerbau gegeben.

Denn kurz vorher hatte am 30. Juli 1961 der demokratische US-Senator FULBRIGHT, der zu den linksliberalen Kreisen der USA gehörte, die die Politik des Weißen Hauses entscheidend beeinflußten, erklärt: »Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schließen, denn ich glaube, sie haben ein Recht dazu.«

Das war mehr als ein Wink an Moskau, daß der auf dem vorangegangenen Treffen mit dem brutal fordernden CHRUSCHTSCHOW am 3,/4, Juni 1961 in

John F. KENNEDY am 26. Juni 1963 in West-Berlin.

Wien eingeschüchterte KENNEDY, der erst seit Januar 1961 im Präsidentenamt war, nichts gegen eine Abriegelung Ost-Berlins unternehmen werde. Dazu kam KENNEDYS Rede vom 25. Juli 1961 mit dem Rückzug auf die drei »essentials« (wesentliche Sachen) für Berlin: Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin, ihr ungestörtes Zugangsrecht dorthin, die Sicherheit und Freiheit der West-Berliner. Damit war dem Osten freie Hand auf dem Gebiet Ost-Berlins und Mitteldeutschlands eingeräumt worden.

1965 veröffentlichte der Politikwissenschaftler Arthur M. SCHLESINGER, einer der engsten Berater KENNEDYS, seine Erinnerungen an die Tage des Mauerbaus 1961.[1] Darin wird berichtet, daß um die Zeit der oben zitierten **FuLBRiGHT**-Äußerung der US-Präsident selbst zu seinem Sonderberater Walt ROSTOW erklärt habe, CHRUSCHTSCHOW müsse sehr bald etwas gegen die Massenflucht aus der Sowjetzone über Berlin tun, und die USA würden nichts unternehmen, wenn Moskau und Ost-Berlin solche Schritte ergreifen würden. Diese Haltung KENNEDYS dürfte schnell im Kreml bekannt geworden sein. Mit diesem Wissen beschlossen die Warschauer Pakt-Staaten Anfang August 1961 auf ihrem Treffen in Moskau den Mauerbau.

[1] Ausführlicher Bericht darüber von R. G. EDWARDS, »Mit doppeltem Boden. Zum Bericht Arthur M. SCHLESINGERS über das Entstehen der Mauer«, in: *Schwäbisches Tagblatt*, 27. 8. 1965.

Ost-Berlin leitete dann am 13. August die Abriegelung des Ostteils der Stadt ein. Die Maßnahme begann zunächst sehr zögerlich. Nur sowjetzonale Einheiten wurden vorgeschickt, dazu ohne Munition und mit der Weisung, sich bei Widerstand schnell zurückzuziehen. Die Sowjettruppen blieben im Hintergrund. Erst vier Tage später ging ein amerikanischer Protest in Moskau ein. Es wurde dort bekannt, daß der Westen auch keinerlei wirtschaftliche Sanktionen vorsehen wolle, vielmehr eine solche Maßnahme ausdrücklich als »allzu drastisch« verworfen habe. So wurde die endgültige Teilung Deutschlands für Jahrzehnte im wahrsten Sinne des Wortes mit stillschweigendem Einverständnis der USA »zementiert«.

Allein aus Sorge vor einem neuen Aufstand in der Ostzone und vor Unruhen in West-Berlin und in der Bundesrepublik wurde gleich eine US-Militäreinheit demonstrativ über die Helmstedter Autobahn nach Westberlin verlegt und US-Vizepräsident Lyndon B. JOHNSON am 19. August dorthin geschickt, nicht zum Schutz der West-Berliner, wie diese bei ihrem begeisterten Empfang der US-Panzer in West-Berlin meinten. Der Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz THEDIECK, erklärte, ohne daß ihm widersprochen wurde, daß es Bundeskanzler ADENAUER von den Amerikanern untersagt worden sei, mit JOHNSON nach Berlin zu reisen.[2] Der Bundeskanzler besuchte erst am 22. August 1961 die >Frontstadt<.

[2] Angabe von Friedrich Karl FROMME, »Wie es 1961 zum Mauerbau kam«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. 6. 1982, S. 11.

Wenige Wochen später wurde den Sowjets mitgeteilt, daß die USA die so vollzogene Teilung Deutschlands voll akzeptierten und daß der Kreml irgendwelche wörtlichen Äußerungen mit gegenteiligem Inhalt nicht ernst zu nehmen brauche. Nach SCHLESINGER habe das der finnische Staatspräsident KEKKONEN in Moskau zu übermitteln gehabt, dem KENNEDY folgendes er-

Der Bau der Berliner Mauer. Am 1 3. August 1961 um 2 Uhr morgens fuhren Schützenpanzer an der rund 50 Kilometer langen Sektorengrenze auf, Soldaten der Volksarmee bildeten daraufhin eine lebende Mauer, Arbeitskolonnen rammten Betonpfähle, zogen Stacheldraht und errichteten spanische Reiter.

klärt habe: »Sie müssen die Niedergeschlagenheit bedenken, die durch die Mauer in Westdeutschland hervorgerufen worden ist. Wir wollen nicht, daß sich diese Stimmung durch die Legitimierung des ostdeutschen Regimes noch weiter ausbreitet. Wir würden damit in Westdeutschland einen neuen Nationalismus züchten. Deutschland ist seit 16 Jahren geteilt und wird weiterhin geteilt bleiben. Soll doch die Sowjetunion Deutschland genau so geteilt halten wie jetzt. Aber sie sollte nicht den Versuch machen, uns zu veranlassen, gemeinsam mit ihr die Teilung für Rechtens zu erklären - damit Moskau auf solche Weise unser Bündnis mit den Westdeutschen und deren Bindung an Westeuropa sprengen kann.«

»Das ist genau das«, fügt EDWARDS seiner Besprechung hinzu, »was ein anderer damals einflußreicher amerikanischer »Politologe«, Prof. Hans J. MORGENTHAU, auf einer Tagung in Bologna befürwortet hat: daß die USA mit Worten zur Deutschlandfrage das Gegenteil von dem äußern sollten, was die Deutschlandpolitik Washingtons tatsächlich zum Inhalt habe: Man solle sich in öffentlichen Erklärungen gegen die Teilung Deutschlands wenden, faktisch aber diese Teilung beibehalten. «<

1980 veröffentlichte der amerikanische Historiker CATUDAL als Stipendiat der »Stiftung Volkswagenwerk« ein Buch über KENNEDYS Haltung beim Mauerbau[3] und kam darin zu ähnlichen Ergebnissen. Insbesondere habe der US-Präsident im Sommer 1961 über genügend Informationen verfügt, um daraus auf den bevorstehenden Mauerbau schließen zu können: »Es zeigt sich also, daß Präsident KENNEDY und andere hochrangige US-Offizielle durchaus scharfe Maßnahmen der DDR-Regierung (mit Erlaubnis und Unterstützung der Sowjetunion) gegen den Flüchtlingsstrom nach West-Berlin erwar-

[3] Honore M. CATUDAL, *Kennedy and tbe Berlin WallCrisis.A Case Study in U. J. Decision Making,* Berlin-Verlag Arno Spitz, Berlin 1980; dt.: ders., *Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA,* Berlin-VerlagArno Spitz, Berlin 1981.

teten. Die Unterlagen weisen außerdem aus, daß dieselben Verantwortlichen erkannten, daß die Teilung Berlins - durch Stacheldraht und vielleicht eine Mauer - eine Möglichkeit war. Außerdem enthüllt diese Untersuchung, daß sich >JFK< und seine Berater dafür entschieden, dies hinzunehmen und diese Botschaft - absichtlich oder unabsichtlich - den Russen mitzuteilen.«[4]

Schon im März 1961 hatte sich SED-Chef ULBRICHT bei den Warschauer Pakt-Staaten für einen Mauerbau eingesetzt, für den es in Ost-Berlin seit 1958 Pläne gab, die auch im Westen bekannt waren. Der Bau wurde im März 1961 aber wegen zu großen Risikos noch abgelehnt. Man meinte, die Westmächte würden das nicht dulden. Nach CATUDAL ging es auf direkten Einfluß CHRUSCHTSCHOWS zurück, daß zunächst kein Mauerbau vorgesehen wurde, »bevor nicht mit Genauigkeit auszumachen wäre, wie die Westmächte auf diese Maßnahme reagieren«. Erst FULBRIGHTS oben erwähnte öffentliche Äußerung gab dann grünes Licht. Zur Verminderung des Restrisikos wurde dann die Strategie entwickelt, daß allein DDR-Einheiten teilnahmen, die steh bei westlichem Widerstand in einzelnen Schritten zurückziehen sollten. Sowjettruppen sollten nur um die Stadt herum Stellung beziehen.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß in einem Leserbrief[5] vom August 1981 eine Berlinerin mitteilte, daß einem von ihr auf eine Ost-Berüner Bustour geschickten US-Besucher der Ost-Berliner Führer auf eine Frage nach der Mauer erklärt habe, die DDR habe mit dem Bau der Mauer nichts zu tun gehabt, diese sei vielmehr auf Grund eines Übereinkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gebaut worden.

Auch die vielfachen Behauptungen, die westlichen Geheimdienste seien vom Mauerbau überrascht worden, sind falsch. Richtig ist, daß sie Tage vorher genügend Informationen hatten, die auch ins Weiße Haus gelangten. »Am 9. August - vier Tage vor dem Mauerbau - vermuteten amerikanische Militärs in West-Berlin aufgrund von Agentenberichten über den Transport außergewöhnlich großer Mengen von Baumaterial und Stacheldraht im Raum Berlin, daß dort die Mauer gebaut werde.«[6]

In einem Leserbrief über ein Gespräch mit einem früheren englischen Geheimdienstler wird das bestätigt: »Er erzählte, daß er im britischen Geheimdienst tätig gewesen sei. Zur Zeit des Mauerbaues sei er in Berlin gewesen.

Man habe nicht nur Tage vorher vom Zeitpunkt der Mauer gewußt, sondern darüber hinaus hätten sie zuverlässige Informationen gehabt, daß bei entsprechender Gegenwehr des Westens, etwa beim Auffahren von Panzern, der Mauerbau sofort gestoppt würde. Diese Nachrichten seien absolut zuverlässig gewesen. Er erinnere sich gut, wie deprimiert er und seine Kameraden gewesen seien, als dennoch beim Mauerbau selbst nichts geschehen sei, obwohl die Informationen mit Nachdruck >nach oben« gegeben worden seien.

Dennoch unternahmen unsere Freunde und Verbündeten nichts gegen die »Zementierung« der deutschen Teilung.

Rolf Kosiek

[4] Zitiert aus: CATUDAL, ebenda, nach: Thomas BAUM, »Am 13. August wurden Kennedy und seine Berater keineswegs überrascht«, in: *Die Welt, 12.* 8. 1980.

[5] Anne LOCHNER, Berlin, Leserbrief in: *frankfurter Allgemeine Zeitung,* 29, 8, 1981.

[6] *Deutschland-Journal,* Nr. 9, 1980, s. 8.

[7] Hermann SEGNITZ, Bremen, Leserbrief in: *frankfurter A Ii'gemeine Zeitung,* 1. 9. 1979. Dort auch oben angeführtes Zitat aus »Kennzeichen D«, 9. 8. 1976.

# Die alliierte Umerziehung

Schon während des Zweiten Weltkriegs hatten die Alliierten Vorbereitungen getroffen, die Deutschen nach dem Krieg einer gründlichen und durchgreifenden Umerziehung (>Reeducation<) zu unterwerfen.[1] Diese Umerziehung schloß sich 1945 nahtlos an die während des Krieges im Rahmen der psychologischen Kriegführung besonders vom britischen Geheimdienst durchgeführte »schwarze Propaganda«[2] an und arbeitete wie diese vor allem mit Verfälschungen und Verzerrungen der geschichtlichen Ereignisse.

Die so wissenschaftlich und organisatorisch vorbereitete Umerziehung wurde ab Mai 1945 von den Besatzungsmächten mit der ihnen zur Verfügung stehenden totalen Macht in Deutschland über alle Massenmedien, die Schulen und Hochschulen, die zugelassenen Parteien und Gewerkschaften sowie die Kirchen durchgeführt und sollte den Deutschen eine den Siegern genehme Sicht der Geschichte aufzwingen. Ein erklärtes Umerziehungsziel des britischen Foreign Office war es 1945, »deutsche Mißverständnisse der europäischen Geschichte der letzten 50 Jahre und besonders deren Ursachen, Führung und Folgen der letzten beiden Weltkriege aufzuklären«.[3]

Ein kennzeichnendes Beispiel aus eigenem Erleben 1945 beschrieb der international angesehene Jurist und Völkerrechtler Prof. Dr. Friedrich GRIMM:[4]

»Ich hatte im Mai 1945, wenige Tage nach dem Zusammenbruch, eine denkwürdige Aussprache mit einem bedeutenden Vertreter der Gegenseite. Er stellte sich mir als Universitätsprofessor seines Landes vor, der sich mit mir über die historischen Grundlagen des Krieges unterhalten wollte. Es war ein Gespräch von hohem Niveau, das wir führten. Plötzlich brach er ab, zeigte auf die Flugblätter, die vor mir auf dem Tisch lagen, mit denen wir in den ersten Tagen nach der Kapitulation überschwemmt wurden und die sich hauptsächlich mit den KZ-Greueln beschäftigten: >Was sagen Sie dazu?< so fragte er mich. Ich erwiderte: >Oradour und Buchenwald? Bei mir rennen Sie da offene Türen ein. Ich bin Rechtsanwalt und verurteile das Unrecht, wo ich ihm begegne, am meisten aber, wenn es auf unserer Seite geschieht. Ich weiß jedoch einen Unterschied zu machen zwischen den Tatsachen und dem politischen Gebrauch, den man davon macht. Ich weiß, was Greuelpropaganda ist. Ich habe nach dem ersten Wehkriege alle Veröffentlichungen Ihrer Fachleute über diese Frage gelesen, die Schriften des NoRTHCLlFF-Büros, das Buch des französischen Finanzministers KLOTZ *Vom Krieg zum frieden,* in dem er Schilden, wie man das Märchen von den abgehackten Kinderhänden erfand und welchen Nutzen man daraus zog, die Aufklärungsschriften der Zeitschrift *Crapouillot,* die die Greuelpropaganda von 1870 mit der von 1914/18 vergleicht, und schließlich das klassische Buch von PONSONBY *Die Lüge im Kriege.* Dann wird offenbart, daß man schon im vorigen Kriege Magazine

[1] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen,* Seewald, Stuttgart 1965.

*schwarte Propaganda,* Beck, München 1983.

[3] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, in: Alfons HUEBER (Hg.), *8. Mai 1945 - Ein Tag der Befreiung?,* Hohenrain, Tübingen 1987, S. 264.

[4] Friedrich GRIMM, *Politische Justiz ~ die Krankheit unserer Zeit,* Bonner Universitätsbuchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn 1953, S. 146 ff., Neuauflage: K. W. Schütz, Pr. Oldendorf 1974, S. 146 ff.; ähnlich in: ders., *Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts,* Druffel, Leoni 1961, S. 248 f.

hatte, in denen man künstliche Leichenberge durch Fotomontage mit Puppen zusammenstellte. Diese Bilder wurden verteilt. Dabei war die Unterschrift freigelassen. Sie wurde später je nach Bedarf durch die Propagandazentrale telefonisch aufgegeben.«

Damit zog ich eines der Flugblätter heraus, das angeblich Leichenberge aus den KZs darstellte, und zeigte es meinem Besucher, der mich verdutzt ansah. Ich fuhr fort: >Ich kann mir nicht denken, daß in diesem Kriege, in dem alle Waffen so vervollkommnet wurden, diese geistige Giftwaffe, die den ersten Krieg entschied, vernachlässigt worden sein sollte. Mehr noch, ich weiß es! Ich habe die letzten Monate vor dem Zusammenbruch täglich die Auslandspresse gelesen. Da wurde von einer Zentralstelle aus über die deutschen Greuel berichtet. Das ging nach einem gewissen Turnus. Da kam ein besetztes Gebiet nach dem anderen dran, heute Frankreich, morgen Norwegen, dann Belgien, Dänemark, Holland, Griechenland, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Zunächst waren es Hunderte von Toten in den Konzentrationslagern, dann, wenn 6 Wochen später dasselbe Land wieder dran war, Tausende, dann Zehn-, dann Hunderttausende. Da dachte ich mir: In die Million kann diese Zahleninflation doch nicht gehen!«

Nun griff ich zu einem anderen Flugblatt: >Hier haben Sie die Million!« Da platzte mein Besucher los: >Ich sehe, ich bin an einen Sachkundigen geraten. Nun will ich auch sagen, wer ich bin. Ich bin kein Universitätsprofessor. Ich bin von der Zentrale, von der Sie gesprochen haben. Seit Monaten betreibe ich das, was Sie richtig geschildert haben: Greuelpropaganda - und damit haben wir den totalen Sieg gewonnen.« Ich erwiderte: >Ich weiß, und nun müssen Sie aufhören!« Er entgegnete: »Nein, nun fangen wir erst richtig an! Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was Sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun!< Ich schloß das Gespräch: >Dann werden Sie eine große Verantwortung auf sich laden!«

Was dieser Mann uns angedroht hatte, kam. Das Schlimmste aber war die Verwirrung, die dadurch unter den Deutschen angerichtet wurde. Greuelpropaganda und politische Justiz! Diese Begriffe gehören zusammen.«

Im Gegensatz zu den Verhältnissen nach dem Ersten Weltkrieg, als alle deutschen Politiker und Parteien geschlossen die im Versailler Diktat behauptete Lüge von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zurückwiesen und deutsche wie internationale Wissenschaftler bald diese Zweckbehauptung als unzutreffend erwiesen hatten, fanden die Alliierten 1945 unter den zurückgekehrten Emigranten und in Deutschland genügend Deutsche, besonders auch in den Kirchen, die sich der geschichtsfälschenden Propaganda der Umerziehung zur Verfügung stellten. Auch von deutscher Seite wurde

Deutsche stehen Schlange vor einer Entnazifizierungskommission im amerikanischen Sektor von Berlin. Ohne den begehrten >Persilscheine war ein Leben mit gesicherter Arbeit nahezu unmöglich. Im Öffentlichen Dienst lag die Entlassungsquote bei über 42 Prozent.

nun alles getan, um die deutsche Schuld an den Vorgängen vor 1945 zu betonen, zu vergrößern, um entlastende Dokumente und Tatsachen zu unterdrücken und Richtigstellungen als »Verharmlosung« oder gar »Verherrlichung« des Dritten Reiches anzuprangern und strafrechtlich zu verfolgen.[5] Der im Nachkriegsdeutschland angesehene Tübinger Politologe Prof. Dr. Theodor ESCHENBURG stellte 1960 fest: »Die Erkenntnis von der unbestrittenen (was falsch war, H. W.) und alleinigen Schuld HITLERS ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik«, und er fügte mahnend hinzu, es sei »alles zu unterlassen, was die Glaubwürdigkeit der deutschen Auffassung über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges in Frage stellt«.[6]

Den Gipfel weiterer Wellen der Umerziehung stellten die Kampagne der Vergangenheitsbewältigung zum 8. Mai 1985 mit der geschichtsfälschenden Rede des Bundespräsidenten dar sowie seine, die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse der Zeitgeschichte scharf kritisierende und die deutsche Schuld erneut unterstreichende und hervorhebende Rede vor dem Deutschen Historikertag in Bamberg am 12. Oktober 1988. Neue Höhepunkte, gab es zum 60. Jahrestag der Invasion im Juni 2004 und der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 2005.

Unter dem Vorwand der »Aufklärung' wurde so jahrzehntelang eine einseitige Verbiegung der Geschichte zu Lasten Deutschlands vorgenommen, wobei insbesondere die Allein- und Hauptschuld der Deutschen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und an furchtbaren Kriegsverbrechen zu behaupten und mit zahlreichen Fälschungen zu beweisen und zu vergrößern versucht wurde.

[5] Rolf KOSIEK, *Historikerstreit und Geschichtsrevision*, Grabert, Tübingen 1987, S. 22-29.

[6] Theodor ESCHENBURG, *Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik*, Piper, München 1964, S. 164 f.

Weiterführende Literatur:

Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, »Die Umerziehung der Deutschen«, in: Bernard WILLMS (Hg.), *Handbuch zur Deutschen Nation,* Bd. 1, Hohenrain, Tübingen 1986, S. 361-381.
Armin MÖHLER, »Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung«, in: Bernard WILLMS (Hg.), *Handbuch zur Deutschen Nation,* Bd. 2, Hohenrain, Tübingen 1987, S. 35-107.
Hans Joachim ARNDT, *Die Besiegten von 1945,* Duncker und Humblot, Berlin 1978.
Hellmut DIWALD, *Mut zur Geschichte,* Gustav Lübbe, Bergisch-Gladbach 1983.
Ernst VON SALOMON, *Der Fragebogen,* Rowohlt, Hamburg 1951.
Michael BALFOUR, *Viermächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946,* Droste, Düsseldorf 1959.
Armin MÖHLER, *Der Nasenring,* Heitz und Höffkes, Essen 1989; ders., *Vergangenheitsbewältigung oder wie man den Krieg nochmals verliert* Sinus, Krefeld 1980.
Louis Lucien KLOTZ, *De la Guerre a la Paix* (Vom Krieg zum Frieden), 1923.

⇨ »Über 400 Jahre ist es das Ziel der Außenpolitik Englands gewesen, sich der stärksten, aggressivsten, vorherrschenden Macht auf dem Kontinent entgegenzustellen. .. Die Frage ist nicht, ob es Spanien oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime war. Es hat nichts zu tun mit Herrschern oder Nationen, sondern es richtet sich einfach danach, wer jeweils der stärkste oder möglicherweise der beherrschende... ist.«
Winston S. CHURCHILL, *Memoiren, Weltkrieg II,* Bd. 1, 1952, S. 162 f.

⇨ ».,. da der Raum, in dem sich militärische Operationen entwickeln, außerordentlich weiträumig ist, erscheint es schwierig, eine Methode zu finden, um den bewaffneten Konflikt mit ausschließlich militärischen Mitteln zu lösen. Die politischen Mittel, besonders die Propaganda, gewinnen dadurch erheblich an Bedeutung...
Diese politischen Mittel werden eingesetzt, um die Heere des Feindes zu lähmen, die Kampfkraft seiner Soldaten zu zermürben und die Autorität seiner Generalstäbe zu unterhöhlen. Der gegnerischen Armee wird damit das Rückgrat ihrer gesamten Organisation und auf diese Weise das wesentliche Prinzip ihrer Daseinsberechtigung als »nationale Waffe< gebrochen, nämlich die bedingungslose hierarchische Disziplin. Aus alledem ergibt sich eindeutig, daß die Vorbereitung des Krieges mehr umfassen muß als das, was auf dem rein militärischen Sektor zu geschehen hat... Es kommt vielmehr im gleichen Maße darauf an, auf unserer Seite ein System der politischen Propaganda aufzuziehen, das darauf abgestellt ist, unsere Soldaten zu einer festen Einheit zusammenzuschweißen und ihnen die Bereitschaft mit auf den Weg zu geben, bis zum letzten Atemzug zu kämpfen, mag mit der Heimat auch passieren, was da wolle.«
Sowjetmarschall Nikolai A. BULGANIN, in einer Prüfungsarbeit aus dem Jahre 1945,

# Lizenzpresse

Nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 und der rechtswidrigen, unter unwürdigen Umständen erfolgten Verhaftung der Angehörigen der deutschen Reichsregierung am 23. Mai 1945 wurden Deutsche nicht nur von Leben und Gut >befreit< - es starben in den ersten Jahren nach 1945 mehr Deutsche gewaltsam als in den schlimmen Kriegsjahren -, sondern unter anderem auch von ihrer Presse und allen Massenmedien. Die Sieger aus den westlichen Demokratien schafften zunächst alle demokratischen Rechte für die Deutschen ab gemäß ihrer Devise aus der US-Direktive JCS 1067 vom 23. März 1945: »Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation. Der Zweck ist nicht Unterdrükkung, sondern die Besetzung Deutschlands zum Zwecke der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele.«[1] Zunächst durften gar keine deutschen Zeitungen erscheinen, später nach entsprechender Durchleuchtung[2] der neuen Herausgeber alliiertenhörige Blätter nach Vergabe entsprechender Lizenzen an ausgesuchte und eindeutig instruierte Lizenzträger.[3] Ausgeschlossen vom Lizenzempfang waren ganze Bevölkerungsgruppen, insbesondere ehemalige NSDAP-Mitglieder, Personen, die den Nationalsozialismus oder Militarismus unterstützt hatten, leitende Männer der Wirtschaft, Offiziere, Besitzer von Druckereien, Zeitungsverleger, Journalisten, die nach 1935 als Redakteure oder Mitarbeiter in der deutschen Presse tätig gewesen waren, »reaktionäre Antinazis« wie Großgrundbesitzer und Adelige.[4]

[1] Die Direktive JCS 1067 in: *Jalta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*, Grabert, Tübingen 1985, S. 77-99, insbesondere S. 80.

[2] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Seewald, Stuttgart²1965, S. 138-142.

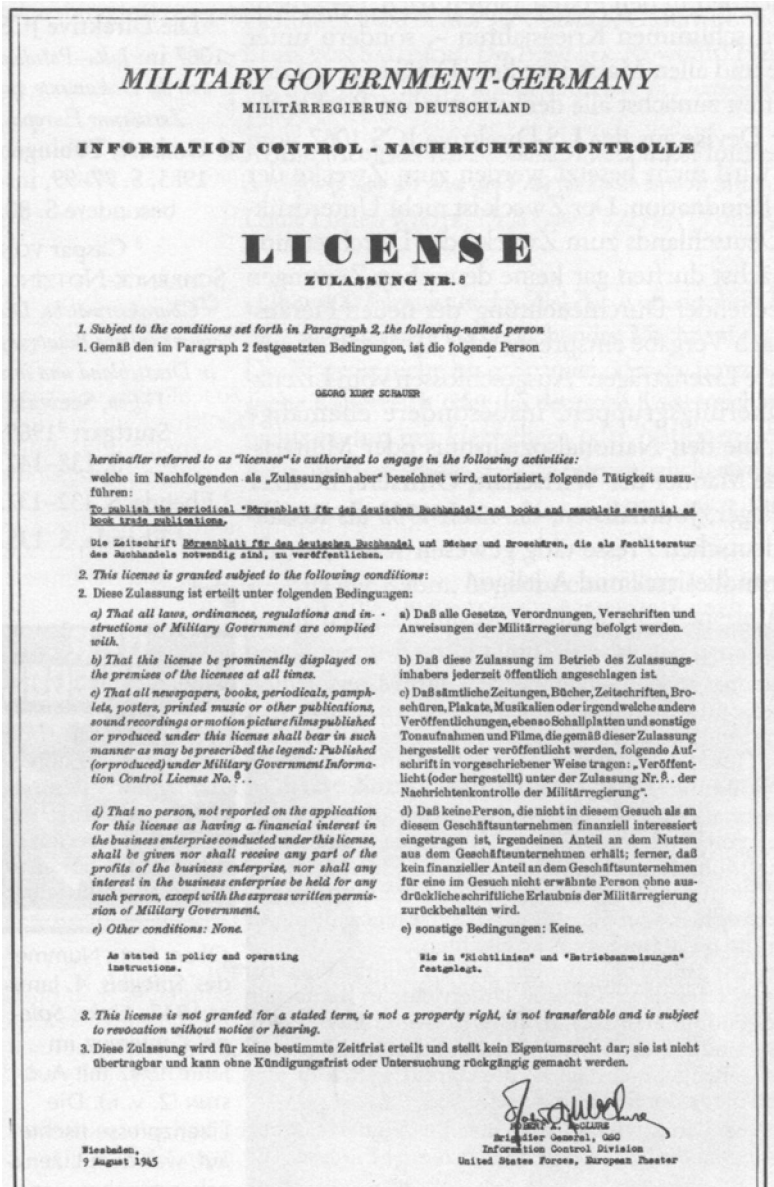
[3] Ebenda, S. 132-137.

[4] Ebenda, S. 135.

Oben; Erste Nummer des *Spiegels,* **4.** Januar **1947.** *Links: Spiegel-Kortierenz* im Jahre **1947** mit **A**UGSTEIN (2. v. r.). Die Lizenzpresse tischte auf, was dem Lizenzgeber genehm war.

Da es in Punkt 3 der Lizenzurkunde hieß: »Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeit erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar; sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht werden«, waren die Lizenzträger völlig vom guten Willen der alliierten Nachrichtenoffiziere abhängig. Und diese entzogen bei Nichtwohlverhalten die Lizenz wieder.

Eine Lizenzurkunde.



MILITARY GOVERNMENT-GERMANY

MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND

INFORMATION CONTROL - NACHRICHTENKONTROLLE

# LICENSE

ZULASSUNG NR. 8

*1. Subject to the conditions set forth in Paragraph 2, the following-named person*

1. Gemäß den im Paragraph 2 festgesetzten Bedingungen, ist die folgende Person

GEORG KURT SCHAUER

*hereinafter referred to as "licensee" is authorized to engage in the following activities:*

welche im Nachfolgenden als „Zulassungsinhaber" bezeichnet wird, autorisiert, folgende Tätigkeit auszuführen:

To publish the periodical "Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" and books and pamphlets essential as book trade publications.

Die Zeitschrift Börsenblatt für den deutschen Buchhandel und Bücher und Broschüren, die als Fachliteratur des Buchhandels notwendig sind, zu veröffentlichen.

*2. This license is granted subject to the following conditions:*

2. Diese Zulassung ist erteilt unter folgenden Bedingungen:

*a) That all laws, ordinances, regulations and instructions of Military Government are complied with.*

a) Daß alle Gesetze, Verordnungen, Verschriften und Anweisungen der Militärregierung befolgt werden.

*b) That this license be prominently displayed on the premises of the licensee at all times.*

b) Daß diese Zulassung im Betrieb des Zulassungsinhabers jederzeit öffentlich angeschlagen ist.

*c) That all newspapers, books, periodicals, pamphlets, posters, printed music or other publications, sound recordings or motion picture films published or produced under this license shall bear in such manner as may be prescribed the legend: Published (or produced) under Military Government Information Control License No. 8..*

c) Daß sämtliche Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Musikalien oder irgendwelche andere Veröffentlichungen, ebenso Schallplatten und sonstige Tonaufnahmen und Filme, die gemäß dieser Zulassung hergestellt oder veröffentlicht werden, folgende Aufschrift in vorgeschriebener Weise tragen: „Veröffentlicht (oder hergestellt) unter der Zulassung Nr. 8.. der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung".

*d) That no person, not reported on the application for this license as having a financial interest in the business enterprise conducted under this license, shall be given nor shall receive any part of the profits of the business enterprise, nor shall any interest in the business enterprise be held for any such person, except with the express written permission of Military Government.*

d) Daß keine Person, die nicht in diesem Gesuch als an diesem Geschäftsunternehmen finanziell interessiert eingetragen ist, irgendeinen Anteil an dem Nutzen aus dem Geschäftsunternehmen erhält; ferner, daß kein finanzieller Anteil an dem Geschäftsunternehmen für eine im Gesuch nicht erwähnte Person ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubnis der Militärregierung zurückbehalten wird.

*e) Other conditions: None.*

e) sonstige Bedingungen: Keine.

As stated in policy and operating instructions.

Wie in "Richtlinien" und "Betriebsanweisungen" festgelegt.

*3. This license is not granted for a stated term, is not a property right, is not transferable and is subject to revocation without notice or hearing.*

3. Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeitfrist erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar; sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht werden.

ROBERT A. McCLURE
Brigadier General, GSC
Information Control Division
United States Forces, European Theater

Wiesbaden,
9 August 1945

Die alliierte Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1 vom Sommer 1945 bestimmte, daß alle Einnahmen aus der Zeitung nach Abzug der Geschäftsunkosten persönliches Eigentum der eingesetzten Lizenzträger seien. »Die Lizenz prämiierte also ein über einige Jahre durchgehaltenes Wohlverhalten, das sich nach den verschiedenen Wendungen der amerikanischen Politik richten mußte. Die Lizenzurkunde war ein Wertpapier, das bei Nichtwohlverhalten nichts, bei Wohlverhalten bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges mehrere Millionen DM wert war.«[5] Alle großen westdeutschen Zeitungen gehen auf solche Lizenzträger zurück, die nicht nur an vorderster Front der Umerziehung standen, sondern dadurch auch zu Millionären wurden. Ein Beispiel für solch eine Lizenzurkunde ist nebenstehend abgedruckt.*

[5] Ebenda, S. 134.

[6] *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Nr. 39, 16.5.1997,5. 66.

# Meinungsfreiheit in Deutschland heute

## Dichtung und Wahrheit in der BRD und in Österreich

Jeder kann entsprechend unserer Verfassung reden und schreiben, was er will... Wenn von Zensur geredet werden kann, dann allenfalls von einer Verhinderung des Disqualifizierten.« Mit dieser Behauptung versuchte 1996 ein Professor für Buch- und Verlagswesen in München zu belegen, daß von Textzensur in der BRD nicht die Rede sein könne. Auch der Politologe Hans-Adolf JACOBSEN meinte, die Existenz großzügiger Meinungsäußerungsfreiheit in der BRD mit dem Hinweis belegen zu können: »Nach wie vor gibt es in Deutschland für fast jede Richtung ein Organ, in dem u. a. die unsinnigsten Behauptungen aufgestellt werden können.«[1]

[1] Beide Schriftstücke liegen dem Verfasser vor.

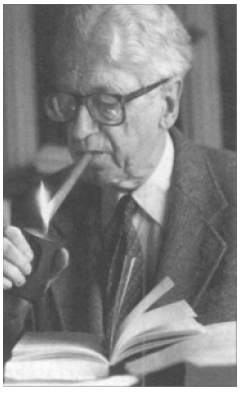
Das mag zwar stimmen, doch kann dieser Umstand nicht als Indikator für den Grad der wirklich bestehenden Meinungsäußerungsfreiheit gelten. Um diesen messen zu können, geht es nicht darum, ob Bürger den größten Unsinn sagen und den dämlichsten Schwachsinn schreiben dürfen, Meinungsäußerungsfreiheit ist durch den Grad gekennzeichnet, Inwieweit es für Bürger möglich ist, eine kritische Haltung gegenüber anderen Meinungen - auch und erst recht gegenüber der gängigen Lehrmeinung oder der veröffentlichten Meinung - vertreten und frei äußern zu können, ohne dafür Repressalien ausgesetzt zu sein. »Wer apologetische Reden auf die Staatsgewalt hält, bedarf keines Schutzes. Er ist nicht bedroht. Bedroht ist nur der Opponent. Als Freiheit der »Andersdenkenden« erst hat politische Freiheit, hat Meinungsäußerungsfreiheit, ihre Bedeutung. Als solche ist sie historisch erkämpft worden: von politischen Minderheiten, von Oppositionellen.«[2]

[2] Gode HARTMANN, »Meinungsfreiheit - ein Grundrecht der Affirmation?«, in: Joachim PERELS (Hg.), *Grundrechte als Fundament der Demokratie*, Frankfurt/M. 1979, S. H1.

Art. 5 des bundesdeutschen Grundgesetzes (GG) besagt unter anderem, daß jeder das Recht habe, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten, und daß die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet würden. Eine Zensur finde nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre seien frei. In der Praxis sehen diese Garantien jedoch anders aus. Der Verfasser ging den Ursachen hierfür nach und stellte in seinem Buch *Sind Gedanken noch frei}* ([2]2001) die These auf, daß die demokratische Grundordnung der BRD im wesentlichen von zwei Grundprinzipien - der Doktrin von der doppelten Kollektivschuld - gekennzeichnet sei:

- erstens von der Anerkennung der alleinigen Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und
- zweitens von der Anerkennung der millionenfachen Ermordung größtenteils rassisch Verfolgter während des Dritten Reiches.

Diese beiden Prinzipien genießen in der BRD den Status historischer Tatsachen und der Offenkundigkeit. Sie in Zweifel zu ziehen kann strafrechtliche Folgen haben. Dies gilt ebenso für Österreich, wo eine solche Kritik gar als nationalsozialistische Wiederbetätigung bestraft werden kann.



Theodor ESCHENBURG.

Das Dogma der doppelten Kollektivschuld ist seit Bestehen der BRD von ihren Repräsentanten immer wieder bestätigt und manifestiert worden. Der Politikwissenschaftler Theodor ESCHENBURG beispielsweise hat die Grundlage, auf der der westdeutsche Staat nach dem Krieg aufgebaut worden ist, 1964 wie folgt formuliert: »Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld HITLERS ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik.« Auch der 1938 nach Britannien emigrierte Publizist Sebastian HAFFNER, der als eindringlicher Befürworter der deutschen Teilung maßgeblich an der Umerziehung des deutschen Volkes beteiligt gewesen war, teilte diese Ansicht. Wer am heutigen Status quo (gemeint war das als volkspädagogisch wertvoll erachtete Geschichtsbild der »Offenkundigkeit«) rüttele, der bedrohe, HAFFNER zufolge, gar die Grundlagen des europäischen Friedens. In seiner Bundestagsrede vom 9. November 1988 bekannte Bundestagspräsident Philipp JENNINGER, daß sich alle politischen Fragen in der BRD »im vollen Bewußtsein um Auschwitz« drehten. Der ehemalige Landgerichtspräsident Rudolf WASSERMANN sekundierte 1994: »Wer die Wahrheit über die nationalsozialistischen Vernichtungslager leugnet, gibt die Grundlagen preis, auf denen die Bundesrepublik Deutschland errichtet worden ist. .. Wer Auschwitz leugnet, greift nicht nur die Menschenwürde der Juden an, der rüttelt auch an den Grundfesten des Selbstverständnisses dieser Gesellschaft.«[3]

[3] Alle Zitate in: Claus NORDBRUCH, *Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland*, München J2001, S.41 f.

Dieses Fundament, auf dem die BRD aufgebaut ist, ist längst zum Dogma erhoben worden und mittlerweile der wesentliche Faktor für die Entscheidung, ob eine Meinung hierzulande frei vertretbar, sprich strafrechtlich nicht bedeutsam ist, oder aber ob sie eben gegen diese beiden Grundprinzipien verstößt und somit nicht unter den Schutz der Meinungsfreiheit fällt. Eine wesentliche Rolle spielen hierbei die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« und die Ämter für Verfassungsschutz sowie gesetzliche Vorschriften, die im Strafgesetzbuch festgehalten sind. Über »historisch gesicherte Tatsachen« müsse man nicht diskutieren. Man darf allerdings auch nicht über sie diskutieren, wenn man sich nicht dem Verdacht der Verharmlosung, Aufrechnung, Relativierung, Leugnung usw. aussetzen will. Sie seien »offenkundig« und müßten deshalb nicht weiter bewiesen werden (vgl. Beitrag Nr. 430, »Zur »Offenkundigkeit des Holocaust««).

Meinungen, die der Lehrmeinung zuwiderlaufen und damit dem Interesse der Macher in Politik und Kultur in der BRD und in Österreich widersprechen, werden gemeinhin als »pseudowissenschaftlich«, »jugendgefährdend« oder gar »volksverhetzend« verunglimpft. Um eine gesetzliche Handhabe gegen diese Art Kritiker, Oppositionelle und Dissidenten zu haben, mußte

das Fundament gesetzlich abgesichert werden. Im April 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht endgültig, daß diejenigen, die die »Auschwitz-Lüge«, also das systematische Vergasen von Millionen Juden während des Dritten Reiches, in Frage stellen, durch die grundgesetzlich garantierte Meinungs-(äußerungs) freihe it nicht länger geschützt würden. Die nach Amnesty International zweitgrößte Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, kommentierte diesen Entscheid mit den Worten: »The court's ruling appeared to restrict unduly the protected right to free speech and expression.«[4] (Das Gericht scheint das geschützte Recht auf Redefreiheit und Meinungsäußerung auf übertriebene (!) Art und Weise eingeschränkt zu haben.) Als direkte Folge des oben genannten Entscheides stimmte der Bundestag am 20. Mai 1994 einem >Ausch witz-Lügen-Gesetz< zu, in dem für den § 130 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs (StGB) ausdrücklich festgelegt wird: »Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in 20a Abs. 1 [>Völkermord<] bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.« Diese fragwürdige Gesetzgebung stieß auf heftige Kritik.

[4] Human Rights Watch (Hg.), *Human Rights Watch World Report 1995. Events of 1994*, New York 1995, S. 209.

In einem bemerkenswerten Leserbrief in der *Welt v*om 4. November 1994 hieß es mit großem Recht: »Kein Ernstzunehmender bezweifelt, daß Juden im Dritten Reich verfolgt wurden. Wer sich mit diesem Thema auseinandersetzt, muß in einem Rechtsstaat aber doch wohl untersuchen dürfen, was glaubwürdig, was unglaubwürdig und was gar technisch unmöglich ist. Wenn Gesetze die historische Forschung zu diesem Komplex verbieten, wenn Sachverständige bei Strafandrohung nicht aussagen dürfen, dann kommt man doch zwangsläufig zu der Vermutung, daß an den Deutschland so schwer belastenden Beschuldigungen vieles nicht der Nachprüfung standhalten würde.«

Der liberale Publizist Horst MEIER, der sich in der Vergangenheit schon öfters öffentlich für die Meinungsäußerungsfreiheit des politisch Andersdenkenden eingesetzt hatte, verurteilte das >Auschwitz-Lügen-Gesetz< scharf. In der *tageszeitung* bezeichnete er »die Verknüpfung von Geschichtspolitik und Gewaltmonopol« als »Armutszeugnis für die Demokratie«. In seiner umfangreichen Stellungnahme hob MEER hervor, daß die Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen »die politische Freiheit potentiell aller zur Disposition gestellt und das demokratische Selbstbewußtsein korrumpiert« habe.[5]

[5] Zitiert nach: *Junge Freiheit*, 16. 12. 1994.

Max GÜDE, ehemaliger Generalbundesanwalt und CDU-Bundestagsabgeordneter, hielt das politische Strafrecht für nicht ungefährlich. Ihm zufolge kann es nicht darauf ankommen, durch hohe Strafmaßnahmen eine fragwürdige Abschreckungswirkung zu erzielen, sondern daß es vielmehr auf die viel wichtigere Zustimmungswirkung im täglichen Plebiszit der öffentlichen Meinung, sprich des rechtschaffenden Bürgers, ankomme.[6] Selbst der *Süddeutschen Zeitung* waren die durch das Gesetz bewirkten erheblichen Einschrän-

[6] Vgl. Max GÜDE, »Die Verwirrung unseres Staatsschutzrechtes«, in: Max GÜDE (U. a.), *Zur Verfassung unserer Demokratie*, Rowohlt, Reinbek 1978, S. 28.

kungen der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit nicht verborgen geblieben. Am 8. Oktober 1998 stellte sie fest, daß das Bundesverfassungsgericht hervorgehoben habe, daß »nicht nur wertvolle, sondern auch falsche, ja verwerfliche Meinungen geschützt« seien. »In der Tat wäre es absurd, wenn der Staat festschriebe, für welche Meinungen die Meinungsfreiheit gilt. Genau dies tut er aber im neuen Paragraphen 130 III StGB. Der Gesetzgeber gibt historische Tatsachen wieder und verbietet bei Strafe nicht nur, sie zu leugnen, sondern auch, sie anders zu bewerten, nämlich zu verharmlosen... Wer aber mit dem Strafrecht kommt, begeht einen gefährlichen Weg. Er gefährdet die geistige Freiheit.«

Gottfried DIETZE, Menschenrechtler an der John Hopkins-Universität, meinte, daß sich der Paragraph 130 des deutschen Strafgesetzbuches gegen die »gehegte und gepflegte rechtliche Beschützung der Meinungsäußerung stellt und damit den Rahmen des allgemein Anerkannten mißachtet«. Der Professor warf auf diesen Gedanken hin die Frage auf, »ob er auch aus dem Rahmen des Grundgesetzes fällt und als verfassungswidrig erklärt werden muß. Die Schaffung des Grundgesetzes war eine begrüßenswerte Entscheidung gegen den nationalsozialistischen Machtstaat. Damalige Bemühungen, einen Rückfall in eine Diktatur zu verhindern, sind verständlich, auch wenn sie Grundrechte diesbezüglich beschränkten. Ob angesichts der Tatsache, daß die Gefahr eines solchen Rückfalls nicht besteht, fast ein halbes Jahrhundert danach eine Bestimmung wie die des Paragraphen 130 StGB gerechtfertigt ist, ist zweifelhaft, und ich möchte das verneinen«.[7]

Der >Wahrheitsparagraph<, wie § 130 StGB im Volksmund auch genannt wird, bedeutet nichts weniger als die staatliche Beschneidung geistiger Auseinandersetzung und behindert damit die freie politische Willensbildung, was einem freiheitlichen Staat unwürdig ist, da er ihn *ad absurdum* führt. Die in zunehmendem Maße verabschiedeten und angewandten Sondergesetze - die aufgrund von Meinungsäußerungen zum Beispiel Autoren, Redakteure Journalisten, Verleger oder Wissenschaftler einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen - sind als eindeutige Belege für die einseitige Beschneidung der Presse-, Meinungsäußerungs- und Wissenschaftsfreiheit in der BRD anzusehen.

Viele anerkannte Juristen haben die Absurdität dieses Zustandes scharf kritisiert. Stefan HUSTER beispielsweise legte in der *Neuen Juristischen Wochenschrift* überzeugend dar, daß § 130 Abs. 3 StGB mit Art. 5 Abs. IGG unvereinbar sei: »§ 130 Abs. 3 StGB stellt ersichtlich geradezu den Musterfall einer Norm dar, die auf diese (vom Bundesverfassungsgericht näher bestimmte) Weise gegen eine bestimmte inhaltliche Meinung gerichtet ist.« Günter BERTRAM legte in der gleichen Fachzeitschrift eindeutig dar, daß § 130 StGB »irreguläres Ausnahmestrafrecht« beinhalte und damit zu Verfassungsrecht und Meinungsfreiheit »im Widerspruch« stehe.[8] Der Wiener Rechtsgelehrte Richard SOYER erklärte im Januar 2006 im Zuge der Gerichtsverhandlung um

[7] Gottfried DIETZE, »Ein Schritt zurück in polizeistaatliche Intoleranz«, in: *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung*, Nr. 3, 1998, S. 221.

[8] Vgl. Günter BERTRAM, »Der Rechtsstaat und seine Volksverhetzungs-Novelle«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Nr. 21,2005, S. 1476.

den wohl berühmtesten Historiker der Welt, David IRVING, daß die Strafandrohungen für nationalsozialistische Wiederbetätigung viel höher als jene für vergleichbare Delikte im Strafgesetzbuch und damit zu hoch seien: »Auch ich zähle mich zu jenen, die einer symbolischen und/oder die Gesinnung sanktionierenden Strafgesetzgebung nichts abgewinnen können. Unsere (antifaschistische) Verfassung will ja gelebt werden. Denk- und auch Sprechverbote lehne ich grundsätzlich ab. Eine andere Sache aber sind (neo-)nationalsozialistisch motivierte kriminelle Handlungen im »klassischen« Sinn. Deren sondergesetzliche Ausgestaltung im Verbotsgesetz hat gute historische Gründe, die für mich weiterhin aktuell sind… Daß hier auch die (NS-)Gesinnung zur Aburteilung gelangt, ist nicht zu beanstanden… Die mit der Verbotsgesetz (VG, C. N.)-Novelle 1992 durchgeführte Heraushebung der >Auschwitz-Lüge<-Behauptung aus dem >alten< § 3g VG und die Einführung der neuen Strafbestimmung des § 3h VG (ohne daß ein Wiederbetätigungsvorsatz nachgewiesen werden muß) erscheint angesichts der Strafdrohung von einem bis zu zehn Jahren nicht als optimale Lösung.«[9]

[9] Richard SOYER, »Verbotsgesetz: Strafrahmen senken«, in: *Die Presse*, 9. 1. 2006.

Eine freie öffentliche Debatte über diese, ja keineswegs nur die deutsche, sondern die gesamte Weltpolitik der Nachkriegszeit bestimmende Themen Kriegsschuld und Judenverfolgung ist unter diesen Umständen jedoch nicht möglich, obgleich eine solche dringend notwendig wäre und in jedem anderen Bereich der Forschung und allen anderen wissenschaftlichen Disziplinen außer der Geschichte eine Selbstverständlichkeit ist. Gerade bei diesem Thema jedoch werden weit weniger Historiker als viel mehr Kriminologen und Richter bemüht. Das Problem ist, daß vor allem bezüglich der sogenannten Holocaustforschung die grundsätzlichen Merkmale, die einen freiheitlichen Rechtsstaat ausmachen, nicht existieren. Statt dessen werden die Strafgesetze beansprucht.

Das Dogma der Doppelkollektivschuld beschneidet nicht nur die Geistesfreiheit, sondern kennzeichnet die gesamte bundesdeutsche Innenpolitik durch einseitiges Engagement. Unterdrückende Maßnahmen werden nicht etwa gegen Extremismus im allgemeinen und tatsächlichen Sinne «griffen, sondern in der Regel gegen Politik, Publizistik und Kultur von >rechts<. Das Deutsche Rote Kreuz beispielsweise gibt ebenso wie das Jugendinformationszentrum München eine Broschüre *Recht gegen Rechts* heraus. Beide verweisen in ihren unsachlichen Pamphleten auf einschlägige Organisationen und Behörden wie das > European Network Against Racism« in Brüssel, das Informations- und Dokumentationszentrum gegen Rassismus in Düsseldorf, die Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften in Bonn und den sogenannten Verfassungsschutz. Die hierzulande praktizierte Einseitigkeit politischer Agitation spiegelt sich nicht zuletzt gerade in der Selbstdarstellung dieses umstrittenen Inlandsgeheimdienstes wider: *Gemeinsam stark gegen Rechtsextremismus,* so lautet der unmißverständliche Titel einer Broschüre des Landesamtes

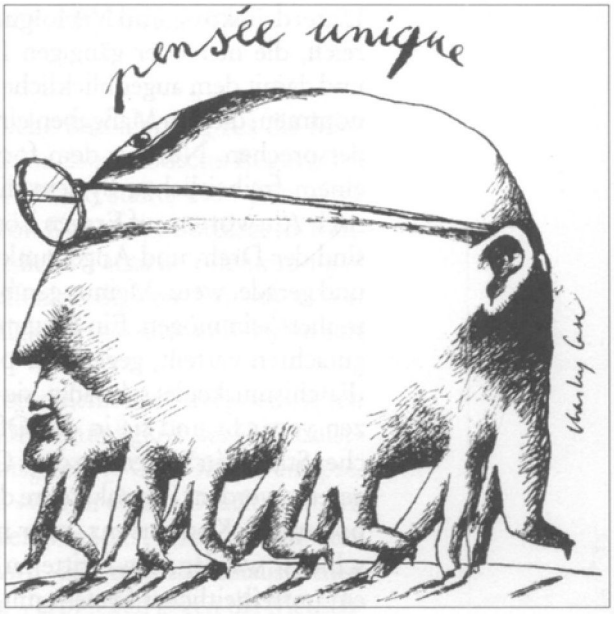
für Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz. Das Bundesamt für Verfassungsschutz mahnt auf seiner offiziellen Seite im Internet *Geh Rechtsextremisten nicht ins N e t z* das Landesamt für Nordrhein-Westfalen bewirbt in seinen Publikationen (seit seinem »Bericht« 2000 sogar auf der Umschlagseite) eine Internetseite mit Namen *Nordrhein- Westfalen gegen rechts,* das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg führt auf den Titelseiten seiner Verfassungsschutzberichte fast ausschließlich Fotos von vermeintlichen »Rechtsradikalen« und von angeblich »rechtsextremistischen« Publikationen. *Demokratie ist verletzlich* nennt sich eine vom Bundesamt für Verfassungsschutz herausgegebene Broschüre, die sich ausnahmslos mit »Rechtsextremismus in Deutschland« befaßt. In vielen Fällen versucht die Obrigkeit gar nicht mehr, ihre einseitige Ausrichtung zu verstecken; sie propagiert sie mittlerweile sogar: Die geheimdiensteigene Internet **Seite** *www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de* mit dem bezeichnenden Titel *Für Demokratie und Toleranz — Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkei* preist sich als ein »Informationsangebot« der Verfassungsschutzbehörden an. Eine Informationsseite des Verfassungsschutzes gegen »Linksextremismus« sucht man indes vergebens.

»Der Ausdruck >Hexenjagd< trifft den Nagel auf den Kopf. Die neue Zensur hat nämlich eine religiöse Dimension, da es eines ihrer Hauptmerkmale ist, vor allem moralische Zensur zu sein... Nun kann ein Dogma aber nicht dulden, in Frage gestellt zu werden. Seine Verkündigung zieht also die Disqualifizierung und den Ausschluß des >Schlechtdenkenden< nach sich.« (Alain **DE BENOIST**, in: *Schöne vernetzte Welt,* Hohenrain, Tübingen 2001, S. 188).

In einem freiheitlichen Rechtsstaat ist es Grundvoraussetzung, daß Forschung und Wissenschaft frei sind, ebenso wie der Zugang zu Information frei und das Recht, seine Meinung zu äußern, gewährleistet sein müssen - ansonsten ist der Staat eben weder rechtsstaatlich noch freiheitlich. Jedem Wissenschaftler muß die Freiheit zugestanden werden, frei zu entscheiden, worauf er sein Augenmerk richtet. Alle Informationsquellen haben ihm frei zugänglich zu sein. Für seine Schlußfolgerungen hat er sich in der Regel lediglich gegenüber seinen Fachkollegen zu rechtfertigen, nicht aber gegenüber Funktionären von Parteien oder Zentralräten. Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß es zur ureigenen Freiheit von Wissenschaft und Forschung gehört, »daß auch Ansätze vertreten werden dürfen, die dem herrschenden Paradigma deutlich widersprechen. Ohne diese Freiheit könnte es keine Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis geben«.[10] Dieser Grundsatz erstreckt sich auf alle Fakultäten und alle Forschungsgebiete. Es werden von Forschern ständig neue Entdeckungen gemacht, und ebenso ständig kommen Wissenschaftler zu neuen Erkenntnissen. Zu Beginn seiner Untersuchung bezweifelt oder überprüft der Forscher eingehend die bestehende Ausgangslage und die bisherigen Erkenntnisse, Entdeckungen und Forschungsergebnisse. Während dieses wissenschaftlichen Prozesses gelangt er vielleicht zu neuen Schlüssen, die die bisherigen Erkenntnisse korrigieren und gegebenenfalls bislang bestehende Lehren ersetzen. Wissenschaftliche Forschung kann gar nicht auf andere Weise betrieben werden, als vorgegebene Voraussetzungen kritisch zu untersuchen und Ergebnisse nicht vorwegzunehmen. Nur auf diese Weise hat Forschung den geistigen Erkenntnisbereich des Menschen erweitert.

[10] Arne **HOFFMANN**, *Warum Hohmann geht und Friedman bleibt, Antisemitismusdebatten in Deutschland von Möllemann bis Walser,* Schnellroda 2005, S. 207.

Die Meinungsfreiheit ist »das höchste Gut der Bürger einer freien Gesellschaft; der Grad der Einschränkung der Meinungsfreiheit markiert den Grad der Entmündigung«.[11] Aus diesem Grund muß erkannt werden, daß das fundamentale Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, in dem Informations-, Wissenschafts- und Pressefreiheit wesentliche Schwerpunkte bilden, in der BRD und in Österreich zwar theoretisch garantiert, in der Wirklichkeit jedoch nicht besteht. Dazu kommt der die Meinungsvielfalt vernichtende Umstand, daß die maßgeblichen Meinungsfabriken mehr oder weniger in einer Hand sind oder einer Interessengruppe dienen, Der bekannte Hollywood-Regisseur Mike Nichols *(Wer bat Angst vor Virgina Woolfl Die Reifeprüfung, Mit aller Macbt)* hatte diesen Umstand sogar auf die gesamte Welt bezogen und Ende der neunziger Jahre erklärt: »Eine Handvoll Menschen kontrolliert die Medien der Welt. Derzeit sind es etwa noch sechs solcher Menschen, bald werden es nur noch vier sein - und sie werden dann alles umfassen: alle Zeitungen, alle Magazine, alle Filme, alles Fernsehen. Es gab einmal eine Zeit, da gab es verschiedene Meinungen, Haltungen in den Medien. Heute gibt es nur noch eine Meinung, die zu formen vier, fünf Tage dauert - dann ist es jedermanns Meinung.«[12]




»Pensée unique = Einheitsdenken«. Im Zeitalter des Globalismus sind Pluralismus und Andersdenken fehl am Platz. Jedes Abdriften wird von der Gedankenpotizei aufgespürt und bestraft.

In Verbindung mit der in der BRD wirklich bestehenden Meinungsfreiheit sprach Michael NEIBACH, Bundesschatzmeister des Freien Deutschen Autoren Verbandes, des zweitgrößten deutschen Schriftstellerverbandes, schlicht von »Meinungsterror«. Seiner Ansicht nach werden die wirklichen nationalen Probleme derart massiv unter Tabuschutz gestellt, daß man nur noch von Regierungskriminalität sprechen könne. Gewiß werde noch kein Andersdenkender umgebracht, mindestens aber beschattet, beobachtet, registriert, steuerrechtlich observiert, in großen und kleinen Lauschangriffen entwürdigt und durch Rasterfahndung in die private Nische getrieben.[13] Die

[11] Karl-Hermann FLACH, »Keine Freiheit ohne Pressefreiheit«, in: Ottheinrich HESTERMANN (Hg.), *Presse und Pressewesen*, Stuttgart 1993, S. 11.

[12] »Herr über das Denken der Masse«, in: *Zeitenscbrift*, Nr. 22/1999.

[u] Vgl. Michael NEIBACH in einem Brief an den Verfasser vom 15. 4. 1996. Faksimileabdruck in: Claus NORDBRUCH, »Geistesfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten zum Fall Germar Rudolf«, in *Vierteljabresbeftefürfreie Geschicbtsfoncbung*, Nr. 2, 2002, S. 206.

Unterdrückung und Verfolgung von Meinungen in der BRD und in Österreich, die nicht der gängigen Lehrmeinung, der veröffentlichten Meinung und damit dem augenblicklichen Zeitgeist entsprechen, haben Formen angenommen, die den Maßgaben eines wirklich demokratischen Rechtsstaats widersprechen. Nur aus dem fortwährenden Streit der Meinungen erwächst einem freiheitlichen System die Fähigkeit, dem immerwährenden Suchen nach Antworten auf Fragen Lösungen folgen zu lassen. Rede und Gegenrede sind der Dreh- und Angelpunkt eines solchen freiheitlichen Systems - auch und gerade, wenn Meinungen bewußt gegensätzlich gehalten und scharf formuliert sein mögen. Ein System aber, das im liberalen Gewande Gesinnungsgutachten verteilt, gegenüber politisch Andersdenkenden moralisierend die »Faschismuskeule' schwingt, sie aus dem Meinungsbildungsprozeß auszugrenzen versucht und sie in der Öffentlichkeit verunglimpft, ist kein freiheitlicher Staat. Ein System, in dem Gesinnungsprüfung und Berufsverbote durchgesetzt werden, Provokateure des Verfassungsschutzes und Denunzianten in potentielle Konkurrenz- oder nicht genehme oppositionelle Parteien eingeschleust werden, um Dritte zu Straftaten zu verführen, ist in Wirklichkeit ein unfreiheitliches System mit totalitären Tendenzen. Claus Nordbruch

»Zur Zeit ist es der Tugendterror der Political Correctness, der freie Rede zum halsbrecherischen Risiko macht.«
Martin WALSER

»Natürlich darf jeder seine Meinung sagen - vorausgesetzt, er vertritt keine deutschen Interessen.« Jürgen SCHWAB

»Der Volksverhetzungsparagraph: Ein hilfloser Versuch, den Historikerstreit mit juristischen Mitteln autoritativ zu entscheiden.«
Horst MEIER *{taz* 5. 2. 1996)

»Die neuen Tugendwächter sind die traurigen Reste und Abkömmlinge der 68er Bewegung, die den langen Marsch durch die Institutionen geschafft haben und jetzt in Zeitungsredaktionen, Parteisekretariaten, Kirchenversammlungen, Seminaren und Institutionen sitzen.«
*Zeitgeistmagazin Wiener* 1996

»Man verbrennt heute keine Ketzer mehr, das ist immerhin ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Zeit Martin LUTHERS.«
Ortwin LOWACK (MdB) 1991.

Der neue Totalitarismus der Political Correctness (Collage von John CRAIG)

# Zur »Offenkundigkeit des Holocaust«

Der Begriff »>Holocaust< ist die gebräuchliche Bezeichnung für die Massenvernichtung von Juden durch das nationalsozialistische Regime im Zweiten Weltkrieg«.[1] Der Bundesgerichtshof (BGH) stellte 1994 fest: »Der Massenmord an Juden in den Gaskammern von Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkrieges ist als geschichtliche Tatsache offenkundig.[2] Gemäß dem *Duden* (Band 8) ist der Begriff »offenkundig« ein Synonym von »eindeutig erkennbar«, während »Offenkundigkeit« vor allem »Bekanntheit in der Öffentlichkeit« bedeutet.

Sowohl das bundesdeutsche als auch das österreichische Strafgesetz sehen Gefängnisstrafen für denjenigen vor, der »die Offenkundigkeit des Holocaust« in Zweifel zieht. In Österreich regelt das Verbotsgesetz (VG) (§ 3h) die entsprechende Strafverfolgung, wonach bestraft wird, »wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium oder wer sonst öffentlich auf eine Weise, daß es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht.« In der BRD lautet der entsprechende Text des Strafgesetzbuches (StGB) in § 130, Abs. 3: »Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.«

Gemäß § 244, Abs. 3, der bundesdeutschen Strafprozeßordnung ist es den Gerichten möglich, Beweisanträge wegen »Offenkundigkeit« abzulehnen. Es gibt jedoch konkret drei Fälle, bei denen die Justiz Beweisanträge nicht wegen Offenkundigkeit ablehnen darf:

1. wenn Beweismittel vorgelegt werden, die den bisher bei deutschen Gerichten vorgelegten Beweisen an Beweiskraft überlegen sind;

2. wenn in der Öffentlichkeit ein merklicher Widerspruch gegen die für offenkundig erachtete Ansicht besteht;[3]

3. wenn geeignete Beweismittel bereits während der Verhandlung im

[1] http://www.shoa.de

[2] Vgl. Bundesgerichtshof (BGH), Urteil vom 15. 3. 1994, Az.: 1 StR 179/93. Hier zitiert nach BGH, Urteil in der Strafsache gegen Günter DECKERT vom 15. 12. 1994, S. 6.

[3] Zu den ersten beiden Punkten vgl, OLG Düsseldorf, Az.: 2 Ss 155/91 - 52/91 III; BVerfG, Az.: 2 BrR 367/92; OLG Celle, Az.: 3 Ss 88/93, *Monatszeitschrift für Deutsches Recht (MDR)*, 48, Nr. 6, 1994, S. 608.

Gerichtssaal vorhanden oder anwesend sind, die nach § 245 der Strafprozeßordnung *nicht* wegen Offenkundigkeit abgelehnt werden dürfen.[4]

Der Revisionist Germar RUDOLF machte darauf aufmerksam, daß die Erfahrungen allerdings zeigten, daß man als sogenannter »Holocaust-Leugner« vor Gericht gar nicht »die Möglichkeit hätte, den Nachweis zu führen, daß man in der Tat Beweismittel hat, die den bisher vor deutschen Gerichten vorgelegten Beweisen an Beweiskraft überlegen sind, oder aber solche Beweismittel, die bereits im Gerichtssaal bei der Verhandlung vorliegen bzw. anwesend sind. Leider hat man seit Anfang der 1990er Jahre erleben müssen, daß alle Gerichte in Deutschland auch jene Beweisanträge wegen Offenkundigkeit ablehnen, bei denen die Beweismittel bereits im Gerichtssaal präsent waren oder wo der Beweisantrag lediglich zum Inhalt hatte zu überprüfen, ob die neuen Beweismittel den alten an *Beweiskraft* überlegen sind. Die *Beweiskraft* eines angebotenen Beweismittels ist aber ohne Zweifel niemals offenkundig. Dennoch hat der Bundesgerichtshof die Praxis genehmigt, präsente Beweismittel und Anträge auf Prüfung der Beweiskraft wegen Offenkundigkeit des Holocaust (sic!) abzulehnen, und zwar mit der Begründung, daß dies schon immer so gemacht worden sei.[5] Damit hat die bundesdeutsche Justiz der Bundesrepublik Deutschland die Offenkundigkeit des Holocaust *de facto* zu einem unabänderlichen Dogma erhoben. Im Jahr 2002 ging die bundesdeutsche Strafjustiz dann sogar zur offenen Verfolgung von Strafverteidigern über, die es wagen, überhaupt revisionistische Beweisanträge zu stellen.[6] Jetzt bricht man also nicht nur das Recht, indem man zulässige Beweismittel unterdrückt, sondern zusätzlich dadurch, daß man das Stellen von Beweisanträgen selbst unter Strafe stellt.«[7]

Für die meisten Historiker ist die aufgerundete Zahl von »6 Millionen« in deutschen Konzentrationslagern getöteter Juden eine historisch erwiesene Tatsache, über die es nichts mehr zu forschen gibt.[8] Oberrabbiner Joseph

[4] Vgl. Detlef BURHOFF, *Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung,* Recklinghausen [4]2003, S. 676.

[5] Bundesgerichtshof, Az.: 1 StR 193/93.

[6] Sigmund P. MARTIN, »Volksverhetzung - Leugnen des Holocaust durch Verteidigerhandeln«, in: *juristische Schulung,* 11/2002, S. 1127 f., im Fall gegen RA Jürgen RIEGER; basierend auf BGH, Az,: 5 StR 485/01; vgl. NEUE *Juristische Wochenschrift* 2002, S. 2115; *NeueStrafrechts-Zeitung,* 2002, S. 539; vgl. auch BGH, Az.: 1 StR 502/99, im Fall gegen RA LUDWIG Bock; siehe Rudi ZORNIG, »Rechtsanwalt wegen Stellung von Beweisantrag verurteilt«, in: *Vierteljahreshefte für Freie Geschichtsforsch*
3, Nr. 2 (1999), S. 208 f,

[7] Germar RUDOLF, *Holocaust-Revisionismus. Eine kritische geschichtswissenschaftlich*
*de,* Hastings 2005, S. 35 f.

[8] Vgl, Roger GARAUDY, *The Founding Myths of Modern Israel,* Newport Beach -[2]2003, S. 171 u. 186.

SITRUK formulierte am 30. April 1996 dieses absolute Verständnis mit den Worten: »Es kann keine Debatte über den Holocaust geben. Die Historiker haben den endgültigen Beweis vorgelegt.«[9] Wo und von wem dieser Beweis konkret erbracht worden sein soll, hatte der Geistliche nicht erwähnt. Angesichts der sich in ihrer Aussage vielfach stark voneinander unterscheidenden publizistischen Behauptungen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen über das Wesen und Ausmaß der Judenverfolgung zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, erscheint »die Offenkundigkeit des Holocaust« *per se* keineswegs wissenschaftlich so genau festgestellt, wie dies gemeinhin angenommen werden könnte.

Als historisch gesichert steht fest, daß die »maßlosen Übertreibungen der Feindpropaganda - nicht nur der Sowjets - über Auschwitz«[10] größtenteils auf der antideutschen Propaganda aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges beruhen. Es war »STALINS mordlüstiger Greuelpropagandist Ilja EHRENBURG«, der schon im Dezember 1944 die Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden unter deutscher Herrschaft in die Welt gesetzt hatte." Diese Zahl hat sich bis heute in der gängigen Publizistik und Geschichtsschreibung durchgesetzt.

Die meisten etablierten Historiker halten die Zahlenangabe von »6 Millionen« zwar für wahr, begründen sie aber oftmals mit fragwürdigen Argumenten. Norman SOLOMON, Dozent für Hebräische und Jüdische Studien in Oxford, beispielsweise stellte für einen Akademiker recht unwissenschaftlich fest: »Sechs Millionen - die genaue Zahl ist kontrovers - wurden ermordet.«[12] Beweise, die diese Aussage untermauerten, erbrachte er nicht. Dem von Christian ZENTNER herausgegebenen Lexikon *Der Zweite Weltkrieg* (1995) ist zu entnehmen, daß die »genaue Zahl der im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich umgebrachten Juden« sich nicht feststellen lasse. Schätzungen zufolge sei von rund 5 Millionen auszugehen. Israelische Gelehrte hingegen gaben 1974 die Anzahl der jüdischen Opfer mit exakt 5 820960 an.[13] Für den im bundesdeutschen Establishment anerkannten Historiker Martin BROSZAT war die Angabe von »6 Millionen«, wie er als Sachverständiger am 3. Mai 1979 vor dem Frankfurter Schwurgericht dargelegt hat (Az: Js 12828/78919 Ls), lediglich eine »symbolische Zahl«. Wissenschaftlich belegt sei sie nicht.

In dem von Alain RESNAIS 1955 gedrehten Film *Nacht und Nebel* wurde von **9** Millionen Todesopfern allein in Auschwitz gesprochen. Die von der fran-

[9] *»There can be no debate on the Holocaust, historians have given definitive proof.«* Zitiert nach Roger GARAUDY, *The bounding Myths of Modem Israel,* Newport Beach 2003, S, 190.
[10] Werner MASER, *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin,* Olzog, München 2004, S. 342.
[11] Vgl. Werner MASER, ebenda, S. 333.
[12] Norman SOLOMON, *Judentum. Eine kurze Einführung,* Stuttgart 2002, S. 23.
[13] Vgl, *Israel Pocket Library, Anti-Semitism* (zusammengestellt als Material, das ursprünglich in der *Engclopaedia Judaica* veröffentlicht wurde), Jerusalem **1974, S. 212.**

zösischen Regierung 1945 herausgegeben *Doaments pour senir l'histoire de la guerre Camps de concetttrarion* behaupten auf Seite 7 eine Zahl von 8 Millionen Toten in Auschwitz. Die amerikanische Armeepresse erklärte im Mai 1945, daß »im Lager Auschwitz in der Nähe von Erfurt« (!) 3,5 Millionen Juden ums Leben gekommen seien.[14] Von 4 Millionen Opfern war während des Nürnberger Tribunals die Rede, wobei sich Ankläger und Richter, die ein und derselbe Personenkreis waren, auf sowjetische Propagandaangaben beriefen. Der französisch-jüdische Historiker Leon POLIAKOV, der in den ersten Nachkriegsjahrzehnten als die Kapazität bezüglich Holocaustfragen galt, halbierte diese Zahl in seinem seit 1954 mehrfach aufgelegten Buch *Harvest of Hate,* das von der zionistischen Anti-Defamation League (ADL) als »beste auf dem Markt erhältliche Untersuchung« gelobt worden war. Diese zwei Millionen wiederum wurden von Raul HLLBERG in seinem Buch *The Instruction of the European Jews* (1961) auf 1,25 Millionen verringert. Die jüdische Historikerin Gitta SERENY machte in einem Interview mit der Londoner *Times* am 29. August 2001 die in der BRD und Österreich strafrechtlich bedeutsame Atissage, daß Auschwitz überhaupt kein Vernichtungslager gewesen sei: »Warum nur in aller Welt haben all diese Leute Auschwitz zu einer heiligen Kuh gemacht… Auschwitz war ein schrecklicher Ort - aber es war kein Vernichtungslager,«[15]

Diese grundsätzlich unterschiedlichen und stark voneinander abweichenden Zahlenangaben gelten lediglich für das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Für die übrigen Lager kommen ähnlich große Abweichungen in Betracht. Bezüglich Majdanek beispielsweise erklärte Lucy DAWIDOWICS in ihrem Buch *The War against the Jews,* daß 1,38 Millionen Juden dort ermordet worden seien. Lea ROSH und Eberhard JÄCKEI, verringerten in ihrer Publikation *Der Tod ist ein Meister im Dritten Reich* diese Opferzahl auf 0,3 Millionen, während es bei Raul HILBERG noch 50000 Opfer waren.

Trotz dieser großen Widersprüche hatte sich in den Medien die 4 Millionen-Zahl für Auschwitz jedoch durchgesetzt. Über viele Jahrzehnte hinweg bestätigte eine Gedenktafel auf dem Grundstück des ehemaligen Konzentrationslagers diese Zahl, die allerdings mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fiel. 1989 wurde die Tafel durch eine neue ersetzt, auf der die Touristen seither in Kenntnis gesetzt werden, daß in Auschwitz 1,5 Millionen Menschen umgebracht worden seien. Auch der israelische Historiker Yehuda BAUER erklärte am 29. September 1989 in der *Jüdischen Allgemeinen,* daß in Auschwitz-Birkenau nicht 4 Millionen, sondern 1,5 Millionen Juden ermordet worden seien.

Die sich dadurch schon aufdrängende Fragwürdigkeit von der »Offenkundigkeit des Holocaust« wird durch die Ergebnisse, Darstellungen und Behauptungen innerhalb der gängigen Geschichtsschreibung und in den Medien weiter unterstützt:

[14] »German Atrocities«, in: *Yank. The Army Weekly,* 18. 5. 1945, zitiert nach: Joseph W. BENDERSKY, *The »Jewish Threat«. Anti-Semitic Politics of the U.S. Army,* New York 2000, S. 347.

[15] Zitiert nach http://peaceproject.de/modu les. p hp? n ame=News&file = article&sid= 109

Abendblatt — Donnerstag, 13. Juni 1946 — 102. Jahrgang, Nr. 243 — Abendblatt

Basler Nachrichten

mit

Finanz- und Handelsblatt

(Intelligenzblatt der Stadt Basel)

Redaktion: Dufourstraße 40 ✱ Telephon 2 28 60 — Postscheck-Konto V 2400 (Basel) — Erscheint wochentlich elfmal

Expedition: Dufourstraße 40 ✱ Telephon 2 28 60 — Postscheck-Konto V 2400 (Basel) — Preis der Nummer 20 Cts.

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichthaus A.-G. Telephon 2 41 50. — Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition Aktiengesellschaft. — Telephon 2 29 29

# Wie hoch ist die Zahl der jüdischen Opfer?

Ganz unabhängig von den in Nr. 241 der „Basler Nachrichten" veröffentlichten Angaben von Dr. Wertheim, Chef des politischen Departements des Weltjudenkongresses über die Zahl der Juden, die dem Antisemitismus des Naziregimes in Europa zum Opfer gefallen sind, haben wir, von einem Korrespondenten in Amerika unter dem Titel „Wie hoch ist die Zahl der jüdischen Opfer?" die folgenden Ausführungen erhalten:

Fast alle Staaten (mit der bezeichnenden Ausnahme der Sowjetunion!) haben inzwischen die offiziellen Ziffern ihrer Kriegsverluste bekanntgegeben — wobei sich die erstaunliche Tatsache ergab, daß diese Verluste durchwegs erheblich unter denen des ersten Weltkrieges lagen.

Um so verwunderlicher ist es, daß hinsichtlich der Verluste des jüdischen Volkes bisher keinerlei offizielle Ziffern, sondern nur private und offiziöse Schätzungen veröffentlicht wurden. Diese Schätzungen bewegen sich — wohl nach einer zentralen Propaganda-Ziffer — zwischen 5 und 6 Millionen Toten, die das jüdische Volk als Folge der Verfolgungen des Hitlersystems und des Krieges erlitten haben soll. Wenn diese Zahl stimmt, dann waren die Verluste der Juden größer als die Verluste Englands, Amerikas, Australiens, Kanadas, Neuseelands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, Dänemarks, Norwegens und Luxemburgs zusammen, was es doppelt unbegreiflich macht, daß man sich noch immer mit einer bloßen Schätzung dieser gewaltigen Verlustziffer begnügt.

Aber ein summarischer Ueberblick macht es erkennbar, daß diese Zahl der jüdischen Opfer nicht stimmen kann. — Angesichts des erwähnten merkwürdigen Mangels offizieller Unterlagen kann man die Frage heute nur auf Grund der vorliegenden allgemeinen Angaben untersuchen.

Danach betrug die Zahl der Juden in Europa — außerhalb der Sowjetunion — im Jahre 1933 ungefähr 8,6 Millionen, eine Zahl, die American Jewish Conference (gemäß einem Bericht in den „New York Times" vom 11. Januar 1945!) selbst angab. — Von dieser Zahl mußten noch zirka 1 Million in Abzug gebracht werden, die östlich der Molotow-Ribbentrop-Linie lebten und also vor dem 21. Juni 1941 völlig außerhalb der Verfolgung des Hitlersystems standen und sich nach diesem Datum zum allergrößten Teil mit der zurückgehenden Roten Armee ins Innere Rußlands und nach Sibirien flüchteten. Selbst wenn wir annehmen, daß sich nur ungefähr die Hälfte dieser östlich der Ribbentrop-Molotow-Linie lebenden Juden vor dem Einmarsch der Nazis retten konnten, so gewinnen wir doch eine feste, auch von der höchsten jüdischen Autorität anerkannte Ausgangszahl einer jüdischen Gesamtbevölkerung in Europa von 5 Millionen Juden, die überhaupt in den Machtbereich Hitlers geraten konnten.

Aber auch hiervon müssen sofort abgezogen werden die in den neutralen Ländern Europas lebenden Juden. Gemäß „World Almanac 1942", Seite 694, betrug die Zahl der Juden in diesen neutralen, bzw. nicht von Hitler überrannten Ländern: Gibraltar 858, England 300,000, Portugal 1200, Spanien 4000, Schweden 6653, Schweiz 17,973, Irland 3686, Türkei 78,730 — zusammen also: 413,128.

Somit verringert sich die Zahl der für Hitler und Himmler überhaupt „greifbaren" Juden in Europa auf zirka 4,5 Millionen. Von dieser Zahl wiederum ist nun in Abzug zu bringen der gewaltige Flüchtlingsstrom, der sich in den Jahren 1933—1945 in alle Länder und Erdteile ergoß. Bei der großen internationalen Unterstützung, die diesem Flüchtlingsstrom bedrohter Juden mit Recht zuteil wurde, gelang es einem ganz erheblichen Prozentsatz dieser Juden, einen sicheren Hafen zu erreichen.

Leider liegen auch hier keine genauen offiziellen Statistiken vor, die die Einwanderung von Juden nach Nord- und Südamerika, nach Australien, Asien sowie in die neutralen Länder Europas exakt wiedergeben. Da jedoch die Annahme berechtigt ist, daß von 1933 an mindestens 80 % der unter der Rubrik „Deutsche, Oesterreicher und Polen" klassifizierten Einwanderer, Angehörige des jüdischen Volkes waren und seit Kriegsbeginn wohl nahezu die gesamte Zahl dieser Einwanderer Juden waren, so ergibt eine aus verschiedenen Quellen (u. a. der jüdischen Zeitung „Aufbau") zusammengestellte Uebersicht angefähr folgendes Bild der jüdischen Einwanderung von 1933 bis 1945:

Nach England zirka 120,000, Schweden zirka 25,000, Schweiz zirka 60,000, Spanien und Portugal zirka 5000, Kanada zirka 60,000, USA. zirka 450,000, Zentralamerika zirka 75,000, Südamerika zirka 225,000, Australien zirka 15,000, China (Schanghai) zirka 35,000, Indien zirka 25,000, Afrika zirka 45,000, Palästina zirka 300,000. Zusammen also zirka 1,440,000 oder rund 1,5 Millionen.

Dabei ist jeder Zustrom in die gewaltigen Gebiete der Sowjetunion und Sibirien außer Ansatz geblieben, weil darüber keinerlei Statistiken vorliegen. Bemerkt sei allerdings, daß gemäß einem Bericht in den „New York Times" allein nach Sibirien mehr als 500,000 polnische Juden geflüchtet sein dürften, wie aus einem kürzlichen Vortrag einer von dort zurückkehrenden jüdischen Dame hervorging.

Die Zahl der Juden, die also tatsächlich in den Machtbereich Hitlers fielen, verringert sich dadurch auf höchstens 3 Millionen. Leider umfaßt der Mangel an genauen Zahlen auch die Zahl der überlebenden Juden in Europa und selbst der ausführliche Bericht des englisch-amerikanischen Palästina-Komitees begnügt sich merkwürdigerweise nur mit „Schätzungen". Gemäß dieser Schätzung beträgt die Zahl der heute noch in Europa (außerhalb der Sowjetunion) lebenden Juden 1,550,660.

Es ergibt sich also nach dieser Aufstellung, die zwar leider nicht auf neuen amtlichen Zahlen beruht, deren Grundzahlen aber durchwegs den offiziellen Seite stammen, daß alles in allem weniger als 1,5 Millionen Juden vorläufig als „tot oder vermißt" bezeichnet werden müssen.

Es ist zu hoffen, daß auch von dieser Zahl sich noch ein erheblicher Prozentsatz auffinden wird, wenn erst einmal genaue Statistiken vorliegen. Angesichts der gewaltigen Bedeutung, die gerade die „Ausrottung der Juden" in der Weltmeinung erhalten hat, ist es von zwingender Notwendigkeit, daß die Vereinigten Nationen schnellstens einen offiziellen Untersuchungsausschuß ins Leben rufen, um festzustellen, wie hoch wirklich die Todesopfer des jüdischen Volkes gewesen sind.

Eines ist schon heute sicher: die Behauptung, daß diese Zahl 5—6 Millionen beträgt (eine Behauptung, die sich unbegreiflicherweise auch der Palästinaausschuß zu eigen macht) ist unhaltbar. Die Zahl der jüdischen Opfer kann sich zwischen 1 und 1,5 Millionen bewegen, weist gar nicht mehr für Hitler und Himmler „greifbar" waren. Es ist aber anzunehmen und zu hoffen, daß die endgültige Verlustziffer des jüdischen Volkes sogar noch unter dieser Zahl liegen wird. Aber Klarheit tut not — und deshalb sollte eine Untersuchung seitens eines eigenen Ausschusses der Uno die für Gegenwart und Zukunft so wichtige Wahrheit feststellen.

> In der sozialdemokratischen *Berner Tagwacht* vom 24. August 1945 hieß es, sich auf Untersuchungsbeamte der französischen Regierung berufend, daß »in allen deutschen Konzentrationslagern 26 Millionen Menschen ermordet worden« seien, wovon die meisten in Dachau ihr Leben verloren hätten.

> Diesen »26 Millionen Ermordeten« stellten die *Basler Nachrichten* am 13. Juni 1946 - sich auf Zahlen amtlicher Stellen berufend - »weniger als 1,5 Millionen« entgegen, wobei hier sowohl die toten als auch vermißten Juden zusammengefaßt wurden.[16]

> Britische Quellen wiederum stellten 1963, dem widersprechend, fest, daß »niemand je wissen wird, wie viele Menschen zwischen 1943 und dem Ende des Krieges vernichtet« worden seien, es aber angenommen *(believed)* werden müsse, daß es sich um »mehr als vier Millionen« Russen, Polen und Juden gehandelt habe.[17]

[16] Alle Angaben nach Werner **MASER**, aaO. (Anm. 10), S. 333.

[17] Lady **MAGNUS**, *Outlines of Jewish History*, London [2]1963, S. 247.

Der amerikanisch-jüdische Rechtsanwalt und Statistiker LISTOJEWSKI erklärte in den fünfziger Jahren in der kalifornischen Zeitschrift *The Broom,* daß er nach zweieinhalbjähriger Forschung die Zahl der im Dritten Reich getöteten Juden nicht exakt habe feststellen können, sie aber auf etwa 500 000 schätze. Diese Meldung wurde in Deutschland seinerzeit von der *Rheinzeitung* am 28. März 1958 wiedergegeben.

> Mitte der fünfziger Jahre war das Untersuchungsergebnis des Schweizer Roten Kreuzes über die während des Zweiten Weltkriegs getöteten Insassen deutscher Konzentrationslager veröffentlicht worden. Einem ausführlichen Bericht der *Cannstatter Zeitung* aus dem Jahre 1956 zufolge, gaben die Schweizer die Anzahl aller in Konzentrationslagern und Gefängnissen umgekommener Opfer rassischer und politischer Verfolgung mit 300000 an.

> Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gab Ende 1959 die Verlustzahl der im Reichsgebiet umgekommenen deutschen Juden mit 170000 an, die Gesamtzahl aller getöteten Juden, und hierbei berief sich das Amt auf den britischen Holocaustforscher Gerald REITLINGER, mit 4,2 bis 4,8 Millionen."

> Der jüdische Historiker Saul FRIEDLÄNDER erklärte 1992, daß »neueste Forschungen« ergeben hätten, daß in den von Deutschen zu verantwortenden Konzentrationslagern »zwischen **5,2** und möglicherweise mehr als **6** Millionen« Juden getötet worden seien.[19]

> Dem englisch-jüdischen Orientalisten und Historiker Bernhard LEWIS zufolge hätten die Deutschen im Zweiten Weltkrieg nahezu ein »Drittel des Weltjudentums«[20] ausgerottet, was zwar unter Berufung auf einige demographische Angaben einer Gesamtzahl von fünf bis sechs Millionen Menschen gleichkäme, jedoch mit Hilfe empirischer und amtlicher Statistiken bislang nicht bewiesen wurde. So stellt beispielsweise der in Washington lehrende jüdische Historiker Howard M. SACHAR die einfache Behauptung auf, die jüdische Gesamtzahl sei 1939 auf 16,5 Millionen *gschätzt* worden. Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 hätten von diesen noch 9,5 Millionen gelebt.[21]

Der israelische Historiker Alex BEIN behauptete 1980, daß zwischen »1933 und 1945« in den »Todesfabriken... durch Erschießungen und durch Hun-

[18] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), *Deutschland heute,* Wiesbaden [5]1959, S. 31 f.

" Saul FRIEDLÄNDER, »Haß war die treibende Kraft«, in: *Spiegel Special,* Nr, 2, 1992, S. 30.

[10] Bernard LEWIS, *»Treibt sie ins Meer!«. Die Geschichte des Antisemitismus,* Berlin 1924.

[21] Vgl, Howard M , SACHAR, *A History of the Jews in the Modern World,* New York 2005, S. 569.

ger und Sklavenarbeit, durch Folterungen, Vergasungen, medizinische Experimente an lebenden Menschen und andere Arten des Mordes 6 Millionen Juden, mehr als ein Drittel des jüdischen Volkes, zwei Drittel der europäischen Judenheit, getötet« worden seien. Das seien »die nackten Tatsachen, nüchtern aneinandergereiht«.[22]

Diesen Angaben widersprach 1993 der Mitarbeiter des Holocaust-Museums in Washington Jean-Claude **PRESSAC**. In seinem Buch *Les crematoires d'Auschwitz* (1993) setzte er die Zahl der getöteten jüdischen Opfer bei rund 800 000 fest. Ein Jahr später veränderte er diese Zahl (in der deutschen Ausgabe) nochmals auf 631000 bis 711000.

10 Jahre später verringerte **SPIEGEL**-Redakteur Fritjof **MEYER** in seinem sensationellen Beitrag in der Zeitschrift *Osteuropa* »Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde« die ursprünglich propagierte Opferzahl von 4 Millionen Toten in Auschwitz um mehr als 90 Prozent und erklärte die Zahl von »4 Millionen« getöteter Juden in Auschwitz als ein »Produkt der Kriegspropaganda«.[23]

>- Im Mai 2005 hieß es im *National Geographie Magazine,* daß in Auschwitz mittels des Insektizids Zyklon B »mehr als eine Million« Menschen vergast worden seien.[24] Diese Ziffer hatte auch die *Washington Post* in ihrer Rezension kritiklos übernommen.[25] Die im Februar 1991 von der Sowjetunion freigegebenen Sterbebücher von Auschwitz dokumentieren rund 74 000 Tote, davon etwa 30000 mit jüdischem Namen.

Es ist hervorzuheben, daß die oben dokumentierten Beispiele allesamt etablierten Quellen entstammen. Revisionistische Wissenschafder und Publizisten wie Paul **RASSINIER**, Arthur **BUTZ**, Wilhelm **STÄGLICH**, Udo **WALENDY**, David **IRVING**, Jürgen **GRAF**, Friedrich **TOBEN**, Robert **FAURISSON**, Siegfried **VERBEKE**, Walter N. **SANNING**, Carlo **MATTOGNO**, Germar **RUDOLF** und Ernst **ZÜNDEL**, auf deren Forschungsergebnisse wegen der herrschenden Gesetzeslage hier nicht näher eingegangen werden kann und die aufgrund ihrer Arbeit teilweise Freiheitsstrafen verbüß(t)en (vgl. Beitrag Nr. 429, »Meinungsfreiheit in Deutschland heute«), kommen zu weiteren sensationellen Ergebnissen. Doch bereits die angeführten Beispiele zeigen deutlich, daß selbst

[22] Alex **BEIN**, *Die Juden/rage. Biographie eines Weitproblems,* Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 309.
[23] Fritjof **MEYER**, »Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde«, in: *Osteuropa. Zeitschrift fir Gegenwartsfragen des Ostens,* Nr. 5, 2002, S. 631.
[24] Cathy **NEWMAN**, »12 Toxic Tales«, in: *National Geographie* (US-Ausgabe), Mai **2005**, S. **25**.
[25] Peter **CARLSON**, »Deadly Poisons and Their Known Anecdotes«, in: *The Washington Post,* **26. 4. 2005, S. C2**.

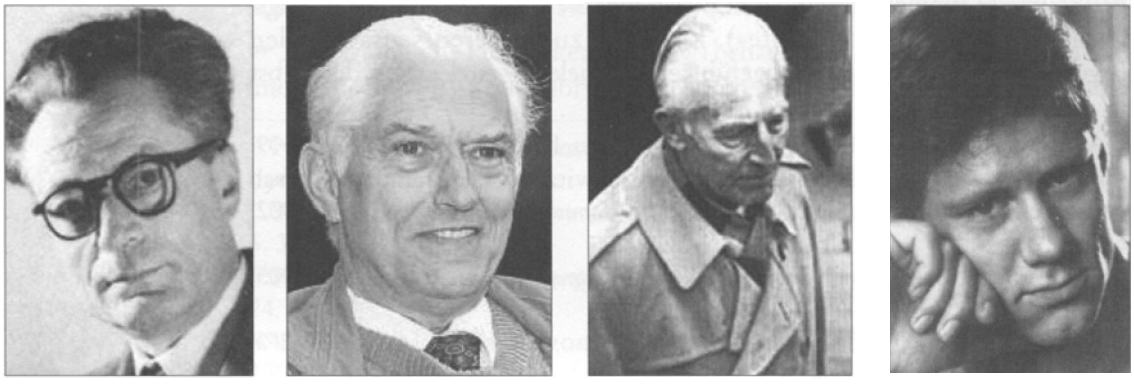
innerhalb der gängigen Geschichtsschreibung Angaben über jüdische Opferzahlen eklatant voneinander abweichen und schon aus diesem Grunde von einer »Offenkundigkeit« bei der Anzahl der Opfer kaum die Rede sein kann.

Die Problematik der »Offenkundigkeit« hat Horst MAHLER in einlache Worte zusammengefaßt: »Als offenkundig gelten historische Tatsachen dann, wenn sie aufgrund historischer Forschung allgemein als bewiesen gelten und sich deshalb jedermann aus Geschichtsbüchern, Lexika und ähnlichen Nachschlagewerken ohne besondere Sachkunde unterrichten kann (ALSBERG/NÜSE/MEYER, *Der Beweisantrag im Strafprozeß*, 5. Aufl., Carl Heymanns, Berlin 1983, S. 539) Ist aber die Richtigkeit einer Tatsache in der Geschichtsschreibung umstritten, so wird sie auch nicht dadurch allgemeinkundig, daß über sie viel geschrieben und verbreitet worden ist (ALSBERG/NÜSE/MEYER, ebenda, S. 540).

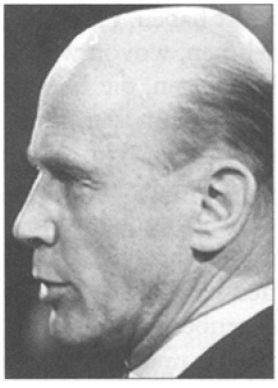
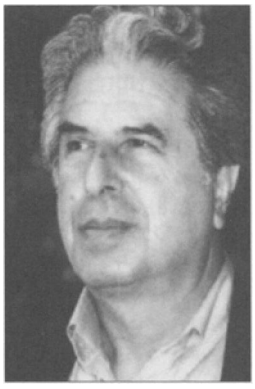
Es kommt also auf die Feststellung der Unangefochtenheit des Für-wahr-Hakens an. Wie aber kann von Unangefochtenheit in diesem Sinne die Rede sein, wenn Zweifler, die das Für-wahr-Halten mit sachlichen Argumenten anfechten, mit der Strafrechtskeule mundtot gemacht und ihre Geschichtswerke von der Verbreitung ausgeschlossen werden?

Die für die Annahme der Offenkundigkeit unverzichtbare Unangefochtenheit einer geschichtlichen Tatsache wird hier gerade erst durch die Voraussetzung der Offenkundigkeit mit den Mitteln der Strafjustiz erzwungen. Die BRD-Justiz behilft sich hier mit einer zirkulären Argumentation: Sie teilt die Geschichtsschreiber und Forscher wie folgt ein: Autoren, die die gewünschte Version unterstützen, gelten als Wissenschaftler und haben deshalb bei der Erkenntnisfrage Gewicht. Autoren, die der gewünschten Version widersprechen, gelten als »politische Extremisten«, >die aus offensichtlicher Dummheit, Unbelehrbarkeit oder Böswilligkeit bestreiten«. Deren Werke werden als >pseudowissenschaftlich< abgetan (ALSBERG/NÜSE/MEYER, ebenda, S. 541). Sie fallen bei der Erkenntnisfrage nicht ins Gewicht. So wird die Offenkundigkeit der offiziellen Version »erfolgreich« mit der Offenkundigkeit der offiziellen Version verteidigt.«[26] Die »zirkuläre Argumentation«,

[26] Horst MAHLER in einem elektronischen Schreiben an das Adelaide Institute v. 9. 10. 2005, in: http://www, adelaide institute.org/ Dissenters 1/Mahler/ **Offenkundigkeit,** htm



Vier der bekanntesten revisionistischen Wissenschaftler. *Von links:* Paul RASSINIER, Udo WALENOY, Wilhelm STÄGLICH und Germar RUDOLF.

Sie haben die Holocaust-Forschung geprägt. *Von links:* Raul HILBERG, Eugen KOCON, Hermann LANGBEIN und Saul FRIEDLÄNDER.

die, wie im libertären Diskussionsforum des Internets *Freiheits-Forum* festgestellt wird, bereits zu »so vielen Justizopfern geführt hat, läßt sich nur verlassen, wenn wir eine staatlich geschützte Wahrheit - und sei sie »offenkundig« - vollständig aus dem Strafgesetzbuch verbannen«.[27]

Diese Forderung ist berechtigt. Es führt einen freiheitlichen Staat *ad absurdum,* wenn eine als historische Tatsache geltende Wahrheit staatlich geschützt werden muß. Eine Offenkundigkeit bedarf in einem wirklich freiheitlichen Staat keiner gesetzlichen Vorschrift, die bestimmt, daß sie eben als offenkundig zu gelten habe.

1975 hatte Simon WIESENTHAL den Mut, in einem Leserbrief in der britischen Zeitschrift *Books and Bookmen* anzuerkennen, daß es »auf deutschem Boden keine Vernichtungslager«[28] gegeben habe. Damit hatte der berühmt-berüchtigte »Nazi-Jäger« die Erkenntnisse bestätigt, die bereits von Martin BROSZAT im Namen des »Instituts für Zeitgeschichte« in München in der *Zeit* am 19. August 1960 auf Seite 14 veröffentlicht worden waren: Weder in Dachau, noch in Bergen-Belsen, noch in Buchenwald seien je Juden oder andere Häftlingen vergast worden. Die Vernichtung von Menschenleben habe lediglich auf polnischen Boden stattgefunden, namentlich in den Lagern Auschwitz-Birkenau, Sobibor, Treblinka, Chelmno und Belzec. Diese Angaben aus etablierter Quelle sind um so brisanter, als jedes Jahr Tausenden von durchgeschleusten Schulklassen beispielsweise in Dachau die Brausebäder, sprich Duschen, als »Gaskammern« vorgeführt werden, die, wie man zwischenzeitlich offiziell einräumt, freilich nie in Betrieb gewesen seien. Der kontroverse Grünenpolitiker Jean Gabriel COHN-BENDIT hat bereits vor 25 Jahren die Gefährlichkeit dieser Pädagogik der Holocaust-Erziehung erkannt und gewarnt: »Laßt uns für den Abriß dieser Gaskammern kämpfen, die den Touristen in Lagern gezeigt werden, in denen, wie nun bekannt ist, keine

[27] http://www.freiheitsforum.de/read.php? 1,30647,30649

[28] Leserbrief von Simon WIESENTHAL in: *Books and Bookmen,* Nr. 4, 1975, S. 5.

existiert haben. Falls wir das nicht tun sollten, wird uns niemand mehr das abnehmen, wovon wir überzeugt sind.«[29]

Diejenigen, die überhaupt den Mut aufbringen, das Thema >Holocaust< kritisch anzufassen, sind überaus spärlich gesät - vor allem in bundesdeutschen Landen. Um so erwähnenswerter ist deshalb Werner MASER, der als einer der wenigen ernst zu nehmenden Historiker im bundesdeutschen Establishment zumindest die Kontroverse bezüglich der Zahlen angeblicher Opfer mutig geführt und darüber hinaus neue Perspektiven offengelegt und aufgegriffen hat: MASER hatte beispielsweise die Zivilcourage zuzugeben, daß die »Zeugenberichte über die Anzahl der Öfen, das Fassungsvermögen der Gaskammern und Krematorien, die Anzahl der jeweiligen Vergasungsopfer, die Gassubstanzen, die Dauer der Vergasungen, die Herausnahme der vergasten Opfer und die Verbrennungsvorgänge usw.« vielfach einander erheblich widersprechen.[30] MASER hatte den Mut, wenigstens auf einige revisionistische Forscher hinzuweisen, die sich allein mit dem Jonglieren von Zahlen nicht zufrieden geben - so beispielsweise auf David IRVING, der ein Vorwort zum Gutachten des Amerikaners Fred LEUCHTER verfaßt hatte. LEUCHTER hatte »im Februar 1988 in Polen die ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und Majdanek aufgesucht und Proben von Wandverkleidungen in den Gaskammern und aus den Desinfektionsräumen entnommen«. Er kam aufgrund der nur äußerst geringen Spuren von Blausäureresten (Zyklon B) zu dem Schluß, daß dort keine Vergasungen stattgefunden haben können[31] - zumal in den Desinfektionsräumen die Konzentration an nachgewiesenem Zyklon B bedeutend höher war als in den vermeintlichen Gaskammern zur Tötung von Menschen.

Der französische Philosoph Roger GARAUDY bemerkt, daß das Dogma von den »6 Millionen« selbst von verbissenen Verteidigern der Genozidthese wie Gerald REITLINGER abgelehnt werde. Tatsächlich bekennt REITLENGER in seinem Buch *Die Endlösung* (1956): »Während ich dieses Buch schrieb, hat sich mir jedoch die Schlußfolgerung aufgedrängt, daß die wahre Zahl, bei deren Bestimmung Fehlerquellen bis zu einer halben Million nicht ausgeschlossen werden können, wahrscheinlich wesentlich niedriger ist.. . Die in Nürnberg angegebene Zahl wurde vom Jüdischen Weltkongreß zu einer Zeit zur Verfügung gestellt, als noch wenige verläßliche Unterlagen vorhanden waren.«[32] Es sei dringlich geboten, wissenschaftliche Untersuchungen vorzunehmen. Weder beim Nürnberger Tribunal noch bei allen weiteren diesbezüglichen Gerichtsverhandlungen sei die Mordwaffe - die Gaskammer - untersucht worden. Solange dies nicht geschehen ist, ist es unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten kaum haltbar, mit der Begründung der »Offenkundigkeit des Holocaust« eine wissenschaftliche und öffentliche Diskussion dieser Frage zu unterbinden.

Claus Nordbruch

[29] Jean Gabriel COHN-BENDIT in: *Liberation*, 5. 3. 1979, S. 4, zitiert in: Roger GARAUDY, aaO. (Anm. 8), S. 106.

[30] Werner MASER, aaO. (Anm. 10), S. 350.

[31] Ebenda, S. 353.

[32] Gerald REITLINGER, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1959-1945*, Berlin 1956, S. 557.

# Alliierte Erziehung nach 1945

Angeblich waren die Alliierten für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie in den Krieg gezogen. Statt Selbstbestimmung brachten sie jedoch Besatzungsdiktatur für mehrere Jahre nach Deutschland. Wie diese Diktatur im Bildungswesen aussah, gibt das Kapitel »Erziehung«[1] der Direktive JCS 1067 wieder, die 1945 Grundlage der Besatzungspolitik wurde. Es heißt dort:

»a) Alle Erziehungseinrichtungen in Ihrer Zone sind zu schließen, ausschließlich der von alliierten Behörden wiedererrichteten. Die Schließung von Nazi-Erziehungseinrichtungen, wie Adolf-Hitler-Schulen, Napolas und Ordensburgen, und von Nazi-Organisationen im Rahmen anderer Erziehungsstätten gilt für die Dauer.

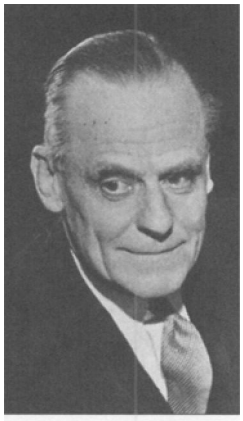
b) Ein gemeinsames System der Kontrolle über die deutsche Erziehung und ein positives Programm der Umorientierung ist zu errichten, das darauf zielt, Nazi- und militärische Doktrin vollständig auszuschalten und die Entwicklung demokratischer Gedanken zu ermuntern.

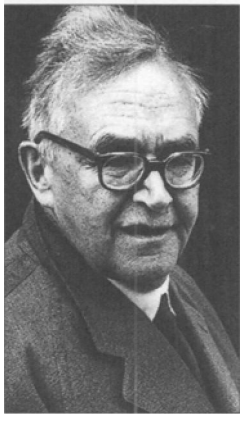
c) Sie werden die Wiedereröffnung von Volksschulen, Mittelschulen und Berufsschulen so früh wie möglich wieder gestatten, nachdem das Nazi-Personal ausgeschaltet wurde. Lehrbücher und Lehrpläne, die nicht frei von Nazi- und militärischen Gedanken sind, sollen nicht benutzt werden. Der Kontroll-Rat soll Programme entwerfen in Richtung auf die Wiedereröffnung der Höheren Schulen, Universitäten und anderer Einrichtungen der höheren Ausbildung. Nach der Ausschaltung aller Nazi-Grundzüge und allen Nazi-Personals und bis zur Formulierung eines solchen Programms durch den Kontroll-Rat können Sie in Ihrer Zone ein Interim-Programm entwerfen und durchführen und in jedem Fall die Wiedereröffnung solcher Institutionen und Teilinstitutionen zulassen, die eine Schulung bieten, die Sie von unmittelbarer Wichtigkeit oder als nützlich für die Verwaltung der Militär-Regierung und für die Besatzungszwecke erachten.

d) Es ist nicht beabsichtigt, daß die Militär-Regierung in Fragen des Bekenntnisses oder des religiösen Unterrichts in deutschen Schulen sich einmischt, ausgenommen insoweit, als es notwendig erscheint, daß der religiöse Unterricht und die Verwaltung solcher Schulen mit den alliierten Bestimmungen in Einklang gebracht wird, die darauf gerichtet sind, das Personal und die Lehrpläne der Schulen zu reinigen.«

[1] Direktive JSC 1067, voller Text u. a. in; Wigbert GRABERT (Hg.), *Jalta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*, Grabert, Tübingen 1985, S. 86 f.

# Das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945





Willem Adolf VISSER'T HOOFT und Karl BARTH.

Seit einiger Zeit, insbesondere seit Bundespräsident VON WEIZSÄCKERS geschichtsfälschender Rede zum 8. Mai 1985, sind Schuldbekenntnisse deutscher Politiker bei großen Ereignissen fast zur Regel geworden. Die Umerziehung ist voll verinnerlicht worden, die Sieger haben ihr Ziel erreicht: daß viele Deutsche selbst die wahrheitswidrigen Thesen der Umerziehung übernommen haben und nun glauben.

Eines der ersten dieser verhängnisvollen und ungerechtfertigten Schuldbekenntnisse war die »Stuttgarter Schulderklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)« vom **19.** Oktober **1945.** Ohne jedes Studium von Akten oder Quellen wurde wahrheitswidrig, also im Widerspruch zum christlichen 8. Gebot, die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg behauptet. Außerdem hatten die evangelischen Funktionäre eine Kollektivschuld des deutschen Volkes festgelegt. Dies alles geschah im Angesicht der Verbrechen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten in Ost und West begangen wurden.

Wie kam es zu dieser Stuttgarter Erklärung? Eine zentrale Figur war der Holländer Willem Adolf VISSER'T HOOFT, Generalsekretär des seit 1938 in Gründung befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen, der während des Zweiten Weltkrieges in Genf ein Büro des holländischen und englischen Geheimdienstes leitete.[1] Er war also während des Krieges englischer Spitzel.[2]

Eine der treibenden Kräfte zu dieser Erklärung war der aus Basel stammende Theologe Karl BARTH, der 1935 von seinem Lehrstuhl in Bonn in die Schweiz zurückgekehrt war.[3] Er hatte schon **1934** erklärt, daß der damalige Kirchenkampf sich weniger gegen das NS-Regime und die Deutschen Christen als gegen den falschen Weg der Geschichte der Deutschen im allgemei-

[1] Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede bat seine Zeit. Bin Lebensbericbt,* Propyläen, Berlin 1981.

[2] Willem A. VISSER'T HOOFT, *Die Welt war meine Gemeinde,* R. Piper u. Co., München 1972.

[3] Karl BARTH (1886-1968), geboren in Basel. Nach eigenen Aussagen warder Ausbruch des Ersten Weltkrieges für BARTH das entscheidende Ereignis seines Lebens. Vorher war er 1909 Hilfsprediger in Genf gewesen; 1911 ging er als Pfarrer nach SafenwiL 1915 trat er der Sozialistischen Partei bei. 1921 ging er nach Deutschland, lehrte in Göttingen, Münster und Bonn und trat am 1. Mai 1931 der SPD bei. Schon 1934 hatte er den Beamteneid auf das deutsche Staatsoberhaupt verweigert. Anfang 1935 mußte er deswegen die Universität Bonn verlassen. Er ging wieder nach Basel. Aus seiner Feder stammte zum größten Teil die theologische Streitschrift *Theologische Erklärung,* die von der Bekenntnissynode in Barmen im Mai 1934 angenommen wurde.

nen und der evangelischen Kirche in Deutschland im besonderen zu richten habe.[4] Als überzeugter Sozialist und ausgesprochener Marxismusfreund kritisierte er scharf BISMARCKS Reichseinigung und zog eine Linie von Martin LUTHER über FRIEDRICH DEN GROSSEN ZU Adolf HITLER. Bereits 1918/19 hatte er den Novemberumbruch in Deutschland begrüßt. Dazu schrieb er, er hoffe auf »die erfüllende geschichtliche Stunde. .., wo die jetzt verlöschende Glut des marxistischen Dogmas als Weltwahrheit neu aufleuchten, wo die sozialistische Kirche in einer sozialistischen Welt auferstehen wird«.[5]

Selbst nach den Vertreibungsverbrechen von 1945 und STALINS Schreckensherrschaft in Osteuropa nahm BARTH für die Sowjets in einer ausgesprochen politisch und für die Öffentlichkeit gemeinten Rede im Berner Münster 1949 Stellung und erklärte unter Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit dabei:

»Und dann kann man vom Kommunismus eben das nicht sagen, was man vom Nationalsozialismus vor zehn Jahren sagen mußte: daß es sich bei dem, was er meint und beabsichtigt, um helle Unvernunft, um eine Ausgeburt des Wahnsinns und Verbrechens handelt. Es entbehrt nun wirklich allen Sinnes, wenn man den Marxismus mit dem »Gedankengut; des Dritten Reiches, wenn man einen Mann von dem Format von Josef STALIN mit solchen Scharlatanen, wie HITLER, GÖRING, HESS, GOEBBELS, HIMMLER, RIBBENTROP, ROSENBERG, STREICHER USW. es gewesen sind, auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjetrußland - es sei denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise - angefaßt worden ist, das ist immerhin eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage ist und die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefaßt haben: der sozialen Frage.«[6]

Gegenüber dem nicht zu leugnenden Terror der Sowjets meinte er gar verharmlosend, man müsse eben beim Bolschewismus unterscheiden »zwischen seinen totalitären Greueln als solchen und dem, was dabei positiv gemeint und beabsichtigt ist«.[7]

[1] Klaus MOTSCHMANN, »Evangelische Kirche und Nation nach 1945«, in: Bernard WLLLMS (Hg.), *Handbuch zur Deutschen Nation,* Bd. 2, Hohenrain, Tübingen 1987, S. 373 ff.; Karl BARTH, *Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches,* Franz Mittelbach, Stuttgart 1946.

[5] Karl BARTH, *Der Römerbrief 1919,* zitiert in: Dorothee SOLLE U. Klaus SCHMIDT, *Christentum und Sozialismus,* Stuttgart 1974, S. 12, Anm. 4; auch in: Klaus MOTSCHMANN, ebenda, S. 374.

[6] Karl BARTH, »Die Kirche zwischen Ost und West«, Vortrag von 1949, in: Karl PISCH (Hg.), *Der Götze wackelt,* Berlin 1964, S. 137; auch in: MOTSCHMANN, ebenda, S. 381 f.

[7] Ebenda.

Dieser kommunistenfreundliche, damit volksfeindliche und gegen die deutsche Einheit gerichtete Geist nahm dann langsam in der deutschen evangelischen Kirche überhand, führte zur Verdrängung des noch nationalen und volksbewußten Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof DIBELIUS, 1961 und zu seiner Ersetzung durch den osthörigen Berliner Bischof SCHARF, dessen Wirken dann 1969 die Abspaltung der mitteldeutschen evangelischen Landeskirchen von der EKD förderte und damit zur Vertiefung der Spaltung beitrug. 1965 erschien unter SCHARFS Kirchenführung die geschichtsfälschende Ostdenkschrift der EKD, und 1968 bestand der Zustand, daß die evangelischen Studentengemeinden an den westdeutschen Hochschulen die Hochburgen des marxistischen SDS waren, offen für den Kommunismus eintraten,[8] sich an den Umsturzversuchen der Linken beteiligten und zu Ursprungszirkeln der RAF-Terroristen wurden, gefördert von evangelischen Theologieprofessoren, so von RENDTORFF in Heidelberg oder GOLLWITZER und ALBERTZ in Berlin. Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland, so der Titel einer vielbeachteten Streitschrift des Dortmunder Pastors Alexander EVERTZ, führte u. a. zur Gründung der »Notgemeinschaft evangelischer Christen«.[9]

Nachdem schon während des Zweiten Weltkrieges von der Leitung des seit 1938 in Entstehung befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) Bischoff BELL aus Großbritannien und Willem Adolf VISSER'T HOOFT aus den Niederlanden, Generalsekretär des ÖRK, mit dem deutschen Pastor Dietrich BONHOEFFER von der evangelischen Kirche über eine gewünschte Schulderklärung der deutschen Kirche gesprochen hatten,[10] verstärkte sich der Druck auf die deutschen Theologen nach Kriegsende.

Am 28. September 1945 schrieb BARTH an Pastor Martin NIEMÖLLER,[11] einen der maßgeblichen Mitverfasser und Mitbetreiber der späteren Schulderklärung, in das am Boden liegende und hungernde Deutschland: »Wir brauchen ein Wort, in dem es unter anderem heißen müßte: Die vorläufige Leitung der evangelischen Kirche in Deutschland erklärt, daß das deutsche Volk sich auf einem Irrweg befand, als es sich 1933 politisch in die Hände von Adolf HITLER begab. Sie erkennt und erklärt, daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland durch falsches Reden und falsches Schweigen an dem Irrtum verantwortlich gemacht hat.«[10]

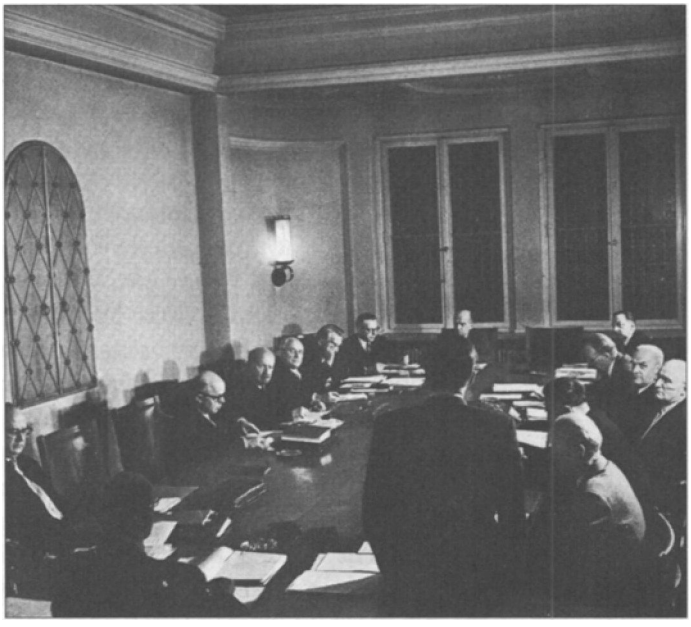
[8] Siehe; Beitrag Nr. 120, »Von >Gott segne den Führer« zum »Abfall der Kirche vom Vaterland««; Jens MOTSCHMANN U, Helmut MATTHIES (Hg.), *Rotbuch Kirche,* Seewald, Stuttgart 1976.

[9] Alexander EVERTZ, *Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland,* Blick u Velbert-Kettwig 1965.

[10] H. H, JENSSEN U. H. TREBS (Hg.), *Theologisches Lexikon,* Berlin (Ost) 1978, S. 387 (Stichwort>StuttgarterErklärung<).

[11] Siehe: Beitrag Nr. 119, »Der wandelbare Herr Niemöller«,

Vor dem Stuttgarter Treffen hat ebenso VISSER'T HOOFT an Bischof DIBELIus geschrieben und dabei praktisch eine Schulderklärung vor der Wiederaufnahme der Deutschen in die kirchliche Gemeinschaft gefordert: »Sie dürfen darauf rechnen, daß wir von uns aus alles tun werden, um die Gemeinschaftwiederaufzunehmen. . .Dieses Gespräch wird aber sehr viel leichter sein, wenn die Bekennende Kirche Deutschlands sehr offen spricht - nicht nur über die Missetaten der Nazis, sondern auch besonders über die Unterlassungssünden des Deutschen Volkes einschließlich der Kirche.«[10]



Das Führungsgremium des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland hatte 12 Mitglieder, darunter die Bischöfe LILJE, DIBELIUS, MITZENHEIM, HAUC und die Präses HEINEMANN, WILM und MAYER.

Bezeichnenderweise erhielt er 1966 (mit Kardinal BELL) den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche verliehen. VESSER'T HOOFT und einige andere Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen kamen schon vor dem Stuttgarter Treffen in Baden-Baden am 15. Oktober 1945 zusammen. VISSER'T HOOFT sprach dort vor allem mit den beiden radikalsten Vertretern der Bekennenden Kirche, NIEMÖLLER und ASMUSSEN, in einem Cafe.[12] Dort haben sie sich vermutlich über die Fassung der Schulderklärung ausgesprochen.

Somit kann man sagen, daß die sogenannte Schulderklärung nicht aus eigener Initiative der EKD entstand, sondern dieser unter Ökumenischer Erpressung abgenötigt wurde. Grotesk ist die Tatsache, daß sich die EKD zum Sprecher des deutschen Volkes machte, obwohl die Hälfte des Volkes aus Katholiken und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften bestand.

Nach Stuttgart kamen dann auch BELL und VISSER'T HOOFT und setzten dort den Deutschen zu. Und die deutschen Kirchenvertreter beugten sich schließlich diesem Ansinnen angesichts der deutschen Not in der Hoffnung auch auf materielle Hilfe. Einige der Unterzeichner hatten vorher noch die durchaus berechtigten Bedenken geäußert, daß durch solch eine Erklärung das Bekenntnis einer Kollektivschuld des deutschen Volkes ausgesprochen werden könne, wozu sie nicht beitragen wollten. Sie wurden von dem wortgewandten VISSER'T HOOFT mit der Versicherung beruhigt: »Die Ökumene ist nun verpflichtet, alles Mißverständnis und jeden Mißbrauch auszuschließen.«[13] Und die Deutschen trauten dieser Zusicherung in ihrer Gutgläubigkeit. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß im Anschluß daran dieses Schuldbekenntnis politisch mißbraucht wurde und in der Umerzie-

[15] MOTSCHMANN, aaO. (Anm. 4), S. 378.

[12] Walter BODENSTEIN, *Ist nur der Besiegte schuldig*?, Mut, Asendorf 1985.

*Von oben:* Bischof Hanns LILIE (1899-1977), Präsident des Lutherischen Weltbundes, und Gustav HEINEMANN, Mitbegründer der CDU und Präses der Evangelischen Kirche.

hung durch die Kirchen eine große Rolle bis heute spielt. In dem im wesentlichen von Bischof DIBELIUS[10] formulierten Text der Schulderklärung setzte Martin NIEMÖLLER den »entscheidenden Satz«[10] durch: »Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker **und** Länder gebracht worden.« Bezeichnend ist, daß der Mitunterzeichner ASMUSSEN in seinem Artikel über die Schulderklärung in *Die Religjon in Geschichte und Gegenwart* diesen NIEMÖLLERschen und späteren meistzitierten Satz weggelassen hat. Ob er sich schämte?

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis wurde am 19. Oktober 1945 unterschrieben von Landesbischof D. WURM, Landesbischof D. MEISER, Bischof D. Dr. Otto DIBELIUS, Superintendent Hugo HAHN, Pastor Hans ASMUSSEN, Pastor Martin NIEMÖLLER, Oberlandeskirchenrat Dr. Hanns LILJE, Superintendent Heinrich HELD, Pastor Lic. Wilhelm NLESEL, Rechtsanwalt Dr. Dr. Gustav HEINEMANN. Sein vollständiger Text[14] lautet:

»Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland begrüßt bei seiner Sitzung am 18. und 19. Oktober 1945 in Stuttgart die Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen. Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volk nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie daran, sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem Gott der Gnade und Barmherzigkeit, daß Er unsere Kirchen als Sein Werkzeug brauchen und ihnen Vollmacht geben wird, Sein Wort zu verkündigen und Seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei uns selbst und bei unserem ganzen Volk. Daß wir uns bei diesem neuen Anfang mit den anderen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.

Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann. So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: Veni creator spiritus!«

Eine Ergänzung und Verschärfung des Schuldbekenntnisses brachte das »Darmstädter Wort des Bruderrates zum politischen Willen unseres Volkes«.[15]

[14] Text u. a. in: Kurt MEIER, *Der evangelischen Kirchen kämpf*, Bd. 3, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1984, S. 585 f.

[15] Vollständiger Text bei: H. H. JENSSEN u. H. TREBS, aaO. (Anm. 10), S. 94.

# Zur Ostdenkschrift der EKD

Im Jahre 1965 erschien in der hohen Auflage von mehreren hunderttausend Stück die Ostdenkschrift[1] der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Mit dieser Schrift gelang der vereinigten Linken nach früheren vergeblichen Versuchen der Umbruch zur Politik des Verzichts auf Ostdeutschland, auf das seit vielen Jahrhunderten deutsche Land östlich von Oder und Neiße.

Schon die Entstehungsgeschichte der Denkschrift ist bezeichnend. »Verfasser« war der Kirchenjurist Ludwig **RAISER** (1904-1980), der 1942 an die Reichsuniversität Straßburg berufen wurde, ab 1943 im NS-Wirtschaftsstab Ost tätig war und dann als Professor und Rektor der Universitäten Göttingen und Tübingen seine Vergangenheit bewältigte. Als Vorsitzender der Kammer für Öffentlichkeit des Rates der EKD leitete er die Zusammenstellung der Denkschrift. Der genannten Kammer, die über die Lage der Vertriebenen befinden sollte, gehörte kein Vertriebener an.[2] **RAISER** hatte zwar zu einigen Sitzungen Vertreter des Ostkirchenausschusses (»Hilfsausschuß für die Vertriebenen«) und der Vertriebenenverbände eingeladen, diesen jedoch offenbar bewußt wahrheitswidrig »zugesichert, ein offizielles Wort der EKD sei nicht beabsichtigt«. Die Denkschrift wurde dann »ohne Hinzuziehung des Ostkirchenausschusses oder auch nur des Flüchtlingsbischofs ausgearbeitet und fertiggestellt«.[3] Die Fachleute der Kirche für diese Fragen wurden also übergangen, wie auch die Angehörigen der entsprechenden deutschen Synode überfahren wurden: Der zustimmende Beschluß der Synode vom 8. November 1965 in Frankfurt wurde ohne sachliche Erörterung und Klärung in diesem Gremium gefaßt." Die Denkschrift hatte ursprünglich nicht auf der Tagesordnung der Synode gestanden.[5] Aus Protest gegen diese unlauteren Methoden trat unter anderen Landesbischof **WESTER**, Schleswig, von seinem Amt als Vorsitzender des Ostausschusses des Rates der EKD und als Beauftragter der EKD für Umsiedler- und Vertriebenenfragen zurück.

Die Denkschrift macht sich mehrfach der bewußten Irreführung der Leser und der Fälschung der Geschichte schuldig.

1. Auf Seite 21 führt sie an, daß 1945 »Polen von seinem früheren Staatsgebiet 46,3 Prozent an die Sowjetunion abgetreten« habe, ohne hier oder später zu erwähnen, daß dieses »Ostpolen« erst 1919 bis 1921 in einem Angriffskrieg von Polen der machtlosen Sowjetunion geraubt wurde, daß weniger als 25 Prozent der Bewohner dieses Gebietes Polen waren, daß die heutige polnische Ostgrenze die von den Ententemächten 1919 vorgeschlagene und ethnisch vertretbare CuRZON-Linie ist, daß Warschau somit keine ethnischen, geschichtlichen oder politischen Ansprüche auf diese Gebiete hatte und hat.

2. Auf Seite 29 heißt es, daß »deren (Ostdeutschlands, R. K.) Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit

[1] Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes seinen östlichen Nachbarn,* Hannover 1965.

[2] Superintendent **HARMS**, Mitglied des Ostkirchenausschusses, in: *Rhein-Neckar-Zeitung* 10. 11. 1965.

Ludwig **R**AISER.

[3] Prof. Konrad **BONN**, Mitglied des Ostkirchenausschusses in: *Schlesischer Gottesfreund* Nr, 12, 1965.

[4] *Rhein-Neckar-Zeitung,* 12. 11. 1965.

[s] Ebenda, 11.11. 1965.

für Polen geworden ist«. Einmal war nach dem unter 1. Erwähnten kein Ersatz für Ostpolen nötig. Zum anderen siedelten 1945 von Ostpolen rund 1,5 Millionen Polen nach Westen und aus Altpolen 0,5 Millionen Ukrainer nach Osten um, so daß für rund eine Million Menschen, weniger als die polnischen Verluste des Zweiten Weltkrieges, Platz in Polen zu beschaffen war. Dafür 15 Millionen Deutsche zu vertreiben war unverhältnismäßig. Ferner sprachen die Bevölkerungsdichten von 99 in Polen, von 240 in der BRD und von 158 in der DDR gegen die Vertreibung der Deutschen und eher dafür, daß Ostdeutschland für Deutschland »lebensnotwendig« war. Hinzu kam, daß Ostdeutschland unter polnischer Verwaltung eine viel geringere industrielle und landwirtschaftliche Nutzung erfuhr. Schließlich brauchte Deutschland als unbeteiligter Dritter Warschau nicht für angebliche polnische Landverluste an Rußland zu entschädigen,

3. Auf Seite 28 und 40 wird die deutsche Schuld gegenüber Polen aus dessen Behandlung im Zweiten Weltkrieg angeführt, ohne die polnischen Verbrechen gegenüber den Deutschen von 1919 bis 1939 oder die Schuld Warschaus am Ausbruch des Krieges 1939 zu erwähnen.

4. Auf Seite 39 wird die »Leidenschaft« erwähnt, »mit der Vertriebene für das >Recht auf Heimat< eintreten«. Doch an keiner Stelle wird die »Charta der Vertriebenen von 1950« angeführt, die auch den Polen eine kaum zu überbietende Versöhnungsbereitschaft anbietet.

*Oben:* Eine der Baracken-Notsiedlungen für Vertriebene in Hamburg. Die Aufnahme der 12 Millionen vertriebenen Landsleute kostete 100 Milliarden Mark, *Unten:* Die Charta der Vertriebenen vom 5. August 1950 (hier: Großkundgebung anläßlich deren Verkündung vor den Ruinen des Stuttgarter Neuen Schlosses) ist ein eindeutiges Zeichen dafür, daß die Heimatvertriebenen sehr früh eine Versöhnungsbereitschaft kundgetan haben.

5. Auf Seite 29 heißt es: »Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig; Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht.« Das ist falsch: In der Frage der deutschen Ostgebiete steht ziemlich klar deutsches Recht gegen polnisches Unrecht.

6. Auf Seite 40 wird die deutsche Schuld für das Unrecht der Vertreibung verantwortlich gemacht: »Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Wehkrieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat.« Das ist falsch, verwechselt Anlaß und Ursache, vertritt wahrheitswidrig die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg und stellt sich ganz in den Dienst der deutschfeindlichen Umerziehung.

7. Auf Seite 26 wird geschrieben: ».. .wenn der vertreibende Staat diese endgültige Gebietshoheit, wie im Falle der Tschechoslowakei, seit alters her besessen hat«. Das ist falsch, diese Gebietshoheit bestand erst seit 1919,

8. Auf Seite 26 wird die »militärische Kapitulation des Deutschen Reiches« erwähnt. Das ist falsch, es kapitulierte nur die Deutsche Wehrmacht.

9. Auf Seite 23 wird vom »zweigeteilten deutschen Volk« geschrieben. Das ist falsch, zum deutschen Volk waren neben BRD und DDR unter anderem auch Ostdeutschland und Österreich zu rechnen,

10. Auf Seite 28 und 42 wird nur von »Rechtsansprüchen« der Vertriebenen auf die Ostgebiete gesprochen, die ebenso bestehenden des ganzen deutschen Volkes darauf werden nicht erwähnt.

In der mit kirchlicher Argumentation 1966 erschienenen Antwortschrift von dem Oberlandesgerichtsrat und Mitglied der Freiburger Bezirkssynode Dr. Karl **SALM**[6] zur Ostdenkschrift wird diese mit ausführlicher Begründung als »unwahrhaftig«, »treulos«, »trostlos« und »lieblos« bewiesen. Sie stelle »Leitsätze und Forderungen auf, die sie selbst gar nicht ernst nimmt und die auch von ihren Verfassern in Tat und Wahrheit nicht ernst genommen werden«.[7] Das Gesamturteil ist: »Die Denkschrift ist dann entlarvt als ein durch und durch unehrliches Machwerk.«[8]

Über »die völkerrechtlichen Irrtümer der evangelischen Ost-Denkschrift« in deren Kapitel IV »Völkerrechtliche Fragen« hat die so betitelte Schrift des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen im Bund der Vertriebenen ausführliches und überzeugendes Material zusammengestellt.[9] Das Urteil lautet: »In diesem Zusammenhang kann man der Denkschrift den Vorwurf nicht ersparen, daß sie das Recht nicht nur mit der Politik vermengt, sondern grundsätzlich und von vornherein abgewertet hat.«[10] Rolf Kosiek

[6] Karl **SALM**, *Eine evangelische Antwort.Zur Denkschrift der EKD über die deutsche Ostpolitik,* Freiburg 1966.

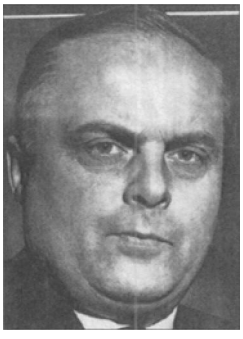
[7] Ebenda, **S. 7.**

[8] Ebenda siehe auch: *Stimmen Zur Denkschrift der EKD,* Wissenschaft und Politik, Köln 1966.

[9] Ausschsamtdeutsche Fragen im Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg,), *Die völkerrechtlichen Irrtümer der evangelischen Ost-Denkschrift,* Bonn 1966.

[10] Ebenda, S. 16.

# Der Fall >OberIänder<



Theodor OBERLÄNDER war ein anerkannter und engagierter Politik der ADENAUER-Ära. Er war außerdem Mitunterzeichner des Heidelberger Manifestes.

Im Mai 1960 sah sich Bundeskanzler Adenauer unter dem Druck der Medienöffentlichkeit gezwungen, seinen seit 1953 amtierenden Vertriebenenminister Theodor **OBERLÄNDER** (1905-1998) fallenzulassen, da dieser angeblich im Ostblock als Kriegsverbrecher entlarvt worden sei. Oberländer trat am 4. Mai 1960 zurück. In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Fall um eine klassische östliche Verleumdungskampagne, der die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien trotz besseren Wissens nachgaben. Ein vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn durchgeführtes Ermittlungsverfahren wurde im Oktober 1960 mangels Tatverdacht eingestellt.

Der aus der Bündischen Jugend stammende **OBERLÄNDER** war nach dem Studium der Landwirtschaft 1928-32 in der Sowjetunion, in Ostasien und in der Türkei tätig, hatte die USA kennengelernt, sprach Russisch, trat 1933 der NSDAP bei und übernahm Parteiämter. Ab 1934 war er Professor an der Universität Danzig, ab 1937 in Königsberg, ab 1938 lehrte er in Greifswald, von 1940-45 gehörte er zur Universität Prag. Von 1934 bis 1937 leitete er den Bund Deutscher Osten (BDO). Seit 1939 Soldat, kam er 1940 zu der aus Ukrainern gebildeten Einheit »Nachtigall' und nahm in dieser am Ostfeldzug teil. Als Oberleutnant der Wehrmacht wurde er auf seinen Vorschlag von Admiral **CANARIS**, dem Chef der deutschen Abwehr, 1941 mit der Aufstellung des »Verbandes Bergmann< aus Freiwilligen der kaukasischen Völker beauftragt. Damit wollte er die teilweise verhängnisvolle deutsche Besatzungspolitik gegenüber den Völkern der Sowjetunion durch Eingliederung ihrer Angehörigen als Kameraden in die Wehrmacht unterlaufen.

Auf den Einsatz des Verbandes im Ostabschnitt der Kaukasusfront 1942 folgte der Rückzug auf die Krim 1943. Aus Gesprächen im Kreise vertrauter Kameraden entstanden **OBERLÄNDERS** Denkschriften an **CANARIS**, die breit gestreut wurden und großes Aufsehen erregten. In ihnen verlangte **OBERLÄNDER** eine vollständige Umkehr der deutschen Besatzungspolitik im Osten. So solle »keinem, auch dem letzten russischen Proletarier und Kolchosbauern nicht, ein auf Rechtlosigkeit, Mißachtung und unser Mißtrauen beruhendes Helotendasein«[1] beschieden sein. Und er forderte die »restlose Aufgabe der in der Tat durch nichts begründeten Auffassung, daß die Ostgebiete nur von unterwertigen Menschen bewohnt seien und daher im Kolonialstil des neunzehnten Jahrhunderts regiert werden können«,[2]

Neben viel Zustimmung gab es wegen dieser Denkschriften Unruhe in Parteikreisen und Empörung bei **HIMMLER**. Dieser setzte **OBERLÄNDERS** Ent-

[1] Denkschrift *24 Thesen zur Lage* vom 15. 2. 1943, These 24.

[2] Denkschrift *Bündnis oder Ausbeutung? vom* 22. 6. 1943.